



Zeitschrift der GEW Hamburg
Dezember 12/2012

h/z

Arbeitsministerium
für Arbeit und Soziales

**Armuts- und
Reichtumsbericht**
Eine solche Einkommens-
entwicklung verletzt das
Gerechtigkeitsempfinden
der Bevölkerung.

**„EIN GANZ
NORMALER
VORGANG“**

(Regierungssprecher Steffen Seibert)





Bei Erscheinen dieser Ausgabe der hlz hat die Bürgerschaft vermutlich gerade den Haushalt 2013/14 beschlossen. Es ist der erste Haushalt der SPD-Alleinregierung, der unabhängig von der Vorgängerregierung eigene Akzente für die weitere Entwicklung der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen setzt. Allerdings: Bei den öffentlichen Einnahmen werden keine neuen Akzente gesetzt, d.h. steuerliche Mehreinnahmen, die von Hamburg selbst zu regeln wären, sind praktisch nicht vorgesehen, auch Maßnahmen zur Austrocknung des Steuerparadieses Hamburg für Vermögende und Unternehmen etwa durch massiven Ausbau der Steuerprüfungen wird es nicht geben.

Im Bereich der Ausgaben ist das Bild zweigeteilt: Für fragwürdige bzw. risikoreiche Investitionen (Elbphilharmonie, Hapag-Loyd, HSH-Nordbank, Hafencity) wurden und werden Haushaltsrisiken eingegangen, deren Folgen für die Stadt in den kommenden Jahren unabsehbar sind. In den Bereichen der sozialen Infrastruktur, des Wohnungsbaus, der Kultur und der Bildung wird rabiat gespart, im öffentlichen Dienst wird weiter Personal abgebaut. Hamburgs Erster Bürgermeister will sich als Musterschüler bei der Umsetzung der Schuldenbremse in Hamburg zeigen.

Das Rotstift-Bündnis von Trägern der offenen Kinder- und Jugendhilfe, der Sozialverbände, verdi, der GEW, attac und ASTA hat in einer Demonstration am

23. November deutlich gemacht, wohin diese rigide Sparpolitik führt.

Die massiven Raumprobleme an Hamburgs Schulen mit fehlenden Pausen, Kantinen- und Küchenräumen beim Umbau auf den Ganztagsbetrieb sollen durch Schulbau Hamburg so „gelöst“ werden, dass Fläche pro Schüler reduziert wird, die dann vermietet oder verkauft werden kann. Statt am Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung eine Fortbildungsoffensive zu starten, um die Umsetzung der Inklusion und des Ganztagsbetriebs an Hamburgs Schulen professionell zu begleiten, werden bis 2014 zunächst 22 Stellen eingespart, um die behördliche Sparquote zu erbringen.

Die Berufsschulreform – in großen Teilen ebenso wie Ganztagschule und Inklusion von der GEW als richtige pädagogische Maßnahmen unterstützt – ist bisher nur ein guter Plan und hat noch nicht zu einer Verbesserung der Ausbildungschancen der Jugendlichen geführt. Immerhin kommt der Bildungssenator selbst zu der Erkenntnis, dass

Klaus Bullan

Wer bremst die Schuldenbremser?

aufgrund der erhobenen Daten zum Schulabgängerjahrgang der 9. und 10. Klassen in diesem Jahr deutlich ist, dass nur ein Viertel der Jugendlichen einen betrieblichen oder schulischen Ausbildungsplatz erhalten hat, mithin die Jugendarbeitslosigkeit in Hamburg bei 37,5% liegt. (So der Senator auf einer KMK-Tagung am 28.11. 2012 in Hamburg). Auch hier läge also ein hoher Investitionsbedarf. Die

Zukunft der Stadtteilschulen ist nicht nur dadurch gefährdet, dass sie die Inklusion fast allein im Sekundarbereich schultern müssen, dafür aber viel zu schlecht ausgestattet sind, sondern auch dadurch, dass sie als Lückenbüßer für die durch das Turbo-Abitur an den Gymnasien durch den Rost fallenden SchülerInnen erhalten müssen. In ihrer Not richten viele Stadtteilschulen reine Rückläuferklassen aus den Gymnasien nach Klassen 6 ein und nun beschließt die Bürgerschaft auch noch auf Antrag der FDP, dass GymnasiastInnen nach Klasse 10 in die 11. Klasse der Stadtteilschule wechseln können, was angesichts der Verdichtung des Unterrichts einem Sitzenbleiben durch die Hintertür gleicht. Statt also dafür zu werben, dass die Eltern, die zu Recht Bedenken gegen das Turbo-Abitur haben, ihr Kind auf der Stadtteilschule anmelden, wird das Signal gegeben: Versucht es erst mal auf dem Gymnasium, wenn das nicht klappt, könnt ihr immer noch die Oberstufe an der Stadtteilschule in drei Jahren machen. So wird die Stadtteilschule nicht gestärkt!

Dass es an allen Ecken und Enden fehlt, zeigt auch die Tatsache, dass immer mehr Mittel aus dem Vertretungs- und Organisationsmitteltopf (VORM) für regulären Unterricht verwendet werden – durchgeführt von Lehramtstudenten oder Lehrkräften, die keine feste Stelle erhalten und die zu geringen Stundensätzen und ohne Bezahlung in den Ferien arbeiten müssen.



Nicht zu verstehen... Seite 8

...ist das, was Berlin lieber ausblendet: Die Beschreibung der Ungleichverteilung bei Einkommen und Vermögen. Unser Titel.

Nicht zu spüren... Seite 14

...sind die von Senator Ties Rabe angepriesenen Entlastungen. Um so deutlicher bleibt die alltägliche Überlastung der KollegInnen. Am Aschermittwoch ist noch lange nicht alles vorbei.

Nicht zu glauben... Seite 22

...die Nachricht des Senators, eine verkürzte Schulzeit (G8) zeitige bessere Ergebnisse.

Nicht kleinzukriegen... Seite 12

...der Widerstand gegen das Kaputtsparen der sozialen Projekte. 2000 Demonstranten zeigen sich fröhlich und lautstark.



GEW

Arbeitsentlastung	14
Wir lassen nicht locker	_____
Gewerkschaftstag	17
Schulfrieden is nich!	_____
100 Jahre Curiohaus	20
Es wurde getanzt	_____
Hochschule	26
Organizing	_____
Weihnachtsgeld	28
Neues aus der Behörde	_____
Interview	42
Andreas Hamm zum Abschied	_____

Magazin

Titel	8
Was nicht sein darf	_____
FairChildhood	10
AG lädt ein	_____
Armut	11
Alltagsgesicht	_____
Flüchtlinge	47
Protest geht weiter	_____
Interview	48
Marily Stroux zum Bleiberecht	_____
Nazibiographien (17)	52
Friedrich Grimmelhäuser (Teil2)	_____
Afghanistan	56
Bildung als Waffe	_____
Alkoholprävention	58
Klar auf Fahrt	_____
Senioren	60
Mitwirkung wird gestärkt	_____

Schwerpunkt

Pädagogik
Gralsuche geht weiter _____ 29

Bildungspolitik

Sparpolitik
Kampf dem Rotstift _____ 12

G8
Selektive Lesart _____ 22

VOrM
Kein Füllhorn _____ 23

Spenden für
Fair childhood, S.10
Medizinische Versorgung
in Griechenland, S.46
Flüchtlinge, S.47

Rubriken

hlz-Notiz _____ 3

LeserInnenbriefe/Nachrichten _____ 6

gb@-Seminare _____ 46

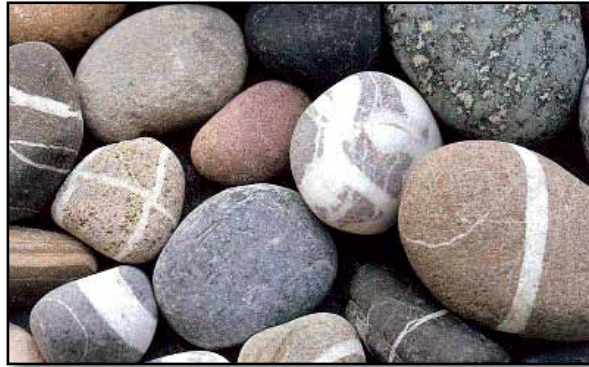
Rätsel _____ 63

Ruheständler _____ 62

GEW-Termine _____ 64

Aus der Tarnung... _____ 65

Impressum _____ 65



Bildungs(aus)verkauf **Seite 29**

Während die pädagogischen Fachleute weiter über den Stein der Weisen diskutieren, kümmern sich Hedgefonds und andere Spekulanten um die Vermarktung von Schule.

Töpfchen koch! **Seite 23**

Diese Zauberformel funktioniert nicht beim VOrM-Topf (Vertretungs- und Organisations-mittel). Folge: Überlastung der KollegInnen.

Flüchtlinge **Seite 48**

Reiseinterview. Zu abgeschobenen Flüchtlingen die Verbindung halten: ein Zeichen für Hoffnung auf Rückkehr.

Loslassen... **Seite 20**

...konnten alle, die zur 100 Jahr-Feier des Curio-Hauses gekommen waren. Kein Mangel an Musik, Kulinarischem und Klönschnack. Ganz im Sinn des Weiheredners 1911: „Dieses Haus soll dienen der Freiheit.“



Foto: Stefan Gierlich

Was wird da gemessen?

hlz 10-11/12, S. 14 und 38

Endlich ein Artikel, der einiges zusammenstellt und analysiert, was tatsächlich geschieht.

Allerdings erfährt der Leser nicht, welche Interessen hinter all diesen „neuen“ Drangsalierungen stehen. Man muss bis auf Seite 40 gehen, wo Marc Erang hochinteressant in „schneller-bunter-dümmer“ Ross und Reiter nennt:

Beschäftigt man sich etwas eingehender mit den Hintermännern aktueller Reform- und Bildungspolitik im In- und Ausland, fällt auf, dass die momentan hoch im Kurs stehenden neuen Akteure meist die alten sind. Ich denke hier in erster Linie an die Bertelsmann-AG.

PETER KLEMM

Nicht interessen-geleitet

hlz 10-11/12, S. 50

Lieber Hans-Peter de Lorent, wir können Dir über Deine historisch fundierten Ausführungen über die "braunen Lehrer" in der hlz 10-11/2012 dankbar sein aus Gründen, aus denen ich zwei heraushebe:

Es wird deutlich, wie grausig das Wirken von Nazilehrern und Nazirektoren war!

Meine Generation hat solche Typen und ihre in höchstem Grade verderblichen Einflüsse auf die Grundeinstellungen der Jugend noch hautnah erlebt - ohne allerdings den Mut aufzubringen, dagegen anzugehen, da das lebensgefährliche Folgen gehabt hätte. Schlimm aber

auch, dass es noch nach dem 8. Mai 1945 bis in die 60er Jahre hinein nicht wenige Lehrende in Hamburg gab, die himmlerhörige SS-Leute als "anständige Kerle" bezeichneten. U.a. dass ich 1955 den französischen KZ-Film "Nacht und Nebel" in unsere Schule brachte, war Anlass für ehemalige Parteigenossen, noch später gegen mich zu stimmen.

Es ist sehr schön und hat mich sehr berührt, wie deutlich Du am Beispiel Johann Kinau/ Gorch Fock und Hinrich Wriede machst, dass man Vorgänge oder Personen der Geschichte mit Bemühen um Objektivität und wirklichem Verstehen und nicht "interessengeleitet" zu sehen und darzustellen hat!

In meiner Generation haben wir als Kinder in Hamburg noch fast alle Gorch Focks "Seefahrt ist not" mit großer Begeisterung gelesen und uns darüber ausgetauscht. Ich erinnere noch, wie mein damaliger bester Freund, der es noch nach dem 30. Januar 1933 wagte, einer hiesigen

Einheit der Hitlerjugend Prügel anzudrohen, entsetzt war, als später Gorch Fock zum NS-Wegbereiter erklärt wurde.

Die Einstellung, frühere Sichtweisen, Gefühle und Handlungen nicht einfach nur aus heutiger Sicht zu beurteilen oder gar zu verurteilen, erinnere ich noch aus deinem vor Jahrzehnten geschriebenen excellenten Buch über die Mitbestimmung der Lehrerkollegen in Hamburg in der Weimarer Republik.

Mit herzlichem Gruß
und guten Wünschen
HERMANN SCHWARZ

Migranten: Bildung ist das Problem

Ein neuer OECD-Bericht zeigt: Migranten sind in Deutschland weniger häufig von Armut und Arbeitslosigkeit bedroht als in anderen Ländern. Doch wenn es um die Bildung von Zuwandererkindern geht, schneidet Deutschland schlecht ab. Dabei hängt von ihr hierzulande mehr als anderswo der Erfolg auf dem

Die Post war schuld

Leider wurde die Auslieferung der letzten Ausgabe durch die Post verschlampt, so dass die Einladung zu unserem Fest auf der Rückseite, anlässlich des 100-jährigen Bestehens des Curio-Hauses euch zu spät erreichte. Wir bedauern dies sehr, weil wir gerne mit euch, die ihr aus welchen Gründen auch immer im Vorhinein nichts von dem Fest wusstet (Einladungen waren per Mail an alle Mitglieder verschickt worden), zusammen gefeiert hätten. Redaktion, Satz, Druckerei und Etikettierer hatten sich alle Mühe gegeben, die Zeitung per Eilpost noch rechtzeitig vor dem Fest in eure Briefkästen zu bringen. Aber dann ist Christel wohl eingeschlafen...

Nun steht ein anderes Fest an, das einem auf jeden Fall die Post nicht vernageln kann.

Eine schöne Zeit wünscht die hlz-Redaktion

...und rutscht nicht aus!

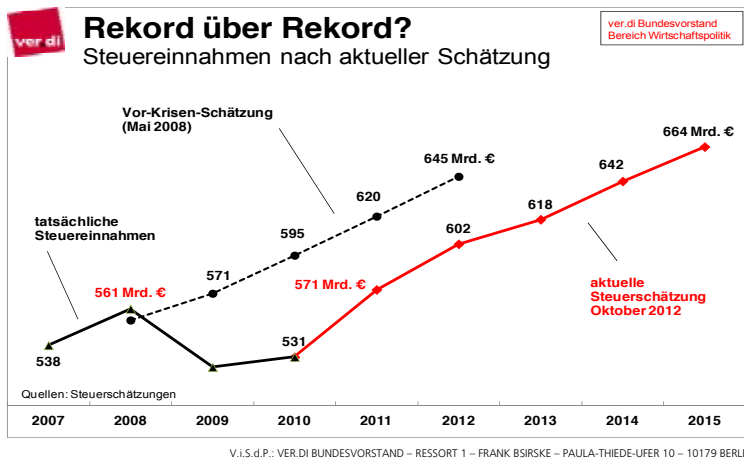
Arbeitsmarkt ab. Der Bericht umfasst alle 34 OECD-Länder und basiert auf Arbeitsmarktzahlen, die die OECD in den vergangenen Jahren in elf Teilnehmerländern erhoben hat.

Deutsche auf der Flucht vor Migranten

Ein hoher Ausländeranteil unter den Schülern veranlasst Eltern zunehmend dazu, ihr Kind nicht auf die Grundschule in der Nachbarschaft zu schicken. Dies ist das Ergebnis eines Berichts, den der Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) vorgestellt hat. In Berlin gehen demnach schon fast zwei Drittel aller Migrantenkinder auf eine Grundschule, in der Mitschüler mit ausländischer Herkunft die Mehrheit stellen. Im Gegenzug lernen sechs von sieben einheimischen Kindern Lesen und Rechnen überwiegend unter Deutschen. Dies sei, so die Forscher, eben nicht nur durch den Einzugsbereich einer Schule zu erklären - sondern durch eine Flucht aus vermeintlich schlechten Einrichtungen. (Leider liegen für Hamburg keine diesbezüglichen Zahlen vor – es ist aber zu erwarten, dass sich ein ähnliches Bild zeigt. JG)

Deutsche: Geld schafft Aufstieg

Ob junge Menschen den sozialen Aufstieg – gemessen an Beruf und Einkommen – schaffen oder nicht, hängt in Deutschland, Schweden und den USA zu einem beträchtlichen Teil vom Vermögen der Eltern ab. Bisher waren sich die Bildungsforscher einig, dass vor allem die Bildung der Eltern, ihr beruflicher Status und ihr Einkommen den Bildungsweg und späteren beruflichen und wirtschaftlichen Erfolg der Kinder prägen. Der Bericht konnte jetzt erstmals anhand von



Die jüngste Steuerschätzung, die Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) gestern vorstellte, sagt Bund, Ländern und Gemeinden für 2012 ein Plus von 5,9 Milliarden Euro im Vergleich zur Mai-Prognose voraus. Hamburg hatte zum 30. September mit gut 6,5 Milliarden Euro bereits 418 Millionen oder 6,8 Prozent mehr Steuern eingenommen als im Vergleichszeitraum 2011. Kalkuliert worden war nur mit einem Zuwachs von 0,7 Prozent. Sollte sich die Entwicklung bis zum Jahresende fortsetzen, was die aktuelle Steuerschätzung voraussagt, könnte die Stadt in die glückliche Lage kommen, die von der Bürgerschaft bewilligte Nettokreditaufnahme von 600 Millionen Euro gar nicht antasten zu müssen. (HA v. 1.11.12). Diese Information dürften für die anstehenden Urteile in Sachen Streichung bzw. Kürzung des Weihnachtsgeldes nicht unbedeutend sein. Heißt es doch in der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, dass unter den hergebrachten Grundsätzen im Sinne des Art.33 Abs.5 GG Folgendes zu verstehen ist: „...dass den Beamten nach ihrem Dienststrang, nach der in ihrem Amt verbundenen Verantwortung und nach Maßgabe der Bedeutung des Berufsbeamtentums für die Allgemeinheit entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse (sic! JG) und des allgemeinen Lebensstandards ein angemessener Lebensunterhalt zu gewähren ist. Diesen Grundsatz hat der Gesetzgeber zu beachten.“ BVerfGE 8, 1-28 (Siehe auch Seite 28)



Daten aus drei repräsentativen Langzeitstudien belegen, dass darüber hinaus auch das Vermögen der Eltern den Bildungserfolg und sozialen Aufstieg entscheidend erleichtert.

Klatsche für Senator

In der letzten Ausgabe dieser Zeitung konnten wir an dieser Stelle noch berichten, dass Senator Ties Rabe dem Ansinnen der FDP, allen Gymnasiasten den Übergang von Klasse 10 auf die

Stadtteilschule – und zwar nach Klasse 11 – zu ermöglichen, deutlich widersprach. In der Zwischenzeit hat die SPD-Fraktion, zusammen mit FDP und den Grünen dies verabschiedet. Dies ist faktisch eine Teilrücknahme des G8-Modells. Welche Konsequenzen dies hat, kann man sich ausmalen: Die Gymnasien mutieren weiter in Richtung ‚eine Schule für alle‘. Auch so kann das 2-Säulen-Modell faktisch ad absurdum gestellt werden.

Es kann nicht sein, was nicht sein darf

Die „Korrektur“ des aktuellen Entwurfs des Armuts- und Reichtumsberichts durch die Bundesregierung trägt auch theatralische Züge

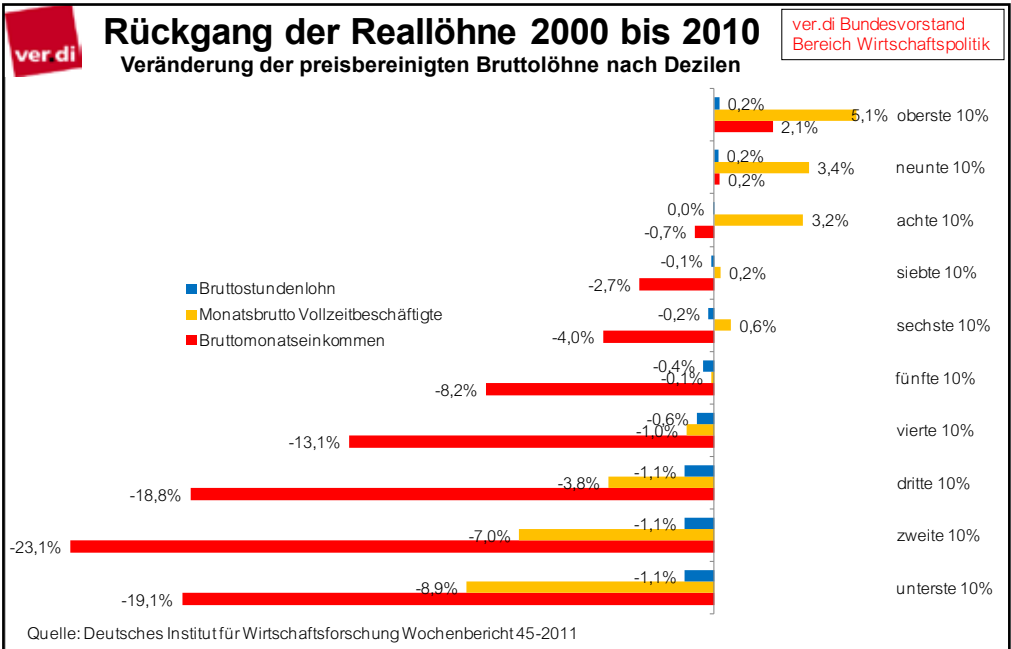
Wer diese unsere Zeitung regelmäßig liest, weiß, dass wir unser besonderes Augenmerk auch auf die ökonomische Entwicklung richten. Bildungsbenachteiligung hängt nun einmal unmittelbar auch mit der materiellen Ausstattung der Familien zusammen, in denen die Kinder aufwachsen. Die schreiende Ungerechtigkeit, wie sie sich in den Statistiken über die Einkommens- und Vermögensentwicklung widerspiegeln, will die Bundesregierung, allen voran die Rösler-Fraktion der FDP, der Öffentlichkeit vorenthalten. Das saturierte Bürgertum hat es nun mal nicht so gern, wenn man das Licht auf die Teile der öko-

nomischen Entwicklung richtet, an denen erkennbar wird, wer in diesem Land sich trotz oder geradezu wegen der Krise die Taschen vollgestopft hat. So wurde dann der Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichts des Arbeitsministeriums kurzerhand ‚geglättet‘, ‚geboxt‘, wie die Süddeutsche Zeitung schrieb. In diesem Entwurf hieß es: „Während das Nettovermögen des deutschen Staates zwischen Anfang 1992 und Anfang 2012 um über 800 Milliarden Euro zurückging, hat sich das Nettovermögen der privaten Haushalte von knapp 4,6 auf rund 10 Billionen Euro mehr als verdoppelt.“ Und ergänzend: „Die Schere

zwischen arm und reich klafft immer weiter auseinander. Der private Reichtum in Deutschland wird insgesamt immer größer. Davon profitieren in erster Linie die Reichen. Sie werden immer reicher und besitzen 53 Prozent des Gesamtvermögens.“ Die unteren 40 Prozent der Vollzeitbeschäftigten hätten jedoch nach Abzug der Inflation Verluste hinnehmen müssen. Diese Passagen wurden kurzerhand gestrichen.

Aus Sicht der Regierung war dies alles der bundesdeutschen Öffentlichkeit wohl nicht zuzumuten, schafft es doch Begehrlichkeiten in Sachen Vermögensabgabe. Dazu der Generalsekretär der FDP Döring über Twitter unverblümt: Es sei „das Verdienst der FDP, dass diese Bundesregierung keine weitere Belastung der Betriebsvermögen und des Ersparnis vorschlägt“.

Auch Aussagen zur Lohnentwicklung wurden gestrichen oder kurzer Hand ins Positive gewendet. In der ersten Variante hatte noch gestanden, dass „die Lohnentwicklung im oberen Bereich positiv steigend





„Geld ist genug da, das haben nur die anderen“, Uli Thöne – GEW-Bundesvorsitzender

war“, die unteren Löhne in den vergangenen zehn Jahren aber „preisbereinigt gesunken“ seien. Die Einkommensspreizung habe demnach zugenommen, verletze somit „das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung“ und könne „den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden“. In der neuen Variante heißt es stattdessen, sinkende Reallöhne seien „Ausdruck struktureller Verbesserungen“ am Arbeitsmarkt, da zwischen 2007 und 2011 im unteren Lohnbereich viele neue Vollzeitjobs entstanden seien, durch die Erwerbslose eine Arbeit bekommen hätten. Das ist wie „to make candy from shit“, wie es in England heißen würde.

Auch der Satz: „Allerdings arbeiteten im Jahr 2010 in Deutschland knapp über vier Millionen Menschen für einen Bruttostundenlohn von unter sieben Euro“ hatte keinen Bestand vor den Augen der Regierung. Er wurde gestrichen. Gemeint sind damit die Niedriglohn-JobberInnen, die in der Regel von ihrem Lohn nicht leben können und deshalb vom Staat alimentiert werden müssen (sog. Aufstocker). Vielleicht sollte man der Regierung vorschlagen, dieses Geld direkt den Unternehmen zu geben, damit diese den Schein waren können, sie zahlten normale Löhne. Allerdings würde

dann umso deutlicher erkennbar sein, dass es hier schlicht um Subventionen geht, die nach EU-Recht ja wettbewerbsverzerrend und somit verboten sind.

Die Beschönigungen des Berichts dürften aber nicht nur den kritischen deutschen Bürger empören, skandalöser ist diese Zensur eigentlich gegenüber den in die Krise geratenen Südeuropäern. Durch die Subventionierung der Unternehmen – und nichts anderes ist die staatliche Zuschussung der NiedriglöhnerInnen – bleiben die Lohnstückkosten Deutschlands wieder einmal stabil. Die Exportstärke nimmt weiter zu, flankiert von einem relativ niedrigen Eurokurs, der ohne die Schwäche der anderen viel höher sein müsste. Insofern kann Deutschland seinen ‚Erfolgskurs‘ fortsetzen. Anders als die Schweiz bspw., die große Mengen an Fremdwährungen aufkaufen muss, um den Franken auf einem Niveau zu halten, damit die Exportwirtschaft und Tourismusbranche nicht erdrosselt wird, profitieren die Deutschen *noch* auf zweierlei Weise von der Krise: Vom – an der nationalen Wirtschaftskraft gemessen – niedrigen Außenwert des Euro sowie von den extrem niedrigen Zinsen, die auf alle zu refinanzierende Staatsschulden zu zahlen sind.

„Noch“, weil es alles andere als klar ist, ob diese Art der Wettbewerbslogik in Verbindung mit der restriktive Haltung der Bundesregierung in Sachen finanzieller Hilfen nicht einen Kollaps der südeuropäischen Länder heraufbeschwört, der das ganze europäische Projekt mit dann unabsehbaren Folgen für alle Beteiligten in den Abgrund zu reißen droht.

Corriger la fortune nennen die Deutschen betrügen – mit dieser Wendung versucht ein abgebrannter Spieler und entlassener Soldat sich bei Lessings Minna von Barnhelm frisches Geld für neue Spieleinsätze zu verschaffen. Dass der Regierungssprecher diese Änderungen als „ganz normalen Vorgang bezeichnet“, ist nicht nur ein Armutszeugnis für das, was bislang unter Demokratie verstanden wurde, sondern wohl auch taktisch unklug. Ohne dieses ‚Corriger‘ hätte der Bericht sicherlich weit weniger Resonanz in der Öffentlichkeit gefunden.

Abschließend sei deshalb eine Frage an Radio Eriwan erlaubt: „Stimmt es, dass es in Deutschland keine Armut gibt?“ Antwort: „Im Prinzip ja, es kommt aber darauf an, wer den Armutsbericht schreibt.“

JOACHIM GEFFERS

Die AG „Fair Childhood“ der GEW Hamburg lädt ein:
**Informationsveranstaltung
mit Ulrich Thöne, GEW Vorsitzender**

am Donnerstag, 10.1.2013
von 18.30 bis 20.00 Uhr
GEW Geschäftsstelle,
Rothenbaumchaussee 15, Raum A

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
das macht die GEW aus! Sie erschöpft sich nicht in der Wahrnehmung der beruflichen und wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder und der Einflussnahme auf Bildungspolitik in Deutschland. **Mit ihrer Stiftung „Fair Childhood - Bildung statt Kinderarbeit“ will die GEW tatkräftig helfen, dass überall auf der Welt, wo Kinder leben, ihnen auch tatsächlich Menschenwürde zukommt.** Bislang gibt es vier Projekte der Stiftung zur Befreiung von Kindern aus menschenverachtender Ausbeutung.

So wichtig die finanzielle Unterstützung der Stiftung durch Spenden der GEW - Mitglieder auch ist, **für die dauerhafte Verankerung von Fair Childhood in der gesamten GEW sind Fair Childhood - Arbeitsgruppen in den Landesverbänden unverzichtbar.** Über diesen Weg soll es auch gelingen, in unseren Bildungseinrichtungen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene für eine engagierte Auseinandersetzung mit Kinderarbeit zu gewinnen.

Zusammen mit Euch und Ulrich Thöne wollen wir auf dieser Veranstaltung überlegen, wie wir Fair Childhood in den Landesverbänden etablieren und uns zwischen den Landesverbänden und dem Bund vernetzen können.

Außerdem wollen wir genau über den Stand der Stiftung informieren.

Wir erhoffen uns einen Gedankenaustausch über den GEW Ideenwettbewerb „Kinderarbeitsfreie Zone“, der dazu dient, über das Thema Kinderarbeit zu informieren und Kinder, Jugendliche und Erwachsene für die Problematik der Kinderarbeit zu sensibilisieren.

Und wir hoffen auf eure Anregungen für die Planung der Arbeitsschwerpunkte 2013.

VOLKER PETERS

**fair
childhood**
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit



Kindern
eine
Kindheit
geben

**Jetzt mitmachen
und spenden:**

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 700 205 00
Konto-Nr. 9 840 000

www.fair-childhood.eu



ARMUT

Geschichten aus dem sozialen Brennpunkt

Mario* ist ein stiller, eher eigentlich schweigsamer Schüler. Das gilt gegenüber LehrerInnen wie MitschülerInnen. Er redet nur auf Ansprache. Seine Antworten sind meist reduziert auf ja und nein. Ja, zur Schule sei er eigentlich seit der 7. Klasse nicht mehr regelmäßig gegangen. Nein, es hätte auch nie jemand nachgefragt. Sein Abgangszeugnis von einer Hauptschule attestiert ihm durchgehend ‚n.b.‘, nicht bewertbar – wegen Fehlzeiten.

Die Produktionsschule bricht er jäh ab, nachdem er sich geweigert hatte, die Toiletten zu putzen. Es ist nicht einfach, so jemanden in ein Praktikum zu vermitteln. Es gelingt in einem Hausmeisterbetrieb, der auch Wohnungen renoviert. Ein paar Wochen hält Mario durch, ist arbeitsam und stellt sich geschickt an. Er wird morgens von dem Gesellen, mit dem er tagsüber arbeitet, mit dem Auto abgeholt. Banal, aber dies ist die Voraussetzung, dass er das Praktikum überhaupt machen kann. Denn wäre dies nicht der Fall, Mario könnte das Praktikum nicht machen. Er hat kein Fahrgeld!

So banal wie es klingt: dies ist für Mario die Hürde, über die er nicht rüber kommt. Seine Mut-

ter ist Hartz-IV-Bezieherin und in dem Unterstützungssatz ist rechnerisch das Fahrgeld enthalten. Rechnerisch, faktisch kriegt Mario aber kein Geld von der Mutter. Und sie, die schon jahrelang durch einen Unfall körperlich eingeschränkt ist und dazu alleinerziehend, beteuert, dass sie das Geld nicht habe.

Also kann Mario kein Praktikum machen, zu dem er nicht zu Fuß hinkommt. Nachdem er zu dem Schluss gekommen ist, dass Maler nicht das Richtige für ihn ist, möchte er als Koch sein Glück versuchen. Pech nur, dass es in seiner Wohngegend kaum Restaurants gibt.

Mario kommt übrigens aus dem gleichen Grund – kein Fahrgeld – nur sporadisch zur Schule, so dass unsere Kontakte hauptsächlich telefonisch laufen. Und Anspruch auf eine Fahrkarte hat er nicht! Zunächst hieß es, dass, wenn die Praktikumsstelle weiter als 7,5 km entfernt sei, die Behörde eine Fahrkarte bezahle. Aber dies gelte nur für Nicht-Hartz-IV-Empfänger, wurde ich belehrt, weil ja, wie oben erwähnt, das Fahrgeld in den ‚Geldleistungen des SGB II zur Sicherung des Lebensunterhalts‘, wie Hartz-IV offiziell heißt, schon enthalten sei.

Gut, dass Mario und auch seine Mutter keine Zeitung lesen. So kriegt er nicht mit, dass der Spitzenkandidat der Sozen für das Amt des Bundeskanzlers auf Staatskosten 1. Klasse zu seinen z.T. mit Steuern finanzierten Vorträgen fährt, bei denen er allein in einem Jahr mehr kassiert, als Mario, sollte er jemals in Arbeit und Brot kommen, sein ganzes Leben verdienen wird.

Die im Schatten sieht man nicht, gut, dass man wenigstens noch sehen kann, was im Lichte passiert. So haben zumindest diejenigen eine Chance, die Zeitung lesen (können), sich moralisch zu ereifern. Vielleicht erwächst daraus ja sogar hier und da ein Handeln, das es besagtem Kandidaten schwer macht, seine Karrierepläne, dieser würde wahrscheinlich ‚zielführend‘ sagen, zu realisieren.

JOACHIM GEFFERS

*Name geändert

Diese Rubrik haben wir neu eingerichtet. Wenn jemand hierzu einen Beitrag liefern möchte, ist er herzlich eingeladen. Einfach an: hlz@gew-hamburg.de Stichwort Neiddebatte

Rote Karte für Rotstift

Lautstark wehren sich Betroffene aus allen Bereichen sozialer Bildungseinrichtungen gegen die massiven Kürzungen durch den Senat

Seniorenangebote, Suchthilfeeinrichtungen, Jugendzentren, Bücherhallen, Universitäten und Bezirksämter. Die Liste der Einrichtungen und Angebote, die von der Rotstift-Politik des Senats betroffen sind, ist lang. Viele Einrichtungen stehen vor einer ungewissen Zukunft. Im Dezember entscheidet die Bürgerschaft über den Haushalt der Stadt. Die weiteren geplanten massiven Kürzungen entziehen vielen Einrichtungen die Grundlage.

Rund 2000 DemonstrantInnen

aus sozialen Einrichtungen, Wohlfahrts- und Sozialverbänden, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen setzen ein deutliches Zeichen für ein soziales und gerechtes Hamburg. Das Bündnis gegen Rotstift fordert den Senat und die Bürgerschaft auf, die Kürzungspläne zurückzunehmen, den Sozialstaat zu stärken und eine Erhöhung der Steuereinnahmen (für Reiche, Vermögende und Kapitalgesellschaften) durchzusetzen.



Armes reiches Hamburg

Hamburg ist eine reiche Stadt und nimmt zurzeit viel mehr Steuern ein als erwartet. Alle



2000 DemonstrantInnen für den Erhalt der Vielfalt sozialer Angebote



Wir werden nicht leise



Bedroht – aber nicht klein zu kriegen: RAP aus Steilshoop

diese Mittel sollen der Bevölkerung zugutekommen, indem soziale Arbeit, Bildung und Kultur ausgebaut werden. Wir fordern und treten ein für eine lebenswerte Stadt, in der ein gleichberechtigtes Leben garantiert ist.

Klaus Bullan, Vorsitzender der GEW Hamburg, in seiner Rede:

„Der Bildungsbereich in Hamburg ist massiv von der Politik der Schuldenbremse betroffen. Reales Absinken der Haushaltsmittel für Schulen, Kitas und Hochschulen in den kommenden 8 Jahren wird das Angebot an Bildung für die Kinder und Jugendlichen sowie die Studieren-

den in dieser reichen Stadt weiter verringern und die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in allen Bildungsbereichen weiter verschlechtern. Wir zeigen heute mit vielen Menschen auf der Straße, dass der Senat diese Politik nicht in unsrem Namen machen kann!“



Nachhilfe-Unterricht für Sparpolitiker



Neue Aufgaben fordern

INTERVIEW

Aufgaben verWAzen

Junge KollegInnen sind voll belastbar? Pustekuchen: Sie werden beim Berufseinstieg verheißt – die vielen neuen Aufgaben sind im Arbeitszeitmodell nicht berücksichtigt. Eine spürbare Entlastung mahnt Claudia Thiel im *hlz-Gespräch an*

hlz: Hältst du die von der BSB verkündete Entlastung für einen Fortschritt?

Claudia Thiel: Sicher stellen die Entlastungen einen kleinen ersten Schritt dar, insofern als damit eingestanden wird, dass Lehrkräfte zu stark belastet sind. Meiner Meinung nach ist der Schritt aber viel zu klein und führt kaum zu einer spürbaren Entlastung für alle LehrerInnen; ich meine, dass eine wirkliche Entlastung nur möglich ist, wenn mehr Geld in den Bereich Bildung investiert wird.

hlz: Welche Entlastung würdest du als echte Verbesserung spüren?

Claudia Thiel: Die Liste möglicher Entlastungen ist sehr lang und hängt auch von der jeweiligen Schule ab, an der man unterrichtet. So sind viele Schulen einfach völlig unzureichend mit Räumlichkeiten, Medien usw. ausgestattet. Auch die Klassengröße ist natürlich trotz der angekündigten Senkung der Klassenfrequenzen weiterhin ein Faktor, der sich auf die Belastung auswirkt. Das grundsätzliche Problem aber, welches alle gleichermaßen betrifft, ist das Arbeitszeitmodell. Wie wir

alle wissen, sind seit der Einführung diverse Aufgaben dazugekommen, die alle nicht in der Berechnung unserer Arbeitszeit berücksichtigt werden. Allein so schwerwiegende Aufgaben wie die Inklusion werden an den meisten Schulen einfach mal so mit erledigt, ohne dass sie verWAzt werden. Meines Erachtens muss an der Berechnung unserer Arbeitszeit so grundlegend etwas geändert werden, dass die diversen Anforderungen, die wir täglich bewältigen (d.h. auch solche Dinge wie Konfliktmanagement, einem hohen Lärmpegel ausgesetzt sein etc.) viel stärker berücksichtigt werden!

hlz: Siehst du Möglichkeiten, die Arbeitsbelastung von LehrerInnen allgemein und speziell deiner Schule öffentlich anzugehen?

Claudia Thiel: Ich sehe auf jeden Fall die Möglichkeit dies zu tun; ich denke, wir müssen die Öffentlichkeit viel mehr darüber aufklären, wie die Bedingungen wirklich sind - ich glaube, dass dazu Demonstrationen weiterhin ein sinnvolles Mittel sind. Ich glaube aber auch, dass wir uns mehr vernetzen müssen, um Aktionen wie „Dienst nach Vorschrift“ oder die „gläserne Schu-



le“ wiederzubeleben. An unserer Schule haben wir im letzten Schuljahr zusammen mit den SchülerInnen und Eltern einen Aktionstag zu unserer „Raumnot“ auf die Beine gestellt; das war sehr medienwirksam und hat sicher dazu beigetragen, dass die Aufmerksamkeit auf die Zustände an vielen Schulen gelenkt wurde. Solche Aktionen müssten aber an mehreren Schulen stattfinden, um einen Thies Rabe und Co zu beeindruckern. (Seine Reaktion auf unsere Aktion im O-Ton: „Wer am lautesten schreit, kriegt noch lange nichts.“) Letztlich bin ich der Meinung, dass wir auch darüber nachdenken sollten, ob wir streiken; die Belastungen spitzen sich immer mehr zu – es gibt immer weniger LehrerInnen, die Vollzeit arbeiten, junge KollegInnen werden schon am Berufseinstieg verheißt, der Krankenstand steigt immer weiter... Ich glaube, es ist an der Zeit, deutlich zu zeigen, dass es so nicht weitergehen kann! Ziel eines Streiks muss eine deutliche Senkung der wöchentlichen Unterrichtsverpflichtung und eine deutliche Entlastung der Lehrkräfte sein.

neue Entlastung



hlz: Was erwartest du in diesem Fall von Deiner Gewerkschaft, der GEW?

Claudia Thiel: Die GEW-Zentrale, also Geschäftsstelle und Vorsitzende, haben uns bei unserer Raumnott-Aktion sowohl finanziell als auch beratend unterstützt - das war eine

große Hilfe. Ich glaube, dass wir GEWlerInnen dafür sorgen müssen, dass die Basis derer breiter wird, die bereit sind, sich zu wehren. Nur dann können wir ernsthaft über Streikaktionen nachdenken. Konkret heißt das, dass man über die Fachgruppen an die KollegInnen an den Schulen herantreten muss, um

sie für gemeinsame Aktionen zu werben. Wichtig erscheint mir, dass Anfang des nächsten Jahres weitere Demonstrationen stattfinden, für die noch viel stärker geworben werden muss.

CLAUDIA THIEL
STS Blankenese

Gemeinsam Druck machen

Im Kessel der Arbeitsbelastung steigt der Druck. 10 Jahre Arbeitszeitmodell: Eine Gelegenheit allen gemeinsam die Wut zu zeigen

Ihr wisst, dass wir seit knapp einem Jahr mit der GEW-Kampagne „Lehrkraft stark machen“ Verbesserungen bei der Arbeitsbelastung und den Arbeitsbedingungen in den Schulen erreichen wollen und dafür kämpfen. Vieles haben wir schon getan (siehe auch www.gew-hamburg.de/mitmachen/aktionen/arbeitsbelastung-an-schulen/umfrage):

- online Umfrage zu den größten Belastungen und Entlastungsforderungen
- Aktionen an einzelnen Schulen z.B. zum Thema Raumbedarf
- Pressearbeit
- Forderungen an die Behörde gestellt
- Plakatkampagne „Lehrkraft stark machen“ in U- und S-Bahnen

Anfang September hat die Behörde ihre Reaktion verkündet: *Im Rahmen der Aufgabenkritik wird eine Reihe von Vorschlägen aus den Kollegien aufgegriffen. Die Entlastungen beziehen sich ausschließlich auf außerunterrichtliche Aufgaben wie Prüfungen und Korrekturen, Lernentwicklungsgespräche und Lehrplanarbeit. Einer der drei*

verbindlichen Präsenztage wird abgeschafft. Weitere Entlastungen sind angekündigt.

Unser GEW-Kommentar dazu: „Gemessen an den Vorstellungen unserer KollegInnen zur Arbeitsentlastung, die wir in einer großen online-Befragung im Frühjahr erhoben haben, bleiben die Ankündigungen des Senators hinter den Erwartungen zurück. Eine grundsätzliche Überprüfung des Arbeitszeitmodells findet nicht statt. Damit bleibt das Hauptübel der großen Belastung der LehrerInnenarbeit erhalten. Den vielen neuen Aufgaben, die noch immer ständig auf die Schulen einprasseln, stehen nicht die entsprechenden Entlastungen gegenüber.“

Mit anderen Worten: Ein sehr kleines Schrittlchen, ein Tropfen auf den heißen Stein.

Weiter kommen wir nur, wenn wir gemeinsam Druck machen und die gestiegenen Arbeitsbelastungen nicht länger hinnehmen und auch das Arbeitszeitmodell – 10 Jahre sind genug! – noch einmal in den Fokus rücken. Seit Einführung dieses Modells hat sich Schule enorm

verändert: Zwei Säulen Modell, Inklusion, Ganztagschule und viele andere grundlegende



Im Kampf mit Anforderungen von allen Seiten und eingeengt durch die Schlange des AZM geht auch ein pädagogischer Titan im Laufe der Zeit zu Bruch (zu sehen im Berliner Pergamon-Altar)



neue Entlastung

Neuerungen mit großen Anforderungen an die Koordination und Zusammenarbeit der KollegInnen sind dazu gekommen. Nichts davon ist im Arbeitszeitmodell berücksichtigt. Dieses Modell muss dringend überarbeitet und der Arbeitsrealität an-



Die übergroße Arbeitsbelastung aus der Stadt verschuechen

gepasst werden! Übrigens ist es bezeichnend, dass kein anderes Bundesland das AZM, das neue Anforderungen ausschließlich auf dem Rücken der KollegInnen austrägt, übernehmen wollte...

Daher bereiten wir einen Aktionstag am Aschermittwoch vor.:
An diesem Tag sollten Schu-

- gender Koordinierungsbedarf (ohne Anrechnung von Arbeitszeit)
- zu viele Prüfungen, Korrekturen, Vergleichsarbeiten
- fehlende Räume
- Ausstattungsmängel
- zu große Klassen und Lerngruppen
- fehlende Doppelbesetzung
- keine Ressourcen für Teamarbeit
- zu große Klassen und Lerngruppen
- Umsetzung der Inklusion ohne ausreichende Ressourcen
- Umsetzung der Ganztagschule ohne ausreichende Ressourcen
- zu viel Verwaltungsarbeit und Bürokratie
- hohe Lärmbelastung
- ...

Die GEW unterstützt euch mit Know How, Finanzen, Personen, wenn ihr in eurer Schule vor Ort etwas machen wollt.

Um 17 Uhr treffen wir uns am 13.2.2013 dann zu einer großen gemeinsamen Demo, bei

SchülerInnen als Betroffene unserer knappen Zeit sind gern gesehen und selbstverständlich mit dabei, vielleicht mit Kostümen, Musik und kleinen Aktionen.

Damit wir weitermachen können, wollen wir mindestens 2000 KollegInnen zu dieser Demo mobilisieren. Bitte macht das in euren Schulen bekannt, fragt herum und werbt für die Teilnahme.

Meldet uns „eure“ Zahlen bitte bis zum 31.12.2012 zurück. Wir rufen alle PädagogInnen an Schulen zur Teilnahme an den Aktionen auf; neben den LehrerInnen auch das pädagogisch-therapeutische Fachpersonal, das bisher noch nicht einmal die erwähnten Tropfen auf den heißen Stein zur Entlastung angeboten bekommen hat. Im Fokus unserer Aktionen stehen neben der Kritik des Arbeitszeitmodells auch andere Belastungen (siehe oben).

Die Öffentlichkeitsarbeit wollen wir fortsetzen und damit deutlich machen, dass schulische Qualität nur mit entlasteten Lehrkräften und guten Arbeitsbedingungen zu haben ist und dafür die reale Arbeitszeit deutlich reduziert werden muss.

Wir fordern in diesem Zusammenhang auch die Behörde auf, eine unabhängige Untersuchung über die reale Arbeitszeit von LehrerInnen in Hamburg in Auftrag zu geben. Das wäre z.B. eine sinnvolle Aufgabe für das Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung (IfBQ), das bisher die Schulinspektionen durchführt.

Beteiligt euch an der Kampagne, sprecht mit KollegInnen, macht mit am Aschermittwoch!

KLAUS BULLAN
SIGRID STRAUSS.

„10 Jahre Arbeitszeitmodell sind mehr als genug!“

Aschermittwochsaktionstag für bessere Arbeitsbedingungen

Demo am 13.2.2013 / 17 Uhr.

len ihre speziellen Arbeitsbelastungsprobleme vor Ort thematisieren. z. B.

- zu hohe Unterrichtsstundenzahl
- viele Konferenzen und stei-

der auch die Karnevals-kostüme noch einmal zum Einsatz kommen können und wir die gesamte Asche der Arbeitsbelastung deutlich machen können. Auch

Kein Frieden mit dem Schulfrieden

Bundesvorstandsmitglied Andreas Keller referierte über Absichten und Ziele der GEW auf dem Bundesgewerkschaftstag in Düsseldorf im Juni kommenden Jahres

Unser Gast auf dem Gewerkschaftstag (vormals LVV), Andreas Keller vom Bundesvorstand, zuständig für Hochschulpolitik und in dieser Rolle äußerst erfolgreich, was sich am Mitgliederzuwachs zeigt, äußerte Verwunderung über die Hamburger Verhältnisse in Sachen Schulpolitik. Angesichts des Desasters im Bildungswesen insgesamt und der Situation Hamburgs im Besonderen sei das Postulat eines Schulfriedens reine Augenwischerei. Was sich in der Spitze an den Hochschulen zeige, dass nämlich lediglich 17% der Studierenden aus Arbeiterhaushalten stamme, sei

ein bildungspolitischer Skandal, der seine Ursachen im Wesentlichen im gegliederten Schulwesen habe. Ergänzt durch das längst noch nicht eingelöste Versprechen, flächendeckend eine gezielte Sprachförderung von Anbeginn, d.h. in den Kitas, einzuführen und dies in den Schulen fortzuführen, sei es nicht absehbar, dass der Trend zu einer immer tieferen Spaltung in unserer Gesellschaft aufzuhalten sei. Wie könne man also einen Schulfrieden verlangen, wenn klar sei, dass Deutschland zu den Ländern in der Welt zähle, in der die soziale Ungleichheit durch das Bildungssystem zu-

nehme.

Eine der Ursachen liege darin, dass es durch die Förderalismusreform dem Bund unmöglich geworden ist, den Ländern Finanzhilfen zu gewähren. Ergebnis: Jeder Bereich sei unterfinanziert. Alle schönen Absichtserklärungen seien nichts wert, solange hier keine Änderung erfolge, so Keller resümierend. Hier müsse der Hebel angesetzt werden, was sich in der Schwerpunktsetzung des Bundesgewerkschaftstages im Juni 2013 in Düsseldorf widerspiegele:* „Gute Bildung – gute Arbeit“, so das Motto. Zwei Seiten einer Medaille, die nur zum Glänzen zu bringen sei,



Andreas Keller: „Die Grenzen in Europa verlaufen nicht zwischen den Nationen, sondern zwischen oben und unten.“

Maulkorb?

Bernhard Nette warf dem Vorsitzenden einmal mehr Untätigkeit in Sachen Ro19 vor. Er habe es versäumt, die Mitgliedschaft auf dem Laufenden zu halten, was die Verkaufsverhandlungen angehe. Darüber hinaus sei der hlz-Redaktion im Geschäftsführenden Ausschuss (GA) ein Maulkorb in Sachen Ro19 verpasst worden, so die Behauptung.

Klaus Bullan verwies auf seine Stellungnahme auf dem Gewerkschaftstag im Frühjahr, die in der hlz 5/12, S.69 abgedruckt war. Es habe, so der Vorsitzende, seitdem keine grundsätzlich anderen Fakten gegeben, über die zu berichten gewesen wäre.

Anschließend nahm der Verfasser dieser Zeilen Stellung zu den Anwürfen, indem er auf die Schwierigkeit hinwies, dass jede Veröffentlichung zu diesem Thema während der Verkaufsverhandlung – auch und gerade aus der Sicht derjenigen, die unmittelbar mit den Verhandlungen betraut waren – die Gefahr des Scheiterns mit sich gebracht hätte. Die hieraus ableitbare Gesamtverantwortung der Organisation gegenüber gebot für den Zeitraum der Verhandlungen Stillschweigen. Diese Entscheidung wurde von allen Redaktionsmitgliedern getragen. Da bis zum Redaktionsschluss die Eigentumsübertragung noch nicht abgeschlossen war, fühlen wir uns an die Entscheidung gebunden. JG

wenn dies grundsätzlich strukturell angegangen werde, d.h. Aufhebung der Restriktionen, die durch die Föderalismusreform zustande gekommen seien. Die zum Gewerkschaftstag eingela-



Auf der Galerie: Stimmenauszählung zur Bundesdelegiertenwahl

denen Spitzenpolitiker, die für die Misere verantwortlich seien, taugten dazu, unseren Anliegen Publizität zu verleihen, so Kellers Rechtfertigung. Letztlich sei der Erfolg der Durchsetzung unserer Forderungen von unserer Bereitschaft zum Widerstand abhängig. Er hoffe, so Keller in seiner Verantwortung als Mitglied im Bundesvorstand, dass der Gewerkschaftstag hierfür den notwendigen Rückenwind schaffe.

Neben (genuinen) Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen könne man aber die Rahmenbedingungen, in denen unsere Auseinandersetzungen stattfänden, nicht außer Acht lassen. Die europäische Wirtschaftskrise habe in vielen Ländern verheerende Auswirkungen auf die Beschäftigung. Insofern sei es unsere moralische Pflicht, uns mit den Betroffenen solidarisch zu zeigen. Der Gewerkschaftstag solle deswegen unter dem übergreifenden Motto: „Soziale Gerechtigkeit im Zeichen der Krise“ deutlich machen, dass wir als Gewerkschafter nicht bereit sind, die Kosten der Krise zu tragen. Keller mahnte einmal mehr, dass die Grenzen

in Europa nicht zwischen den Nationen, sondern zwischen unten und oben verliefen. Als Gradmesser für politisches Handeln hieße dies immer Solidarität mit den Schwachen. Und dies gelte selbstverständlich auch für das eigene Land. Er verwies in diesem Zusammenhang auf das steuerpolitische Konzept der GEW, das es nicht bei einer abstrakten Forderung nach Umverteilung von oben nach unten belasse, sondern aufzeige, wer in welchem Maße zu einer gerechteren Verteilung beizutragen habe.

Der Leitantrages des Geschäftsführenden Ausschusses „Baustelle Hamburger Bildungswesen“ (s. Kasten) stellt ebenfalls die Finanzierbarkeit in den Fokus der Betrachtung. Es mag sein, so unser Vorsitzender Klaus Bullan in seiner Begründung des Antrages, dass das Geld zur Finanzierung in Bezug auf Bildung nicht alles sei, aber ohne eine ausreichende Finanzierung sei alles nichts. Die Schuldenbremse hätte bereits jetzt markante Spuren hinterlassen. Obwohl die Anforderungen in allen Bereichen der Bildung massiv gestiegen seien, man beachte allein die

Mehrbelastungen durch die Einführung der Inklusion und der ganztägigen Betreuung an Schulen (GBS), ohne dass die Politik hinreichend dafür gesorgt hätte, dass dies mit einer adäquaten Personalausstattung einhergehe. Überfüllte Klassen an Gymnasien, die Konzentration der SchülerInnen mit auffälligem sozialen Verhalten vornehmlich an Stadtteilschulen und desaströse Verhältnisse an den Hochschulen in Hinblick auf überfüllte Seminare mit unterbezahltem, ja letztlich mit überwiegend prekär beschäftigtem Personal.

Sigrid Strauss ergänzte diese negative Bilanz, indem sie die jüngsten arbeitsentlastenden Maßnahmen, die die Bildungsbehörde auf Druck der GEW den LehrerInnen zugebilligt hatte, einen Tropfen auf den heißen Stein nannte. Die große Mehrheit der KollegInnen sei leer ausgegangen und dass, obwohl alle Gespräche mit ihnen immer wieder zeigen würden, dass die Arbeitsbelastung das größte Problem sei. Das, was nun zugesagt worden sei, könne also nicht alles gewesen sein. „Wir müssen weitermachen. Weniger Unterrichtsstunden für alle, Zeit für Koordination für alle“, so Sigrids Credo. Man erwarte, dass hier nachgelegt werde. Solange dies nicht geschehe, werde man keine Ruhe geben, so die stellvertretende Vorsitzende.

Stefan Romey mahnte in der Diskussion zum Leitantrag (s. Kasten) das Fehlen konkreter Handlungsschritte an, wie z.B. Vorschläge für Aktionen, die unseren Forderungen Nachdruck verleihen könnten. Sein Vorschlag, dies als Fragen in die Fachgruppen zu geben, wurde aufgenommen. Ergänzt wurde der Antrag durch die direkte Aufforderung an den Senat, die geplanten Schließungen in der ‚Offenen Jugendarbeit‘ zurückzunehmen. (s. hierzu ‚Bündnis gegen Rotstift‘ auf Seite 12)

Beschluss des Hamburger Gewerkschaftstages am 5.11.2012

Baustelle Hamburger Bildungswesen

Das Bildungswesen in Hamburg ist durch eine **deutliche Unterfinanzierung** gekennzeichnet. Verstärkt wird das durch die Schuldenbremse, wegen der die Regierung nur noch jährliche Kostensteigerungen von 0,88% zulassen will. Das wird allein durch Inflation übertroffen (von Tarifsteigerungen gar nicht zu reden).

Diese finanzpolitische Vorgabe wird zu **Verschlechterung des Bildungsangebots, Personalabbau**, zunehmender **Arbeitsbelastung, Ausweitung der prekären Arbeitsverhältnisse** und **Tariffucht** führen und hat das bereits getan. Diese Entwicklung betrifft alle Bildungsbereiche und muss durch die GEW Hamburg energisch bekämpft werden.

Vor allem in Schule und Hochschule setzt sich der Trend zum **Abbau von Demokratie** und zur **Umwandlung der Bildungseinrichtungen in Betriebe** fort. Die GEW tritt für die Demokratisierung der Bildungseinrichtungen und Bildung in öffentlicher Hand ein. Bildung darf auch zukünftig keine Ware werden! (...)

*Die Besetzung der 16 Mandate, die der Landesverband Hamburg für den Bundes-Gewerkschaftstag zu vergeben hat (abhängig von der Zahl der Mitglieder), wurden per Wahl in der Versammlung entschieden. Hier-

bei war zu beachten, dass aus allen Bereichen Delegierte zur Wahl standen. Es gab eine Vorschlagsliste, die durch spontane Bewerbungen ergänzt wurde.

JOACHIM GEFFERS

Der Alte und der Neue

Nachdem unser Kollege **Uwe Mertens** über 20 Jahre ehrenamtlich die Leitung der Rechtsschutzstelle inne hatte, wurde



Andreas Hamm für diese Funktion gewählt. Klaus Bullan sprach dem Kollegen Mertens im Namen der GEW vor den Delegierten seinen Dank für sein außerordentliches Engagement aus. Andreas, der seine hauptamtliche Funktion als Referent der GEW-Hamburg wegen vorgezogenem Altersruhestand aufgibt, bestritt seine letzte LVV (jetzt Gewerkschaftstag) in dieser Funktion. (s. Interview auf S. 40)

Ein Grund zum Feiern

Am Abend vor dem 101. Geburtstag beging die GEW das 100-jährige Jubiläum des Curiohauses. Ein Rückblick auf die Anfänge

Das Curiohaus wurde in den Jahren 1908 bis 1911 erbaut und am 4.11.1911 feierlich eröffnet. Vom Alter her steht es damit in einer Reihe mit dem Alten Elbtunnel, dem Thaliatheater oder dem Völkerkundemuseum. Die Vorläuferin der GEW-Hamburg, die *Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens*, forcierte die Idee eines Lehrervereinshauses seit Beginn des 20. Jahrhunderts.

Dass der Bau ausgerechnet



Ein schönes Haus, ein Festessen, Kabarett und viel Musik zum genießen.

im renommierten Stadtteil Rotherbaum stattfand, sollte der Organisation der Hamburger Volksschullehrer mehr Anerkennung in der prosperierenden

Metropole Hamburg bringen. Gleichzeitig versprachen sich die Verantwortlichen in der *Gesellschaft* bei dieser Grundstückslage höhere Erträge bei

Die Weiherede des Proponenten Th. Blinckmann.

Was unsere Gesellschaft fast ein Jahrhundert lang erhofft; was Generationen der hamburgischen Lehrerschaft ersehnt oder in vergeblichem Bemühen erstrebt: uns ist es zur Wirklichkeit geworden. Dankerfüllten Herzens genießen wir diese Stunde.

(...)

Und nun wollen wir der Stunde leben und ihr geben, was ihr geführt.

Dieses Haus soll dienen der Wahrheit!

Was wir im Herzen als recht und gut empfunden, was wir im Geiste als wahr erkannt, was in heißem Drange über die Lippen fließen will, das möge sich hier zum Wort gestalten; und jeder möge hier von seinem Standpunkte aus in kraftvollem Streben nach Licht und Wahrheit ringen.

Dieses Haus soll dienen der Freiheit!

Ohne Freiheit keine Lehrer und ohne selbstloses, vorurteilsfreies Streben, ohne Selbstzucht keine innere sittliche Freiheit, ohne diese keine äußere. Mögen alle Mitarbeiter in diesen Räumen in ernster Arbeit und strenger Selbstzucht sich emporingen zu sittlicher Freiheit, möge sich aber auch von hieraus die Erkenntnis immer mehr Bahn brechen, daß die Arbeit des Lehrers eine freie geistige Tätigkeit ist, die keinen Zwang und keine Schablone verträgt. Und frei sei hier das Wort! Frei, nur beschränkt durch den Takt des gesitteten Mannes und durch die selbst gegebene Ordnung. Frei sei aber auch der Sinn! Von welcher Weltanschauung aus auch jemand pädagogische Fragen zu lösen versuchen möge, von welchem politischen Standpunkte aus er das Schulwesen gestaltet sehen möchte, hier soll jeder zu seinem Rechte kommen; ausgeschlossen ist nur die politische Partei.

(Pädagogische Reform vom 8. November 1911)

Pädagogische Reform.

Zugleich Organ der Hamburger Lehrmittel-Ausstellung.

Herausgegeben von den Vorständen der Gewerkschaften des Pädagogischen Systems.

Das Organ enthält eine Reihe von in der Redaktion bearbeiteten und durch die Redaktion verantwortlichen Beiträgen, die in der Regel in der Redaktion bearbeitet sind.	Verantwortlicher Redakteur: W. Pöhlke, Hamburg-Friedrichs, Poststr. 16. Litho und Expeditoren: Wilhelm Sappig, H. Gerg, Poststr. 16. Tele. Gruppe 9. 1211. Korrespondenten in Leipzig: H. Heede.	Abonnementspreis 1,00 Mk. Viertel- jahres (zum Postzettel 20 Mk.) umfasst alle Abonnementsbedingungen und den Fracht- zuschlag.
---	--	--

XXX. Jahrgang.

Hamburg, Mittelweg, den 8. November 1911.

Nr. 45.



4.11.1911

Einweihung des Curiohauses durch die *Gesellschaft der Freunde*

1933-45

Nach dem bei nur wenigen Gegenstimmen beschlossenen Beitritt der *Gesellschaft* zum Nationalsozialistischen Lehrerbund Nutzung durch den Gau Hamburg des NSLB

1946-48

Der große Saal dient als Gerichtssaal für die Curiohaus-Prozesse der britischen Militärgerichte; angeklagt sind SS-Angehörige wegen Verbrechen in den KZs Neuengamme und Ravensbrück (u. a. wegen der Ermordung von Kindern am Bullenhuser Damm).

1967-1997

Der Saal des Curiohauses dient als Mensa der Uni Hamburg.

1997

Umbau und Sanierung des Curiohauses

seit 2004

Nutzung des Vorderhauses durch das Cateringunternehmen Kofler für Veranstaltungen verschiedener Art

der geplanten Doppelnutzung des Hauses: Da sich ein Lehrervereinhaus nicht durch eigene Beiträge erhalten lassen würde, sollte ein Teil des Gebäudes als Kontor- oder Mietshaus für Einnahmen sorgen.

Bei der Finanzierung des Curiohauses kam der *Gesellschaft* zugute, dass der Lehrerverein Witwen- und Waisenkassen für die Hamburger Lehrerschaft aufgebaut hatte. Die Zuwendungen an die sozialen Kassen wurden ausgesetzt, eine spätere Einzahlung zugesichert. Die Finanzkraft der *Gesellschaft* rührte jedoch auch aus dem jahrelangen Verkauf von Schulbüchern aus dem eigenen Verlag an den Senat her.

Bei der feierlichen Einweihung des Curiohauses am 4.11.1911 befanden sich unter den etwa 2000 Anwesenden auch Ehrengäste aus Senat und

Behörde – eine Genugtuung für die *Gesellschaft*, nachdem Senatsmitglieder sechs Jahre zuvor bei der 100-Jahr-Feier des ungeliebten Volksschullehrervereins demonstrativ ferngeblieben waren.

Dass die Zeichen nicht nur auf Harmonie standen, zeigte sich auf dem Fest in der Tischrede von Richard Ballerstaedt, dem 1. Assistenten der *Gesellschaft*: Er betonte, dass die Lehrerorganisation ihre Ziele verfolge, indem sie ihre Forderungen durch „entschlossene, mit erfrischender Opportunitätsverachtung gepaarte Formulierung“ erhebe, - „unbekümmert, ob das Ergebnis ihrer Arbeit maßgebenden Kreisen einmal mißfalle“.

MANNI HEEDE

Literatur: Joist Grolle, Ein Lehrerhaus als Kulturdenkmal, Hamburg 1991



Tom Miller – ein Elvis mit Leib und Seele setzt den Saal in Bewegung.

Schulzeitverkürzung ist und bleibt falsch

GEW zur KESS 12 Studie in Hamburg

Die Jubelmeldungen des Bildungssenators und KMK-Präsidenten Ties Rabe zur Vorstellung der Ergebnisse der KESS 12 Studie sind voreilig und ungegerechtfertigt. Die KESS 12 Studie, in der die Kompetenzen und Einstellungen von SchülerInnen am Ende der Jahrgangsstufe 12 untersucht wurden – allerdings nur an den Gymnasien – ist keineswegs ein Beleg für den Erfolg der Schulzeitverkürzung. Die Behauptung, das Turboabitur als Instrument des Forderns und Förderns sei ein Erfolgsmodell, hält der Überprüfung durch die Studie nicht stand, auch wenn Ties Rabe das anders sehen will:

„...Dabei verlangen die Schulen jetzt mehr Anstrengung und Leistung als 2005. Doch gerade das – die Verdichtung der Lernzeit und die höheren Leistungsansprüche – haben offensichtlich zum Erfolg beigetragen. Das zeigt: Wenn eine Schule Leistung fordert und fördert, steigt der Bildungserfolg der Kinder.“ (Ties Rabe in der Pressemitteilung vom 27. November 2012)

Es entspricht nicht der Wahrheit, dass die Schulzeitverkürzung zum Abitur (G 8) zu besseren Schulleistungen geführt hat.

Die Studie selbst formuliert bescheidener und differenzierter:

„Der Vergleich der am Ende der gymnasialen Oberstufe erreichten mittleren Lernstände des KESS-Jahrgangs (G 8) mit den mittleren Lernständen des LAU-Jahrgangs (G 9) ergibt, dass die Einführung des G 8 in allen drei untersuchten Kompetenzbereichen nicht zu einem Leistungseinbruch geführt hat (Hervorhebung K.B.). Im „Test

of English as a Foreign Language“ (TOEFL) liegen beide Jahrgänge gleichauf, wobei der KESS-Jahrgang im Untertest „Listening Comprehension“ einen leichten Leistungsvorsprung verzeichnet. Im Englisch C-Test, der das allgemeine Sprachverständnis misst, verzeichnen die Abiturientinnen und Abiturienten des KESS-Jahrgangs einen Leistungsvorsprung, der dem Lernzuwachs innerhalb eines Schuljahres annähernd entspricht. In Mathematik liegen die am Ende der gymnasialen Oberstufe er-

Der Anteil an SchülerInnen mit niedrigen Lernständen hat deutlich zugenommen

reichten mittleren Lernstände in den beiden eingesetzten Tests nahe beieinander mit einem leichten Leistungsvorteil des LAU-Jahrgangs im Bereich der mathematischen Grundbildung und einem leichten Leistungsvorteil des KESS-Jahrgangs im Bereich der voruniversitären Mathematik. Auch in den Naturwissenschaften ist der Leistungsunterschied zwischen beiden Jahrgängen am Ende der gymnasialen Oberstufe nur gering, wiederum verbuchen die Abiturientinnen und Abiturienten des KESS-Jahrgangs einen leichten Leistungsvorsprung.“ (KESS 12 Zusammenfassung, S. 12)

Im Klartext heißt das: bis auf einen Bereich des Englischunterrichts gibt es kaum signifikant unterschiedliche Ergebnisse in Englisch, Mathematik und Naturwissenschaften zwischen den LAU – Ergebnissen sieben Jahre

zuvor mit G 9 und den KESS-Ergebnissen mit G 8.

Aber immerhin, die Leistungen sind im Durchschnitt nicht schlechter geworden. Ist die Schulzeitverkürzung an den Gymnasien unter Leistungsgesichtspunkten also doch ein Erfolgsmodell? Denn zu Recht wird darauf hingewiesen, dass die Zahl der AbiturientInnen gegenüber der LAU Studie vor sieben Jahren um ein Drittel zugenommen hat – und dies hat offenbar nicht zu einem Leistungseinbruch geführt.

Auch wenn diese Aussage nur teilweise stimmt, weil festzustellen ist, „dass der Anteil an Schülerinnen und Schülern mit niedrigen Lernständen deutlich zugenommen hat“ (KESS 12, S.12), so ist auch dies kein Erfolgsnachweis der Schulzeitverkürzung.

Infolge der Reform der gymnasialen Oberstufe (Einführung der Profiloberstufe) hat sich der Anteil der SchülerInnen, die in Englisch und Mathematik Kurse mit erhöhtem Anforderungsprofil wählen (müssen), deutlich erhöht: In Englisch von 33% auf 77%, in Mathematik von 12% auf 42%. Diese Reform hat mit der Schulzeitverkürzung nichts zu tun. Erwartungsgemäß steigen die Gesamtleistungen eines SchülerInnenjahrgangs, wenn ein höherer Anteil Kurse mit erhöhten Leistungsanforderungen wählt.

Ist also die Erfolgsbilanz des letzten Abijahrgangs an Gymnasien nur durch Ignoranz oder bewusste Täuschung als Erfolgsbilanz von G 8 zu interpretieren, so wiegt viel schwerer, dass KESS 12 eine reine Leistungsstudie ist. Unter welchen Bedingungen die Schülerinnen und Schüler diese Leistungen erbringen, entzieht sich der Fragestellung der Studie. Gerade darauf zielt aber die in breiten Teilen der Öffentlichkeit geübte Kritik an G 8 ab. Zunehmender Zeitdruck beim Lernen und verdichtete Unter-

richtstage und -wochen führen zu massivem Stress bei den SchülerInnen und ihren Familien. Freizeit kommt zu kurz, außerschulische Aktivitäten finden kaum noch statt, die GymnasialInnen haben Arbeitswochen, die weit über die Regelarbeitszeiten von ArbeitnehmerInnen hinausgehen. Jüngste Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, dass massiver Schulstress inzwischen schon im Grundschulalter einsetzt. Die Angst vieler Familien um die Zukunft ihrer Kinder führt dazu, dass immer mehr in immer kürzerer Zeit gelernt werden muss – eine fatale Entwicklung auch für die Gesundheit der jungen Menschen und für das Lernen in unserer Gesellschaft, das Suchbewegungen, Umwege und Fehler für die Entwicklung dringend benötigt.

Das zu erkennen bedeutet, dass es klug ist, wenn Eltern sich und ihren Kindern diesen Stress ersparen wollen, Stadtteilschulen zu wählen, in denen das gleiche Abitur wie an den

Gymnasien in neun Jahren erreicht wird. Wir lehnen als GEW das Zwei-Säulen-Modell aus Stadtteilschulen und Gymnasien ab, weil es eine Chancengleichheit oder gar Gleichwertigkeit beider Säulen nur vorgaukelt. Die großen Schwierigkeiten, die viele Stadtteilschulen u.a. dadurch haben, dass sie fast allein die Inklusion schultern müssen (in Stadtteilschulen sind 1.440 SchülerInnen mit Sonderpädagogischem Förderbedarf gemeldet, in Gymnasien 37!), werden dadurch verstärkt, dass Rückläufer aus Gymnasien aufgenommen werden müssen. Das geschieht längst nicht nur, wie regelhaft vorgesehen, nach Klasse 6, sondern ständig. Jetzt beschließt die SPD – Mehrheit in der Bürgerschaft auf Antrag der FDP und mit Zustimmung der Grünen, dass SchülerInnen nach der 10. Klasse des Gymnasiums in die 11. Klasse der Stadtteilschule wechseln können, wenn sie sich dafür entscheiden, die dreijährige gymnasiale Oberstu-

fe dort zu besuchen. Faktisch entspricht das einer Klassenwiederholung, denn der Lernstoff in den Gymnasien nach Klasse 10 entspricht wegen der Verdichtung des Unterrichts durch G 8 dem an Stadtteilschulen nach Klasse 11. Gleichzeitig wird das Signal an die Eltern gesendet: Versucht es erstmal am Gymnasium und wenn das nicht klappt, bleibt der Ausweg Stadtteilschule erhalten. Fatal könnte sich das auf das Anmeldeverhalten in den 5. Klassen der Stadtteilschulen auswirken, die ohnehin schon massive Konkurrenz Nachteile (s.o.) gegenüber den Gymnasien haben.

Wenn man SchülerInnen unnötigen Stress und Eltern die schwere Entscheidung für eine Schulform nach Klasse 4 ersparen will, dann bleibt nur, für eine Schule für alle einzutreten. Das sollte nicht in Vergessenheit geraten.

KLAUS BULLAN

VOrM

Nicht zur freien Verfügung

Die Vorstellung so mancher Bildungspolitiker, man könne die nicht genutzten Vertretungs- und Organisationsmittel (VOrM) anderweitig nutzen, ginge voll zu Lasten der KollegInnen

Seit 2008 wurden im Rahmen der SvS (Selbstverantwortete Schule) die Vertreterstellen zum großen Teil nicht mehr in der Schulbehörde verwaltet, sondern über eine Budgetierung als Vertretungs- und Organisationsmittel (VOrM) an die Schulen gegeben. Der Leiter des Amtes für Schulen erläuterte dies in einem Schreiben an die Schulleitungen: „Die Budgetierung der Vertretungsmittel wird in allen Schulformen zum Schuljahr 2008/09 umgesetzt, für die Gymnasien,

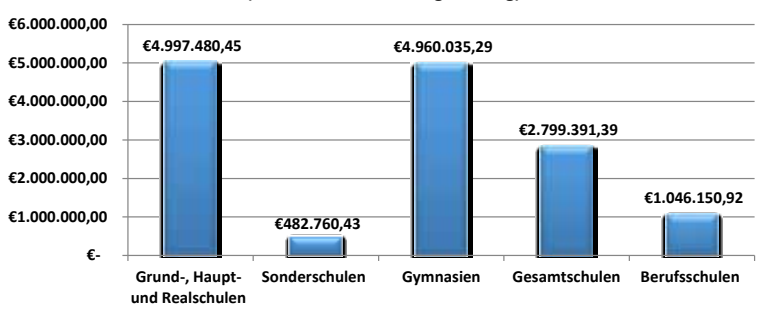
Gesamtschulen und Beruflichen Schulen gibt es keine Veränderungen gegenüber den bisherigen Planungen. Speziell für den Bereich der Grund-, Haupt- und Realschulen sowie der Sonderschulen wird hingegen in diesem ersten Jahr der Umsetzung noch etwa die Hälfte der insgesamt verfügbaren Vertretungsmittel zentral bei den jeweiligen Personalreferenten bewirtschaftet und im traditionellen Verfahren auf Antrag an die Schulen zugewiesen werden. Erst nach Auswer-

tung der Erfahrungen damit soll dann zum Schuljahr 2009/10 die umfassende Budgetierung auch für die Grund-, Haupt- und Realschulen sowie die Sonderschulen realisiert werden.“

Im Regelwerk zu VOrM heißt es: „Die Schulleitung ist umfassend für die auskömmliche Bewirtschaftung des schulischen Vertretungsbudgets verantwortlich.“

Mit der Eigenbewirtschaftung hatten die Schulen die Möglichkeit, direkt auf diese Mittel zuzu-

**Reste in den Schulkapitel zu Beginn des Schuljahr 10/11
(nach zwei Jahren Budgettierung)**



greifen. Erkrankte in den Schulen bis zu diesem Zeitpunkt eine KollegIn langfristig, mussten die Schulen die ersten 4 Wochen die Vertretung mit Bordmitteln organisieren. Nun konnten die Schulen sehr viel früher mit diesen Mitteln Lehraufträge vergeben und Aufstockungen finanzieren. Das bedeutet aber auch: sind die eigenen VOr-Mittel erschöpft, fehlt das Behörden-Auffangnetz.

Situation in den Schulkapiteln

Aufgrund einer Kleinen Anfrage in der Bürgerschaft durch die Abgeordneten Rabe (!), Heinemann und Heyenn wurden die Umfänge der Zuweisungen und Ausgaben zu VOrM deutlich. In den ersten beiden Jahren nutzten die Schulleitungen die neue Möglichkeit nur sehr vorsichtig, wie sich aus den Antworten auf Kleine Anfragen in der Bürgerschaft ergibt.

Im Saldo beider Schuljahre blieben in den Schulen noch

14,5 Millionen Euro, was in etwa 215,8 Stellen entsprach. Denn die Vertretungs- und Organisationsmittel, die nicht ausgegeben werden, sind nicht verloren, sondern werden auf die Folgejahre übertragen.

Die Vorsicht im Umgang mit den VOr-Mitteln wurde aber bald abgelegt, wie die Aufstellung der Zuweisung, Ausgaben und Saldi an die einzelnen Schulkapitel zeigt (ausführlich unter: www.gew-hamburg.de/themen/arbeitsbedingungen/versteckter-lehrermangel):

Die „Vorratshaltung“ wurde erheblich reduziert. Die Polster in den einzelnen Kapiteln wurden drastisch reduziert. In den Jahren 10/11 und 11/12 wurden die Reste bis auf 3,58 Millionen Euro abgebaut (vgl. Abb:1).

Die anfängliche Zurückhaltung der Schulleitungen und die Forderung die „Rücklagen“ abzubauen, führte dazu, dass im Schuljahr 10/11 2,95 Millionen

Euro mehr ausgegeben als in diesem Jahr zugewiesen wurde. Im Schuljahr 11/12 waren es sogar 7,75 Mio. Euro, die mehr ausgegeben als zugewiesen wurden.

Die Tabelle 1 gibt die Prozentanteile wieder, die anzeigen, wie viel in den einzelnen Kapiteln jeweils mehr ausgegeben als zugewiesen wurde (negative Prozentzahlen geben an, das entsprechend weniger ausgegeben wurde).

Im Rahmen der Bildung von Stadtteilschulen haben sich Verschiebungen aus den Bereichen GHR- und Gym in den Stadtteilschul-Bereich ergeben, die eine klare Abtrennung der Verläufe in den einzelnen Schulkapiteln erschweren, aber die generellen Tendenzen treten deutlich hervor. Das Instrument VOrM wurde im Gymnasialkapitel besonders intensiv genutzt. In den Schuljahren 08/09 bis 11/12 wurden insgesamt 935.670 € mehr ausgegeben als in allen Jahren zugewiesen! Nicht in allen Schulen wurde der Abbau der Überschüsse der VOr-Mittel nur als Ausgaben für Personal genutzt. Aus einigen Schulen wurde berichtet, dass die hohen VOrM-Überschüsse durch Umwandlung in Sachmittel (Kompetenz-Plus-Verfahren) abgebaut wurden (Motto: „Bequemeres Sitzen auf neuem Schulmobiliar beim Warten auf die VertretungslehrerIn ...?“).

Schulen mit negativem VOrM-Saldo – und die sind besonders im Gymnasialkapitel zu finden – müssen mittlerweile Langfristerkrankungen mit den „Bordmitteln“ – den für Kurzzeitvertretungen gedachten Vertretungsverpflichtungen aufgrund der A-Zeiten der KollegInnen – ausgleichen. Das führt dazu, dass in kürzester Zeit auch diese Mittel erschöpft sind. Unter der Prämisse, dass Unterricht nicht ausfallen dürfe, werden an diesen Schulen die Funktionszeiten gekürzt, um auf diese Art Vertretungsarbeits-

VOrM-Saldi nach 4 Jahren

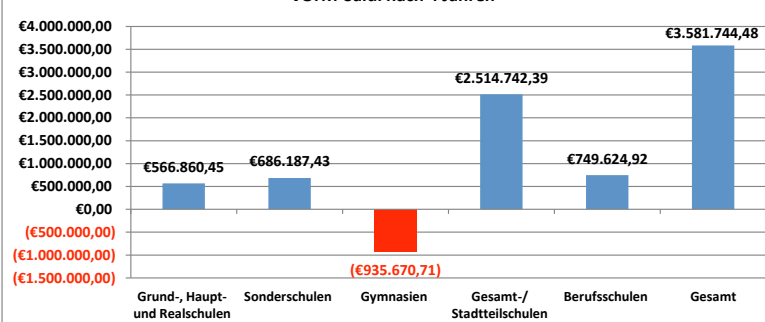


Abbildung 1: VOrM-Saldi nach 4 Jahren

Schuljahr	Grundschulen	Sonderschulen	Gymnasien	Stadtteilschulen	Berufsschulen	Gesamt
10/11	35,62 %	5,43 %	40,05 %	-8,95 %	23,67 %	12,24%
11/12	73,05 %	-19,82 %	52,80 %	11,71 %	35,59 %	32,17 %

Tabelle 1: Mehrausgaben in Relation zur jeweiligen Schuljahreszuweisung

zeit zu generieren. Folge: das Missmanagement der Schulleitungen baden die KollegInnen aus. Ein besonderes Lehrstück der „selbstverantworteten Schule“. Viele Leitungen solcher Schulen, die ein VOrM-Minus verzeichnen, bemühen sich mit „Betteltelefonaten“ um Kredite bei anderen besser aufgestellten Schulen. Zu untersuchen wäre, wie es zu den negativen Saldi kam. Welche Rolle spielt da die Schulaufsicht? Findet überhaupt ein Controlling statt? Die GEW fordert seit längerem: Die Schulpersonalräte müssen Einblick in die Führung der VOrM-Töpfe erhalten, um negative Auswirkungen für die Kolleginnen und Kollegen zu verhindern!

Der VOrM-Topf hat in der Politik – wohl vor dem Hintergrund der Überschüsse der Anfangsjahre – zu Begehrlichkeiten geführt. Schon die Altersentlastung für Lehrkräfte über 60 Jahre wurde aus den VOrM-Stellen finanziert. Nun aber fordert die Grünen-Schulpolitikerin Stefanie von Berg 13,3 Millionen Euro aus der Vertretungsreserve zu entnehmen. Sie meint, das gäbe der VOrM-Topf her und bezieht sich auf die Aussagen, die von Behördenseite im Schulausschuss getätigt wurden. Vor dem Hintergrund der Bilanz nach vier Jahren (vgl. Abbildung 1), die aufgrund der Antworten auf die Kleinen Anfragen der Bürgerschaftsabgeordneten Rabe, Heinemann und Heyenn gezogen werden kann, würde dies zu einem Vertretungsfiasko in den Schulen führen! VOr-Mittel können nicht zur Finanzierung anderer Vorhaben im Rahmen der Inklusion herangezogen werden. Im Gegenteil wird deutlich, dass bei gleich-

bleibend hohen, notwendigen Ausgaben der Schulen die zugewiesenen Mittel nicht mehr ausreichen. Das wird sich auf die Unterrichtsversorgung und auf die Belastung der KollegInnen verschärfend auswirken.

Gründe für befristete Lehraufträge

Die Gründe für befristete Lehraufträge, die aus den schulischen Vertretungsbudgets bezahlt werden, sind aus folgender Darstellung ersichtlich (Tabelle 2, Bürgerschaftsdrucksache 20/5470):

Es zeigt sich, dass vor allem in den Sek I / II-Schulen ein erheblicher Teil der VOr-Mittel zur Abdeckung des regulären Unterrichts genutzt wird:

- ◆ Gym: 25%
- ◆ StS: 45%
- ◆ HIBB 33 % der Lehraufträge.

Die deutlich niedrigeren Prozentzahlen in GS und So erklären sich wohl dadurch, dass es dort keinen klassischen fächerspezifischen Bedarf gibt.

Berücksichtigt man noch die Position „Überbrückung bis zur Besetzung der Stelle“, kommt man auf noch höhere Prozentzahlen bzgl. des Einsatzes von VOr-Mitteln zur Abdeckung des regulären Unterrichts:

- ◆ Gym: 33,6%
- ◆ StS: 53 %
- ◆ HIBB: 37% der Lehraufträge.

Dies sind deutliche Zeichen des Lehrkräftemangels. Es stellt sich die Frage, ob Hamburg überhaupt in der Lage ist, alle freien Lehrerstellen in den Schulkapiteln mit festen Lehrkräften zu besetzen. Hinweise aus den Schulen, dass es erhebliche Probleme gibt, liegen diesbezüglich vor. Behördenvertreter bestreiten, dass es einen Lehrkräftemangel – außer in den sogenannten Mangelfächern – gäbe, da Hamburg als „wachsende Stadt“ eine extrem hohe Anziehungskraft besäße. Die Zahlen sprechen eine andere Sprache.

HANS VOSS
Ruheständler

Gründe für befristete Einstellungen Schuljahr 11/12	Grundschulen		Sonderschulen		Gymnasien		Stadtteilschulen		Berufliche Schulen	
	Fälle	%	Fälle	%	Fälle	%	Fälle	%	Fälle	%
Aufgaben von begrenzter Dauer	97	10	13	9	110	7	126	10	79	17
Beurlaubte Lehrkraft	8	1	5	3	7	0	2	0	5	1
Fächerspezifischer Bedarf	109	12	5	3	388	26	570	45	149	33
Mutterschutz / Elternzeit	98	10	12	8	173	12	71	6	42	9
Teilnahme an einer Klassenreise	2	0	0	0	16	1	10	1	0	0
Überbrückung bis zur Besetzung der Stelle	99	11	14	9	114	8	103	8	21	5
Vertretung wg. Erkrankung	529	56	101	68	688	46	387	30	159	35
Summe Lehraufträge 2011/12	942	100	150	100	1496	100	1269	100	455	100

Tabelle 2: Gründe für befristete Lehraufträge

„Don't mourn – organize!“

Ein Zwischenbericht zum „Projekt Mittelbau“ an der Universität Hamburg

Die GEW Hamburg führt seit Anfang 2012 in der Fakultät Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaft (EPB) der Universität Hamburg ein Organizing-Projekt. Ziel ist, Erfahrungen darüber zu sammeln, inwiefern Elemente des Organizing ein neues, sinnvolles Element gewerkschaftlicher Arbeit vor Ort darstellen können (vgl. hlz 1-2/2012). Zielgruppe sind die wissenschaftlich Beschäftigten im Fachbereich Erziehungswissenschaft. Das Projekt zielt entsprechend dem Organizing-Paradigma nicht darauf, die Beschäftigten bestmöglich zu vertreten, sondern darauf, die Themen der Beschäftigten zu Themen der GEW zu machen und zugleich diese Beschäftigten selbst zur Vertretung ihrer Interessen zu befähigen. Die Gliederung des Artikels folgt dem bisherigen Projektverlauf: Auf die Recherche der Beschäf-

tigungsbedingungen vor Ort schloss sich eine Phase an, in der das Organizing-Team Gespräche mit den Beschäftigten führte, um die konkreten Probleme vor Ort herauszufinden. Seit Anfang Dezember läuft die Phase einer Aktivität mit dem Ziel, konkrete Verbesserungen in der täglichen Arbeitssituation zu erreichen.

Bildung eines Organizingteams

Das Organizing-Team besteht aus Ehrenamtlichen, die sich zum Beginn des Projekts im Januar 2012 aus dem Kreis interessierter GEW-Mitglieder gefunden haben. Über eine offene Veranstaltung „Startschuss für ein Organizing-Projekt“ wurde im Februar versucht, weitere Aktive zu gewinnen. Diese Organizer_innen nehmen an den monatlichen Schulungs- und Planungstreffen mit Georg Wissmeier von OrKa teil und leisten darüber hinaus die im Rahmen eines solchen Projekts anfallenden Arbeiten (recherchieren, Interviews führen, Aktivitäten vorbereiten). Über dieses Team hinaus besteht ein offener Kreis von Personen, die für konkrete Aktivitäten angesprochen werden. Zu diesen gehören die Sprecher_innen des Mittelbautreffens der Fakultät EPB und die Vertrauensleute der Fakultät.

sowie die Beschäftigungsbedingungen in der Fakultät EPB zu gewinnen: Insgesamt sind 214 wissenschaftlich Beschäftigte (ohne Professor_innen) in den insgesamt fünf erziehungswissenschaftlichen Fachbereichen beschäftigt, die in drei große Gruppen zerfallen: Wissenschaftliche Mitarbeiter_innen mit ausschließlicher Lehrtätigkeit (WiMiLe, früher LfbA), Mitarbeiter_innen mit ausschließlicher Forschungstätigkeit auf sogenannten Projekt- oder „Drittmittelstellen“ (WiMiPro) sowie eine geringere Anzahl von promovierenden Mitarbeiter_innen auf Qualifikationsstellen (WiMiDo). WiMiLe sind zu 79% befristet und arbeiten zu 48% in Teilzeit, befristet sind ebenso alle WiMiPro und WiMiDo-Stellen. Darüber hinaus sind WiMiPro zu 66%, WiMiDo zu 100% in Teilzeit beschäftigt (vgl. hlz 1-2/2012).

Nein sagen, Dienst nach Vorschrift machen und Probleme ansprechen

Im Mai nahmen die Organizer_innen per mail und telefonisch Kontakt mit einem Teil der Beschäftigten auf und vereinbarten einen Gesprächstermin. Ziel der Gespräche war es, die Themen, Probleme und Wünsche der Beschäftigten herauszufinden sowie die Vereinbarung zu erzielen, zu einem Auswertungstreffen zu kommen. Daneben wurde auf Angebote der GEW hingewiesen. Mit 17 Personen wurden Gespräche geführt, eine Interviewte trat in die GEW ein. Zu dem Auswertungstreffen im September kamen schließlich sechs Personen.

Die in den Gesprächen ge-

Was ist Organizing?

Organizing stellt eine **kampagnenorientierte** Form des Aufbaus betrieblicher Interessenvertretung sowie der Mitgliedergewinnung dar. Ausgangspunkt sind innerbetriebliche **„heiße Themen“** (Konflikte) und betriebliche Ziele. Über ein spezifisches **methodisches Vorgehen** werden in einem Betrieb Arbeitnehmer_innen für ihre eigenen Interesse aktiviert und zugleich systematisch neue Mitglieder gewonnen. **Planung und Durchführung** gehen über einen längeren Zeitraum. Die **Ansprache** der potenziellen Mitglieder erfolgt als **gemeinsame Aktion** durch ausgebildete OrganizerInnen.

Elemente des Organizing

- **Strategische Auswahl** von Universitäten, Instituten...
- Bildung eines **Organizingteams**/Aktivenkreises
- **Qualifizierung** von OrganizerInnen/Aktiven
- **Analyse** des Betriebs und **„Mapping“** der Belegschaft
- **Entwicklung** eines **Kampagnenplans**
- **1-zu-1 Gespräche** mit den Beschäftigten
- **Auswahl und Lösung** von örtlich „heißen“ Themen
- **Durchführung** von **Aktivitäten** / Themenkampf / Kampagne
- **Auf- /Ausbau lebendiger, handlungsfähiger gewerkschaftlicher Strukturen**

„Unbefristet befristet“ – Recherche der Personalstruktur

Ziel der Recherche war, einen genauen Überblick über die Personalstruktur, die Personalstruktur

Rückenwind von der Bundesebene der GEW: „Gute Arbeit in der Wissenschaft“

Gute Lehre und Forschung auf der einen Seite sowie gute Beschäftigungsbedingungen auf der anderen Seite sind zwei Seiten einer Medaille. Daher hat die GEW bereits 2010 mit ihrem Templiner Manifest unter dem Motto „Traumjob Wissenschaft“ zehn Eckpunkte für eine Reform von Berufswegen und Personalstruktur in Hochschule und Forschung vorgelegt (www.templiner-manifest.de). Nun schlägt die GEW den Hochschulen und Forschungseinrichtungen vor, sich in einem Kodex „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ zur Schaffung stabiler und attraktiver Beschäftigungsbedingungen zu verpflichten. Auf ihrer 6. Wissenschaftskonferenz „Baustelle Hochschule – Attraktive Karrierewege und Beschäftigungsbedingungen gestalten“ im September 2012 in Herrsching am Ammersee hat die GEW Eckpunkte für einen solchen Kodex erarbeitet.

Vom „Templiner Manifest“ zum „Herrschinger Kodex“

Geht es nach dem GEW-Vorschlag, dann sollen sich die Hochschulen und Forschungseinrichtungen beispielsweise dazu verpflichten, Mindestlaufzeiten für befristete Beschäftigungsverhältnisse zu garantieren, promovierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern (Postdocs) eine geregelte Wissenschaftslaufbahn („Tenure Track“) anzubieten und ein aktives Personalmanagement zu betreiben, das stabile Beschäftigung auch bei wechselnder Finanzierung ermöglicht. Weiter wird im Herrschinger Kodex eine konsequente Anwendung der familienpolitischen Komponente des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes gefordert, welche die Verlängerung von Zeitverträgen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die Kinder betreuen, vorsieht (http://www.gew.de/Herrschinger_Kodex.html).

nannten Themen und Probleme beziehen sich einerseits auf die konkreten Arbeitsbedingungen und hier insbesondere auf die Arbeitsbelastung, andererseits auf die Personalstruktur (Befristungsunwesen, Teilzeit-Missbrauch, nicht planbare Karriere). Daneben wurden Vereinzelung, mangelnde Beratung und Information sowie Intransparenz in Bezug auf Raumvergabe, Reise Richtlinien, (Arbeits-)Recht etc. beklagt. Gefordert wurde u.a. ein ‚Monitoring Arbeitsbedingungen‘ sowie stellenspezifische Verbesserungen. So wünschen wissenschaftliche Mitarbeiter_innen für die Lehre (WiMiLe) weniger Lehre, einen Zeitanteil für die Forschung und Weiterbildung und eine Entfristung; wissenschaftliche Mitarbeiter_innen auf drittmittelfinanzierten Projektstellen (WiMiPro) die Möglichkeit für Lehre sowie eine Vertragslaufzeit, die mindestens Projektlänge besitzt; wissenschaftliche Mitarbeiter_innen auf Doktorand innenstellen (WiMiDo) eine Verringerung ihrer Betreuungsleistungen sowie Vollzeitstellen. Die GEW solle den Beschäftigten „Mut machen und Öffentlichkeit schaffen“, die Beschäftigten sollten auch einmal „Nein sagen, Dienst nach

Vorschrift machen und Probleme ansprechen.“

Unterschriftenaktion der Beschäftigten in der Fakultät EPB gestartet

Auf dem Auswertungstreffen wurden diese Themen diskutiert und auf Vorschlag des Organizing-Teams vereinbart, von Dezember bis Januar 2013 in der Fakultät EPB eine Unterschriftenaktion mit Forderungen „Für gute Arbeit in der Wissenschaft“ durchzuführen, deren Inhalte auf den in den Gesprächen genannten Themen beruhen. Das Mittelbautreffen der Fakultät erklärte sich erfreulicherweise bereit, einen vom Organizing-Team erstellten Entwurf auf ihren Treffen zu diskutieren. Der Erfolg der Aktion wird dabei davon abhängen, ob es gelingt, eine gewisse Mobilisierung unter den Beschäftigten zu erreichen und bis Ende der Aktion eine relevante Anzahl von Unterschriften zu sammeln. Diese werden im Anschluss von den Beschäftigten an das Dekanat übergeben mit dem Ziel, mit diesem in einen konstruktiven Dialog über Mindeststandards zur Schaffung stabiler und attraktiver Beschäftigungsbedingungen einzutreten.

Fazit

Elemente des Organizing in die bestehenden Routinen der Werbung, Bindung und Aktivierung von Beschäftigten einzu-beziehen erscheint nicht nur vor dem Hintergrund eines individualisierten und prekären Berufsfeldes, wie es im akademischen Mittelbau an den Hochschulen vorherrscht, ein notwendiges neues Element gewerkschaftlicher Arbeit. Der Vorteil für aktive Mitglieder besteht in der systematisierten und strukturierten Vorgehensweise des Organizing, das die Möglichkeit bietet, gewerkschaftliche vor-Ort-Aktivitäten den individuellen Ressourcen der ehrenamtlich Aktiven anzupassen. Andererseits bestand die größte Schwierigkeit vor Ort darin, Organizer_innen zu finden, die kontinuierlich und ehrenamtlich aktiv sind. Die Vorteile für die Beschäftigten liegen in der Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen, der Erfahrung von Selbstwirksamkeit sowie in der Wahrnehmung der GEW als Organisation, die dabei unterstützt, die eigenen Interessen wirkungsvoll und kollektiv zu vertreten. Hiervon wiederum profitiert die GEW.

FREDRIK DEHNERDT,
2. stellv. Vorsitzender



Mit einer Hand geben, mit der anderen nehmen

Sonderzahlungen haben ihre Tücken: zum wundersamen Verschwinden des Weihnachtsgeldes – Kinderweihnachtsgeldes - Familienzuschlags (Stufe 1)

Dass das Weihnachtsgeld für verbeamtete Lehrkräfte (sog. Sonderzahlung) auf 1.000 € reduziert und seit Beginn diesen Jahres monatlich ausgezahlt wird, haben die KollegInnen zähneknirschend zur Kenntnis nehmen müssen.

Die von der GEW mit initiierten Musterverfahren zur Weihnachtsgeldkürzung bzw. -streichung sind bisher nicht entschieden; Prozesse beim Bundesverwaltungsgericht dauern leider ihre Zeit. Allen BeamtInnen im aktiven Dienst zahlt der Dienstherr seit Januar 2012 ein um 83,34 € erhöhtes Grundgehalt. Referendarinnen und Referendare erhalten 25 €, Pensionäre gehen bekanntermaßen leer aus.

Um die Kürzung für Familien abzufedern, zahlt der Dienstherr seit 2011 300 € für jedes berücksichtigungsfähige Kind (auch für Pensionäre). Teilzeitbeschäftigte erhalten dies anteilig.

Allerdings hat diese Weihnachtsgeldzahlung für alleinerziehende BeamtInnen oder unverheiratete Paare mit Kindern eine negative Folge.

Wie ist das zu erklären? Beamte und Beamtinnen erhalten den Familienzuschlag der Stufe 1, den sogenannten Verheiratetenzuschlag, in Höhe von 115,67€, wenn sie gemäß der entsprechenden Regelung im Beamtenbesoldungsgesetz eine andere Person (meistens also eigene Kinder) nicht nur vorübergehend in ihre Wohnung aufgenommen haben.

Dieser Familienzuschlag wird allerdings nicht gezahlt, wenn die sogenannten Eigenmittel, die für den Unterhalt des Kindes zur Verfügung stehen, eine bestimmte Grenze übersteigen. Die Grenze liegt beim 6fachen des Familienzuschlags der Stufe 1, also bei 694,02 €. Zu den Eigenmitteln werden das Kindergeld, der kinderbezogene Familienzuschlag, Unterhaltsleistungen des anderen Elternteils sowie ggf. andere Mittel gerechnet. Ebenfalls wird die Sonderzahlung im Dezember hinzugerechnet, so dass bei allen die Eigenmittelgrenze im Dezember überschritten wird. Diese als ungerecht empfundene Streichung des Familienzuschlags der Stufe 1 im Dezember stößt bei den Betroffenen zu Recht auf Unverständnis und Empörung, zumal die Anrechnung im Dezember 2011 nicht vorgenommen wurde. Dazu fehlte den Besoldungsstellen schlicht die Zeit. Der zu viel gezahlte Familienzuschlag aus 2011 wird nicht zurückgefordert.

Die GEW hat sich dieses Problems angenommen und erreicht, dass das Personalamt plant, für 2013 die Gesetzesgrundlage so verändern zu wollen, dass das Kinderweihnachtsgeld nicht zu den Eigenmitteln gerechnet wird. Inwieweit es auch für dieses Jahr eine Lösung gibt, blieb offen. Es soll aber geprüft werden, ob es hierzu im Rahmen der derzeitigen Rechtslage eine Möglichkeit gibt.

Mit der Abschaffung der Praxisgebühr ist die Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe wieder ins Gespräch gekommen. Die GEW ist in Hamburg, ebenso wie in anderen Bundesländern, über den DGB an den Senat herangetreten, um die Abschaffung der Praxisgebühr in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) auch in der Kostendämpfungspauschale der Beihilfe einzufordern.

Während dies beispielweise in Niedersachsen schon beschlossene Sache ist, hält sich Hamburg hier bedeckt. Man sehe aufgrund der Unterschiedlichkeit beider Systeme keinen Anlass zu einer Änderung. Begründet wird dies damit, dass Hamburg die Eigenbeteiligungen der gesetzlichen Krankenversicherung nicht eins zu eins auf die Beihilfe übertragen hat. Das hat aber z. B. Niedersachsen gemacht, so dass Beamtinnen und Beamte dort bislang die Praxisgebühr direkt zahlen müssen.

Derzeit wird im DGB überlegt, wie man auf diese Aussage reagiert. Jedenfalls wird zu überprüfen sein, inwieweit in der Vergangenheit bei der Einführung der Kostendämpfungspauschale als Argument die Einführung der Praxisgebühr angeführt wurde.

BIRGIT RETTMER
GEW Referentin

Den Begriff Individualisiertes Lernen genauer – und richtiger? – zu verstehen und mit ihm in Theorie und Praxis zu arbeiten, ist das Anliegen der einen. Die anderen wollen sich schnell neue Märkte sichern. Die Fortsetzung des Schwerpunktes aus hLz 7-11 wirft ein Licht auf beide und weitere Seiten.

Es gibt keine einfachen Lösungen

Interview mit Joachim Herrmann, dem Referatsleiter Schulformen und Schulstufen am LI (siehe auch Artikel von J.Herrmann in der hLz 10-11/12, S.33-35)

hlz: *Herr Herrmann, was raten Sie denn einem Schulleiter, wenn sich KollegInnen weigern, individualisiertes Lernen zu praktizieren, obwohl die Vorgaben dies verlangen?*

Joachim Herrmann: Die eigentlich interessante Frage ist: wie gelange ich als externer Berater, aber auch als SchulleiterIn an die Gründe für eine als Verweigerung erscheinende Haltung? Das Thema Individualisierung ist ja ein uraltes. Jeder Kollege, jede Kollegin merkt, dass die SchülerInnen unterschiedlich sind und dass ich mit dieser Unterschiedlichkeit umgehen muss. Und das ist eine Unterschiedlichkeit in sehr vielen Bereichen. Es ist ja nicht nur die Leistungsfähigkeit oder die Fachkenntnis, die unterschiedlich verteilt ist, sondern auch Fragen der Aufmerksamkeitssteuerung von SchülerInnen, der Konzentrationsfähigkeit, Fähigkeiten aus dem sozialen Bereich. Die Frage ist doch: Wogegen richtet sich eigentlich die Verweigerung? Wenn ich als SchulleiterIn das wissen will, dann will ich erst mal nichts anderes als die KollegInnen verstehen. In der Regel sind das Kommunikationsprobleme zwischen Leitung und Kollegium. Häufig sind es zu abstrakte Vorstellungen davon, dass jetzt ein neues Thema, eine neue Methode beansprucht,

das Problem zu lösen. Die Debatte zwischen diesem Schulleiter und den sich verweigernden KollegInnen ist eine, die auf einer anderen Ebene stattfinden muss. Sie muss sich beziehen auf die unmittelbaren Erfahrungen der KollegInnen in der Unterrichtspraxis und die unterstützende Suche des Schulleiters muss daran anknüpfen und ihnen eine Unterstützung bieten.

hlz: *Was könnte denn so eine Erfahrung sein, die nicht positiv ist?*

Joachim Herrmann: Nun ja, es gibt immer wieder Methoden, die gehandelt werden als geeignet für den Umgang mit Heterogenität. Das ist nicht falsch, nur in dem Moment, wo ich sie mechanistisch umsetze, erlebe ich, dass sie für einzelne SchülerInnen ganz hilfreich sind, aber dass andere umso größere Schwierigkeiten mit dieser Methode haben, beispielsweise im kooperativen Lernen.

hlz: *Gut, nun aber kam diese Hattie-Studie, inwieweit haben die Ergebnisse Sie irritiert, überrascht?*

Joachim Herrmann: Sie haben zumindest von der Plakativität der Zahlen her irritiert und überrascht, in dem Bereich, der in Hamburg common sense ist: man müsse gerade aufgrund der

Unterschiedlichkeit der SchülerInnen stärker offene, komplexe Situationen schaffen, in denen die SchülerInnen selbstständig ihre Ziele wählen und an diesen arbeiten. Das hat offensichtlich einen geringen Effekt. Das ist etwas, was häufig im Unterricht übersehen wird, dass gerade die eher leistungsschwächeren SchülerInnen Probleme haben, in zu offenen Lernsituationen



Erst mal geht es darum die KollegInnen zu verstehen



Sich Neues aneignen – wie funktioniert das?

arbeiten zu können. Insofern ist das reine Faktum nicht neu, wird aber hier in einer Form auf den Punkt gebracht, die in völligem Gegensatz zu dem, was zurzeit reformpädagogische Diskussion ist, steht. Das bedeutete für uns – das war die eigentliche Irritation – in dem Referat, in dem ich tätig bin, die Kommunikation von Angeboten und Unterstützungsleistungen zu überdenken, vielleicht auch die Gewichtung von Angeboten. Das will ich gerne zugestehen.

hlz: Ich sehe das nicht so sehr als ein pädagogisches Problem, sondern mehr als ein psychologisches, lernpsychologisches, zu verstehen, wie jemand tickt, wenn er sich Fremdes aneignet. Das heißt doch auch, dass die Lehrerin oder der Lehrer eine ganz andere Voraussetzung haben müsste, um individuell reagieren zu können.

Joachim Hermann: Ich wür-

de das nicht so grundsätzlich diskutieren wollen. Ich glaube schon, dass es auf Seiten der Lehrkräfte ein großes Spektrum an methodischen, didaktischen Handlungsmöglichkeiten gibt, dass die Rahmenpläne durchaus Spielraum zulassen, um Schwerpunkte zu setzen, um bestimmte Inhalte auszuwählen.

Entscheidend scheinen mir zwei Punkte zu sein: Individualisierung – im Gegensatz zu der Diskussion um Differenzierung, die es ja in den 80er Jahren gab – beansprucht stärker auf die tatsächliche Individualität der Einzelnen einzugehen und Fragen des Unterrichts aus Perspektive der Anknüpfungsfähigkeit der Kinder zu betrachten, weniger aus Perspektive der Niveaudifferenzierung eines gesetzten Themas. Dazu passt es, Schwerpunkte zu setzen und im Rahmen der Kenntnis, die ich von den Schülerlebenswelten habe, dort Anknüpfungsmöglichkeiten zu schaffen. Was bleibt, ist der Rahmenplan, sind Standards, die gelten.

Der Widerspruch zwischen Individualisierung und Standards ist nicht ohne Weiteres lösbar. Aber für das Lehrerhandeln, glaube ich, ist die Kombination wichtig: Ich habe eine Orientierung im Rahmenplan, in den Standards, ich habe ein Spektrum an Handlungsmöglichkeiten und Inhaltsauswahlmöglichkeiten. Entscheidend ist zu experimentieren, gut hinzugucken, nicht vorschnell in Schubladen zu stecken, an welcher Stelle steht der/die einzelne SchülerIn und welche Arbeitsformen, Sozialformen, Aufgabenstellung sind für diese/n SchülerIn geeignet, um in diesem Thema etwas zu lernen.

Ich glaube, wenn wir Fragen von nicht nur fachlicher Niveaudifferenzierung, sondern auch

Differenzierung im unterschiedlichen Bedarf der Schüler, eng oder offen geführt zu werden aufgrund unterschiedlicher Aufmerksamkeits- und Selbststeuerungsfähigkeit, berücksichtigen, dann ist das ein Knochenjob. Aber ich glaube, dass es in dem Rahmen durchaus didaktisch und pädagogisch bleiben kann.

hlz: Ich will noch mal versuchen, das ein bisschen schärfer zu fassen, was an Hatties Ergebnissen überrascht hat. Was bei ihm durchgefallen ist - das findet sich ja auch in der kleinen Tabelle in ihrem Artikel wieder (s. S.34, hlz 10-11/12) -, ist individualisierte Instruktion, problemorientierter Unterricht, ganzheitliches Lesen lernen, induktives Unterrichten, kleine Klassen, jahrgangübergreifender Unterricht, also im Grunde all das, was die Reformpädagogik sich auf die Fahnen geschrieben hat; dagegen eindeutig bessere Ergebnisse bei dem, was wir unter lehrerzentriert verstehen: mastery learning, metakognitive Strategien, womit wohl deduktives Vorgehen gemeint ist. Steht nicht damit das gesamte Modell des individualisierten Lernens zur Disposition?

Joachim Hermann: Wenn wir mit Individualisierung tatsächlich ein Konzept bestimmter Methoden und offener Arbeit, selbständiger Arbeit meinen, dann entstehen vor dem Hintergrund dieser Untersuchung erhebliche Fragezeichen. Wenn wir Individualisierung ein bisschen weniger grundsätzlich und trotzdem breiter verstehen wollen, nämlich als Anforderung, auf die individuellen Lern- und Arbeitsvoraussetzungen der SchülerInnen einzugehen, dann nicht. Denn ein sehr rigides Festhalten an diesen heutzutage reformpä-

dagogisch innovativ genannten Arbeitsformen ist eine Haltung, die die Arbeitsform vor den Unterstützungsbedarf des Kindes stellt. Das ist der Knackpunkt. Das, was Hattie beschreibt, ist ja nicht: Ich muss jetzt ausschließlich Frontalunterricht machen und direkte Instruktionen geben, sondern entscheidend ist, wie ich - ob im offenen oder im frontalen Unterricht - als LehrerIn differenziert die SchülerInnen in ihrem Lernprozess führe.

hlz: *Nur: ich muss es eben erkennen können. Ich sehe das so, dass im Augenblick die Ausbildung nicht so ausgerichtet ist, dass dieses Erkennen-Können davon, was für ein Typ ein Kind ist, selbstverständlich ist.*

Joachim Hermann: Damit ist der Bereich der diagnostischen Fähigkeiten angesprochen. Ich kann das für die Ausbildung nicht im Detail beurteilen, aber in der Fortbildung ist das ein größeres Thema, wobei wir intern Diagnostik durchaus auch im Rahmen dessen diskutieren, was ich didaktisch und pädagogisch tue, also bestimmte kleine Tests, Aufgabenstellungen, die Beobachtung im Unterricht, wie von SchülerInnen mit bestimmten Aufgaben umgegangen wird, das alles hat nicht unerhebliches diagnostisches Potenzial, wenn ich in der Lage bin, im weiteren Verlauf zu variieren und auch mal zu beobachten, wie der gleiche Schüler mit anderen Sorten von Aufgabenstellungen umgeht. Es muss nicht immer der IQ-Test sein oder der Persönlichkeitstest usw.

Das ist die eine Seite, die andere Seite ist die, dass es tatsächlich Schule bleibt. Wir reden hier nicht über psychologische, psychiatrische Settings, sondern es ist Schule und es geht um das

Lernen von Fachinhalten. Das heißt, das, was hier notwendig ist, muss auch didaktisch leistbar sein. Ich kann nicht, wenn ich eine neue Klasse übernehme, erst einmal zwei Wochen mit allen Kindern diverse Testungen durchführen, weil ich das als Lehrkraft gar nicht beherrsche, weil ich die Zeit und die Ressource nicht habe.

Die Frage ist: Wo tauchen Unterstützungssysteme auf an der Stelle, wo ich mit einzelnen SchülerInnen wirklich viel variiert, erprobt, beobachtet, auch im Gespräch mit dem/der SchülerIn selber versucht habe etwas zu ermöglichen, aber trotzdem an die Grenze komme. Dann brauche ich andere Systeme, das kann der schulinterne Beratungsdienst sein, das können die schulinternen – sofern vorhanden – sonderpädagogischen Lehrkräfte sein, das kann REBUS sein usw.

hlz: *Für die Unterrichtssituation muss es entweder eine kleine Klasse sein oder Doppelbesetzung.*

Joachim Hermann: Ich glaube, Ressourcen sind ein erhebliches Problem. Ich möchte bei dem Thema Klassengröße ein bisschen zurückhaltend sein, da sind die empirischen Aussagen widersprüchlich. Das Thema Klassengröße ist auch sehr stark interessen geprägt. Was wir sehen, ist, dass die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte, zum Teil aufgrund der Stundenzahlen, zum Teil aufgrund unterschiedlicher Bedingungen an unterschiedlichen Standorten, sehr erheblich ist. Das halte ich für relativ dramatisch im Moment, auf der Ebene der Lehrkräfte, aber auch auf der Ebene der Leitungen.

hlz: *Das verstehe ich nicht:*

bei den Klassengrößen zurückhaltend. Ich meine, dass es objektiv kritische Größen gibt. Ein Mensch kann nicht mit 30, mit 25, mit 20 SchülerInnen so arbeiten, dass er wirklich jedem Kind in dem Augenblick, wo es Unterstützung in seinem individuellen Lernprozess braucht, helfen kann. Ich will nicht, dass Sie sich auf eine Zahl festlegen, nur: da nichts zu fordern – und das als LehrerIn oder als Gewerkschaft – geht gar nicht.

Joachim Hermann: Das mag richtig sein, nur bin ich nicht die Gewerkschaft.

Ich sehe die Belastung der Lehrkräfte und dadurch die subjektiven Möglichkeiten, das, was an Anforderungen da ist, zu bewältigen. Viele Lehrkräfte leiden unter dem eigenen Anspruch, weil der nicht erfüllbar erscheint. Interessant ist die Beobachtung, dass eine sehr, sehr große Rolle jenseits der Klassengröße die



Für den gelingenden Lernprozess zählt der Erfolg, nicht die Methode



Früher konnte man dem Lehrer die Schuld geben, wenn man nichts gelernt hatte – heute ist man selber Schuld. Ist das nicht Neoliberalismus pur?

Klassenzusammensetzung spielt. Wir haben eine Kumulation von bestimmten Konstellationen in der Zusammensetzung. An manchen Standorten in der Stadt sprengt das dann den Rahmen. Ab einer bestimmten Klassengröße ist die Arbeit dann kaum noch leistbar, zumindest dann nicht, wenn ich nicht dauerhaft Doppelbesetzung habe. Das sind aber, wenn ich das richtig sehe, Probleme, die aus der Widersprüchlichkeit einiger Steuerungsentscheidungen entstehen.

hlz: *Früher legte der Lehrer das Lernziel fest und baute sein Konzept darauf auf; ähnlich dem Magier, der das Kaninchen zu Beginn seiner Show in den Zylinder tun muss, wenn er es zum*

Schluss zur Überraschung des Publikums aus dem Hut zaubert. Die SchülerIn hat aber noch gar kein Kaninchen, was er zu Beginn in den Zylinder stecken könnte. Wie löst die Reformpädagogik diesen Widerspruch, dass man sich erst eigene (Lern-)ziele stecken kann, wenn man den Lerngegenstand verstanden hat? Wie kommt man aus diesem Dilemma raus, wenn man das selbstgesteuerte Lernen auf seine Fahnen geschrieben hat?

Joachim Hermann: Meine Einschätzung ist - nicht für alle Schulen pauschal -, dass die Anforderung, selbstständig arbeiten zu können, häufig vorausgesetzt wird, in der Praxis wird dann beobachtet, dass man das nicht voraussetzen kann und dann wird wieder komplett zurückgegangen in den ausschließlich zentrierten Unterricht.

Ich beobachte, dass es kaum eine ausgeprägte Vorstellung davon gibt, Fähigkeiten des selbstständigen Arbeitens selber zu „didaktisieren“ und zu lehren, d.h., die Vorstellung, ab der 1. Klasse oder von mir aus auch ab der 5. Klasse in einer Stadtteilschule, einem Gymnasium bewusst aktiv curricular etwas zu tun, um die Fähigkeit, sich zunehmend selber zu organisieren, zu lehren. Manchmal tun das Einzelne, aber ich sehe selten, dass das in einer Schule ausgeprägt vorliegt.

hlz: *Alles das, was unter Reformpädagogik diskutiert wird, wird ja zu großen Teilen auch stark von der Wirtschaft unterstützt. Sie haben selber, ich zitiere Sie da, geschrieben, dass „zwischen Schule und Bildung als Ort der Emanzipation und zugleich als Instrument der Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse“ aus Ihrer Sicht*

kein Widerspruch besteht, sondern beschreiben dies als dialektisches Verhältnis. Frage: Können Bertelsmann & Co. Ihrer Meinung nach wirklich emanzipatorische Ziele verfolgen?

Joachim Hermann: Ob Bertelsmann & Co. die verfolgen oder verfolgen wollen, da bin ich erst mal auch zurückhaltend. Fakt ist: Individualisierung ist vom Anspruch her insofern emanzipatorisch, als dass tatsächlich die Individualität der Einzelperson zu ihrem Recht kommen und berücksichtigt werden soll, auch in ihrer Vielfältigkeit verschiedener Bereiche, nicht nur in dem des reinen Fachleistungs- und Lernstandsniveaus. Der Job von Institutionen wie die Schule ist es, auf diese Individualität zu reagieren, diese ernst zu nehmen, anzuerkennen und im weiteren Verlauf ihre Entfaltung zu unterstützen. Dass dies gleichzeitig impliziert, dass ich durch diesen fast sezierenden Blick auf die Einzelnen als System viel eher in die Lage gerate, sie dann vollständig einzusortieren, einzukategorisieren, ist eben die Kehrseite.

Das ist ein insofern dialektischer Widerspruch, weil er sich innerhalb dieses Systems nicht auflösen lässt. Durch das eine handele ich mir das andere ein. Diesem Bereich kann man auch Inklusion einordnen. In dem Moment jedoch, wo ich sage, Individualisierung ist offener Unterricht, stelle ich die Form vor das Kind und im Grunde auch die Form vor den Anspruch, den der Begriff eigentlich mit sich bringt. Das ist es, was Hattie, denke ich, auf den Punkt gebracht hat.

hlz: *Früher konnte die Wut bei schulischem Misserfolg auf den Lehrer gelenkt werden: „Der ist schuld, dass ich nichts gelernt*

habe“; heute heißt es: „Selbstschuld, nun weißt du, woran es liegt“. Ist das nicht Neoliberalismus pur?

Joachim Hermann: Das würde ich exakt genauso beschreiben, nur wir reden an dieser Stelle nicht mehr über Individualisierung, sondern wir reden über die aktuelle Orientierung an der Notwendigkeit, dass SchülerInnen lernen sollen, eigenverantwortlich zu arbeiten, selbstständig, selbstverantwortlich zu arbeiten. Dahinter steht auf der einen Seite die Erkenntnis, dass Lernprozesse jemandem nicht von außen aufgepfropft werden können, sondern immer auch eigene Leistungen und Konstruktion sind, auf der anderen Seite produziere ich eine Situation, wo ich als Lehrkraft sagen kann: „Mir tut das unendlich leid, aber da hast du wohl falsche Lernentscheidungen getroffen, wenn du jetzt die Schule ohne Abschluss verlassen musst.“ Der Verantwortungsdelegation an die Schüler wird Tür und Tor geöffnet. Das ist klassisch neoliberal, zumindest dann, wenn diese Haltung von den Betroffenen selber übernommen wird. Das ist der Moment, wo man dann von Ideologie sprechen kann. Das sehen wir zum Teil auch in den Schulen, aber dort ist es eben auch widersprüchlich. Schön finde ich persönlich die Formulierung von Johannes Bastian an der Uni Hamburg: „In letzter Konsequenz hat immer die Lehrkraft die Verantwortung, auch für das Maß und den Nutzen der Selbstverantwortung der SchülerInnen.“

hlz: Das trifft sich mit Hattie, wenn ich ihn richtig verstanden habe.

Insofern ist die/der LehrerIn nicht raus aus dem Spiel, auch

nicht beim Versagen eines Kindes. Nur – ich komme darauf zurück –: welche Möglichkeiten gibt es hier schon oder welche sind angedacht, damit die LehrerInnen dafür qualifiziert werden? Der Druck durch die sog. reformpädagogischen Neuerungen ist schon groß genug. Jetzt kommt noch eine neue Aufgabe dazu, die das wirklich individualisierte Lernen überhaupt erst möglich machen würde. Wie ist das institutionalisiert?

Joachim Hermann: Zunächst von der Angebotsseite her: In der Fortbildungsabteilung im Landesinstitut haben wir im Zuge dieser Diskussion in der letzten Zeit tatsächlich zunehmend den Bereich Lehrersteuerung weiter entwickelt und entwerfen systematische Trainingsprogramme, wo wir mit Kollegien, mit Jahrganggruppen, mit Fachgruppen trainieren, auch das Lehrverhalten. Wie verhalte ich mich in Phasen der Gruppenarbeit? Wie begleite ich, wie unterstütze ich? Wie eng führe ich zu Beginn einer Einheit, ab wann differenzieren ich?

Das Thema Lehrersteuerung nimmt einen großen Raum ein, und zwar gar nicht im Gegensatz zu Formen der offenen Arbeit der SchülerInnen, sondern gerade in diesen Situationen. Wenn ich offen arbeiten will, dann soll ich das tun, ich muss nur dann in der Steuerung der Schüleraktivität diese unterschiedlich begleiten und führen. Das ist das Eine. Das Andere: immer mehr Schulen beobachten, dass ein zu großes Maß an offenen komplexen Aufgabenstellungen für eine Reihe von SchülerInnen schlicht eine Überforderung darstellt, und zwar auch hier nicht kognitiv, sondern von der Steuerungsanforderung her, die an sie gerichtet wird.

Es gibt einzelne Schulen, die in ihrem Selbstbild und ihrer Selbstdarstellung so großes Gewicht auf diese Arbeitsform legen, dass es kollektiv schwer ist anzuerkennen, dass sie hier einen Unterstützungsbedarf haben. Es gibt andere Schulen, die – und auch hier haben wir wieder das Bild der Selbstkonstruktionen – sagen: „Na, das haben wir bis vor zehn Jahren sowieso immer gemacht.“ Auch da gibt es immer wieder dieses: „Habe ich ja gesagt“ – und zurück zum ordentlichen, dozierenden Fachunterricht. Wir am LI sind das Angebot und wir können versuchen, diese Konversität deutlich zu machen, aber wir sind nicht die Instanz, die Schulen davon abzubringen.

hlz: Ist bei den Schulleitungen angekommen, dass individualisiertes Lernen etwas Neues ist, dass es nicht darum geht, möglichst viele bunte Blätter zu zeigen?

Joachim Hermann: Ja – und da schließt sich der Kreis. Auch wenn ich als Schulleiter sage: Ist mir auch schon aufgefallen und jetzt will ich zumindest eine Diskussion oder eine Auseinandersetzung mal anschieben und die KollegInnen fragen: Was beobachtet ihr eigentlich? Kommen alle mit bei euch? Auch da werde ich wieder eine Situation haben, wo aus unterschiedlichen Gründen KollegInnen sagen: Ja, stimmt eigentlich, oder sagen: nee, ich will aber hieran festhalten.

hlz: Die Ambivalenz bleibt also – Herr Herrmann, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellten
SUSANNE BERG
JOACHIM GEFFERS



Zukunftsmusik aus unerwarteter Ecke

Anmerkungen zu einer Tagung „Zukunft der Schule und Schule der Zukunft“

Vodafone und Philologenverband sei's gedankt: das inspirierende Erlebnis einer erfrischenden Allianz aus Geist und Geld, aus junger Intelligenz und geronnener Berufserfahrung, aus universitärer fachlicher Expertise und geistigem Grenzgängertum.

Die Tagung „Zukunft der Schule und Schule der Zukunft“ brachte für zweieinhalb Tage ein ganz besonderes Klientel zusammen auf der Hirschburg in Königswinter, einem Tagungszentrum der Vodafone-Stiftung. Der Genius Loci, unterhalb des Petersbergs und über dem Rhein, unterlegte das Treffen mit landschaftlichem Charme und dem Symbolwert einer Industriellenvilla im Gewand einer neugotischen Ritterburg – nicht schlecht gewählt für ein Vorhaben, bei dem man dem noch im 19. Jahrhundert verwurzelten ständischen deutschen Schulwesen mit konstruktiver Phantasie kämpferisch zu Leibe rücken wollte. Eine kleine zusätzliche Pikanterie: die Burg war Vodafone als Morgengabe bei der feindlichen Übernahme von Mannesmann in den Schoß gefallen; eine für die englischen Herren zunächst eher ungeliebte Trophäe, die mit einigem finanziellen Einsatz dann zum eleganten Tagungsort umgebaut wurde und einen komfortablen Rahmen für die Verhandlungen bot.

Nicht dass es an Kampfgeist gefehlt hätte und an gelegentlichen Scharmützeln unter den höchst heterogenen Akteuren des Treffens, aber es wurde eine

freundliche An- und Übernahme unterschiedlicher Positionen mit einem erfreulich eindeutigen Ergebnis.

Mit der schlichten Feststellung: „Wir können uns keine Quote von 20% dropouts unter den Schulabgängern mehr leisten“ und „das deutsche Schulwesen ist höchst selektiv und produziert in besonderem Maße soziale Ungleichheit“ markierte David Deißner, Chef des Vodafone Thinktanks Bildungsforschung und Integration, den Ausgangspunkt der gemeinsamen Bemühungen, zugespitzt durch Jürgen Oelkers', Universität Zürich, Statement: „Wir erzeugen die falschen Eliten“.

Nun mag das für Leser der

„Wir erzeugen die falschen Eliten“ (Jürgen Oelkers, Uni Zürich)

HLZ keinerlei Neuigkeitswert enthalten, für Mitglieder des Philologenverbands dagegen doch eher starken Tobak. Beginn nun doch Schritt für Schritt die gemeinsame Anstrengung, ein Schulwesen für die Zukunft zu entwerfen, das nicht nur die heterogene soziale Zusammensetzung der Gesellschaft widerspiegeln sollte, sondern für das Heterogenität zum obersten Wert deklariert wurde, von manchen Teilnehmern lieber mit dem Synonym „Vielfalt“ benannt.

Was es in der Konsequenz wirklich bedeutet, diese Ein-

sicht in Praxis umzusetzen, stellten die jungen Heißsporne von „teach first“, unbelastet von jeder ideologischen Debatte, aus ihrem Erfahrungsraum Brennpunktschule heraus unmissverständlich klar: Zuschneiden neuer Einzugsgebiete von Schulen, gezieltes Anwerben von Schülergruppen aus anderen Stadtteilen/Regionen durch spezifische Angebote, Ausnutzen von Gentrifizierungseffekten (nicht mal das ein Tabu!).

Das Gymnasium ließen sie dabei ganz selbstverständlich in der Versenkung verschwinden – oder nur aus ihrem Fokus? (Das blieb zum Glück für die weitere Diskussion ungeklärt.) Es sollte ja um die Schule der Zukunft gehen... Das brachte selbst ausgewiesene Bildungsexperten wie Jan-Hendrik Olbertz, Rektor der Humboldt-Universität Berlin, ins Nachdenken: „Heterogenität erst mal herstellen – ja, in der Tat, das ist vielleicht die zentrale Aufgabe. Und das auf allen Ebenen.“

Und wie sich einige der Schulpraktiker (Preisträger des Deutschen Lehrpreises) und Verbandstreter (Philologenverband) noch die Augen rieben, waren die jungen Leute von „Teach first“ schon dabei, unterstützt von den Mitgliedern des Buddy-Programms, mit Verve die neue „Verantwortungsgemeinschaft“ zu skizzieren, die sich in verschiedenen Ringen wie eine Zwiebel um den Kern Kind/SchülerIn legt und die neue Einheits-Schule mit dem Städtel/der Region vernetzt.

Alle drei für die Dauer der Tagung etablierten Arbeitsgruppen machten sich diese Vorstellung zu eigen und bearbeiteten sie unter einer spezifischen Perspektive:

1. Wie können die neuen Bildungslandschaften in die Tat



Der Tagungsort – Eine feste Burg für unser Vorhaben

umgesetzt werden, mit welchen Kooperationen, auf welche Erfahrungen kann bereits zurückgegriffen werden?

2. Wie sieht Heterogenität im Kerngeschäft von Unterricht aus, in der Interaktion von Schülern und Lehrern, im Spannungsfeld von ministeriellen Vorgaben und kreativer Schöpfung vor Ort? Und wie kann in der Lehrerbildung darauf angemessen vorbereitet werden (mit länderübergreifenden Standards, die auch eine bundeseinheitliche Grundbesoldung nach sich ziehen)?

3. Wie sieht Schulleitung aus, die für das Kerngeschäft den geeigneten Rahmen bereit stellt und initiativ dabei ist, die Schule in der Bildungslandschaft zu vernetzen und die Attraktivität dieser Arbeit öffentlich ins rechte Licht zu setzen?

Dass in diesen Prozess nun die gesättigte Lebens- und Berufserfahrung der Praktiker eingebracht und fruchtbar werden konnte, ermöglichte die umsichtige und effiziente Moderation durch die drei Vertreter des Berliner Decision Institute.

Warum auch immer diese wertvolle Einrichtung keinen deutschen Namen für ihr „Haus“ finden konnte, es wurde ihnen letztlich von einigen der vehementen Sprachpuristen unter den Praktikern nachgesehen. Sie schluckten ihren Unmut herunter, dem sie abends beim (nicht schlechten!) Wein noch freien Lauf gelassen hatten. Eine der Lehrerinnen aus Sachsen (gehört für das Projekt: „Wir wollen nicht mehr denglisch sprechen“ an einer Haupt- und Realschule) gruselte es bei dem durchgän-

gig angelsächsischen Sprachgebrauch: „Warum kann man denn statt dinner speech nicht einfach Tischrede sagen, wenn man schon so gepflegte Umgangsformen hier hat? Und dann diese „Fellows“ von „Teach First“ – es wirkt einfach arrogant, wenn sie uns mit ihrem „cultural achievement“ kommen. Dabei sind sie eigentlich nett und persönlich bescheiden, wenn man sie näher kennen lernt.“

Und die jungen „high potentials“ raunen, nachdem sie viel von der Essenz der praktischen Lebenserfahrung und Sachkenntnis in ihre neuen Schläuche gegossen hatten: „Hätte ich gar nicht gedacht, dass die mit ihrem penetranten Detailwissen sich schließlich so kooperativ bei uns einbringen würden ... Schon gut, wenn man auf so einen Kenntnisstand zurückgreifen kann, wir wollen schließlich ja auch seriös rüberkommen.“

Vor meinem geistigen Auge erscheint die Bildungslandschaft der letzten vierzig Jahre. 1973 schloss ich als Gymnasiallehrerin meine zweite Ausbildungsphase mit einer Arbeit über ein halbjähriges Projekt „Soziales Lernen in der Gesamtschule“ ab, übrigens in Teamarbeit mit meiner Kollegin Isa Albers. In frommer Unschuld hatten wir schon die „Verantwortungsgemeinschaft“ im Auge gehabt, eine „Gesamtschule“ antizipiert, die ihren Namen wirklich verdiente, um später dann abzustürzen in die Realität einer (sozialdemokratischen) gesellschaftlichen Halbherzigkeit, die sich ein System ohne Selektion nicht vorstellen konnte und im Beharren auf äußerer Differenzierung noch einmal das dreigliedrige Schulsystem nach innen abbildete. Lust auf kreative Umgestaltung und mutiges bildungspolitisches Engagement wurden so über



Jahrzehnte zum Stillstand verurteilt.

Ist sie nun angebrochen die Zukunft, überwindet Deutschland seine provinziellen, föderalen Bildungsschranken und wagt sich ins Neuland bundeseinheitlicher Bildungsstandards mit der großen Herausforderung Heterogenität? Oelkers sagt dazu ganz pragmatisch: „Das Internet treibt uns vor sich her. Die Zukunft hat

längst begonnen in den medial ausgestatteten Kinderzimmern. Das kann kein Pädagoge mehr bremsen ... die Jugend ist unterwegs zu neuen Ufern. Wir können sie darin begleiten und ein Stück weit leiten ...“

Heute Morgen, „am Tag danach“, frage ich mich: war das Ganze nur ein Traum? Oder ist meine Utopie vom „herrschaftsfreien Diskurs“ für einen kost-

baren Augenblick Wirklichkeit geworden? Mit Sicherheit gab es einen breiten Resonanzraum, in dem Schwingungen ganz neuer Tonlagen zu spüren waren und ein Strom, in dem unterschiedliche Erzählungen in einem Strom gebündelt wurden. Gelebte Vielfalt eben.

CHRISTINE HERDE-HITZIGER
Ruheständlerin

Krake Bertelsmann

Wenn es mit Bildungsgut etwas zu verdienen gibt, kennt der Konzern keine Hemmschwelle

Mit Titeln wie „*Mit Bomben und MGs über Polen*“ und, *Wir funken für Franco*“ erzielte man Millionenaufgaben. Bertelsmanns wohl schönster Beitrag zur offensiven Volksbildung: 1934 wird Langsdorffs „*Flieger am Feind*“, das „*Buch der todesbereiten Pflichterfüllung*“ zum „*Weihnachtsbuch der Hitlerjugend*“ gekürt und 124 000 Mal verkauft. Doch das ist alles nichts im Vergleich zu dem, was bei Kriegsausbruch kommt: Bertelsmann gewinnt die Wehrmacht als Großkunden und verkauft von 1939-1944 bis zu 21 Millionen Feldausgaben. Das Ende des Dritten Reiches ist nicht viel mehr „*als der Übergang von einem großen Auftraggeber zum anderen*“: Bertelsmann stilisiert sich zum Widerstandsverlag, erschleicht sich bei der britischen Militärregierung eine Lizenz und druckt in deren Auftrag Hunderttausende von Schulbüchern für die gesamte britische Zone.

Und was hat sich „*Krake Bertelsmann*“ seit der Nach-

kriegszeit nicht alles einverleibt! Gruner + Jahr, den größten Zeitschriftenverlag Europas, verantwortlich u. a. für *Stern*, *Geo*, *Eltern*, den Weltmarktführer Random House, rund 200 Musiklabels, 18 Radio- und 22 Fernsehsender, darunter die RTL-Gruppe, 50 % der Sony BMG Music Entertainment ... Zusätzlich aufgerüstet wird das Imperium durch den Bertelsmann-Buchclub mit weltweit 25 Millionen Mitgliedern, Immobilienhandel, die Konzerntochter Arvato AG, spezialisiert auf die private Verwaltung öffentlicher Einrichtungen, die in England bereits die Verwaltung einer ganzen Gemeinde übernommen hat und damit liebäugelt, auch die gesamte Verwaltung von Schulen zu übernehmen.

Kein Bereich, wo die untriebigen Bertelsmänner nicht tätig wären: Ganz gleich ob im Medien-, Verlags-, Finanz-, Gesundheits-, Sozial- oder Bildungswesen – überall mischt und „reformiert“ die Nebenregierung in Gütersloh mit und

zwar de facto mit öffentlichem Geld – und zwar dank eines umstrittenen Steuertricks des 2009 verstorbenen Firmepatriarchen Reinhard Mohn: Durch die Übertragung von drei Vierteln des Aktienkapitals auf die Bertelsmann-Stiftung werden gut zwei Milliarden Euro Erbschafts- oder Schenkungssteuer gespart und die jährliche Dividenden-Zahlung an die Stiftung ist steuerfrei.

Die einflussreiche Bertelsmann-Stiftung ist der Think Tank des Unternehmens. Im Bildungs- und Kulturbereich verfolgt sie das Ziel einer weiträumigen „*Kommerzialisierung von Wissenschaft und Bildung – nicht zuletzt deshalb, weil der Medienkonzern sich hier neue Märkte erschließen könnte*“. Überall bietet die Stiftung ihre „*Lösungen für die Zukunft*“ an, will „*Motor für Reformen*“ sein – und ist in Wahrheit „*der stärkste Motor beim Zerstörungswerk*“.

Denn unter der Ägide von Bertelsmann wird planiert statt reformiert – mit zum Teil verheerenden Auswirkungen auf die europäische Bildungslandschaft, die sich allmählich in eine öde Wüste verwandelt.

MARC ERANG
www.NachDenkSeiten.de

Heuschrecke sucht profitable Schule

Hedgefonds haben die Schulen entdeckt. Über sogenannte Charter Schools wollen sie auf dem US-Bildungsmarkt mitmischen.

US-amerikanische Fondsmanager haben ein neues Profitfeld entdeckt: Schulen, genauer „Charter Schools“. Das sind Vertragsschulen, die im öffentlichen Auftrag von privaten Betreibern organisiert werden. „Wenn du bei einem Hedgefonds bist, sind Schulen definitiv eine heiße Sache“, sagt Joe Williams von den „Democrats for Education Reform“.

Die Lobbygruppe hat nichts mit den Demokraten gemein. Sie wird von drei milliarden schweren Fonds finanziert. Ihr Motto heißt, dass im öffentlichen Schulsystem „Millionen Kinder – vor allem aus Elternhäusern mit niedrigem Einkommen und Farbige – in kontinuierlich scheiternden Schulen gefangen sind“. Das öffentliche Schulsystem der USA halten sie für „zutiefst dysfunktional“.

Der Satz von den eingesperrten Kindern ist das Mantra vor allem konservativer Politiker, die meisten US-Amerikaner halten das Schulsystem sowieso für moribund. Bereits Studien der Reagan-Regierung identifizierten die Schuldigen des Niedergangs: faule, überbezahlte Lehrer, der bremsende Charakter einer Einheitsschule sowie liberale Lehrinhalte, die Kindern die charakterbildende Möglichkeit des Wettbewerbs sowie Engagement und Führungskraft verbauen.

Vertragsschulen

... sind Schulen, die der Staat auf Grundlage eines Vertrags von Dritten betreiben lässt. Seien es lokale Initiativen, Kirchen oder eben Unternehmen. So genannte Charter Schools sind spektakuläre Erfolge gelungen, etwa die „Harlem Children Zone“, die chancenlosen New Yorker Kindern Chancen gegeben hat. Der Grund, der Alternativen auf den Plan holt, sind „failing schools“: Schulen, die dauerhaft scheitern. Auch England diskutiert über Vertragsschulen. Ein Berater des Premiers David Cameron schlug den Einsatz privater Unternehmen vor, die scheiternde Schulen auf Basis von „Bezahlung für Ergebnis“ betreiben sollen.

Wer in den letzten Jahren eine öffentliche Schule in den

USA betreten hat, gleichgültig, ob in New York City, Chicago oder dem ländlichen Wisconsin, dem springt die Krise ins Auge: Geografische Kenntnisse entsprechen oft dem Berichterstat-ter-Radius von Fox News, nicht wenige Lehrer meinen, dass am US-amerikanischen Wesen die Welt genesen müsse; von Schülern kommt irgendwann die schüchtern vorgetragene Frage, wo denn Hitler nun gerade lebe. Zudem sind religiöse Überzeugungen eine starke Konkurrenz für das, was in Textbüchern manchmal als höchstens „wissenschaftlich bewiesen“ deklariert wird.

Der *Boston Globe* entdeckte vor zwei Jahren eine interessante Korrelation: Im Vergleich der Industrienationen liegen die



Wie man es auch dreht...



...beeinflusst Wirtschaft mehr und mehr die Schule

Ausgaben für staatliche Schulen in den USA eher im mittleren Bereich, während gleichzeitig viel privates Geld Nachhilfe und Vorbereitung für die aufwändigen Tests einkaufen muss. Lehrer verdienen kaum ein Drittel der Einkommen ihrer deutschen Kollegen.

Die Bildungshistorikerin und ehemalige Spitzenbeamtin der Bush-Administration, Diane Ravitch, merkt an, dass Schulen nur so gut wie ihr soziales Umfeld seien. In einem Buch über standardisierte Tests stellte sie 2010 fest, dass soziale Verelendung mit dem Herausbilden von ethnischen Monokulturen in diesen Nachbarschaften mit miesen Testergebnissen einhergehen. In den USA gelten über 21 Prozent der Kinder als arm. In wohlhabenden Wohnvierteln waren die Testergebnisse der Schulen deutlich besser.

Mehr Privatschulen

Zwischen den Bildungsformen der US-amerikanischen Vorzeigepädagogen Horace Mann und John Dewey verfestigte sich eine Philosophie, die das Schulsystem der USA als entscheidenden Mechanismus für eine gemeinsame Kultur der

auf Einwanderung basierten Gesellschaft begriff: Junge Menschen sollten zu selbstständigen und kritischen Bürgern in einer demokratischen Gemeinschaft herangezogen werden. Das Ideal galt etwa bis zu Ronald Reagans Amtsantritt 1981. Seitdem wächst der Anteil der privaten Schulen. Seit 1988 gibt es Vertragsschulen, die formell keine Privatschulen sind.

Die tiefgreifendste Veränderung verantwortete Präsident George W. Bush. Er schrieb in seiner Schulreform vom 8. Januar 2002 eine Fixierung auf Testergebnisse fest, geprüft wird seitdem ab der 3. Klasse.

Die Basis lieferte ein Dokument mit dem Titel *Reinventing Education: Entrepreneurship in America's Public Schools*. Nach Ansicht des Autors, Lou Gerster, sind die Schulen Marktplatz, Schüler das Humankapital, Lehrer die Verkäufer. Gerster war zu dem Zeitpunkt Vorsitzender von IBM.

Aus diesen Ideen Vorschlägen wuchs das Gesetz, dass die Sprache der Business-Community spricht und eine eindeutige Rechnung offenbart: Es gibt Input, also Dollar für die Schule, dem Output, also das Testergeb-

nis, gegengerechnet wird. Der konservative Kanon lautet seitdem: Schlechte Testergebnisse sind Zeugen schlechter Lehrer. Und je schlechter die Tests ausfallen, desto geringer werden Lohn und Zuschüsse – eine zutiefst US-amerikanische Logik.

Außerdem ist bis heute auch ein zweites Hätschelkind der Konservativen fest verankert: Die Testergebnisse, bei denen es fast ausschließlich um Lesen und Mathematik geht, sollten mit einer spezifischen Lehrmethode aufgewertet werden – Phonics. Dabei handelt es sich um eine strikte, textbuchbasierte Lautwiederholungsmethode mit speziell hergestellten Lehrmaterialien.

Gerald Coles, Autor einer Studie über Analphabetismus, kommentierte trocken: „Phonics ist eine Art über Analphabetismus nachzudenken, ohne die großen sozialen Ungleichheiten mit einzubeziehen. Demnach kann Analphabetismus schlicht mit neuen Textbüchern geheilt werden.“

Lukrative Tests

Die Lernqualität wurde eher nicht verbessert, sehr viel mehr allerdings die Profite von Unternehmen, die Teststandards erarbeiteten, Vorbereitungen und Hilfsliteratur anbieten sowie Testbögen zur Verfügung stellen und auswerten. Dies wird privatwirtschaftlich organisiert, *Entrepreneurship in America's Public Schools*: Mit der Bush'schen Reform verwuchsen die öffentlichen Schulen weiter mit einem Komplementärsystem der Aktiengesellschaften. Bei der Einführung des Gesetzes prognostizierten Analysten dem Testmarkt einen Jahresumsatz zwischen 2,7 und 7 Milliarden Dollar.

Stephen Metcalf weist bereits 2002 in der Wochenzeitung *The Nation* nach, dass selten ein Bil-

dungsgesetz so eindeutig im Sinne einer wirtschaftlichen Lobby geschrieben wurde. Und so sieht es aus: Pearsons North America verzeichnet im Halbjahresbericht 2012 einen Umsatzzuwachs um 7 Prozent auf 4,005 Milliarden Dollar. Nach Steuern nahm der Konzern im vergangenen Jahr 1,185 Millionen Dollar ein, das Halbjahreswachstum 2012 kletterte um 35 Prozent. Pearsons North America etwa ist der größte Schulbuchverlag der Welt und Vertragspartner für die wichtigsten Tests zur Universitätszulassung SAT und GRE sowie für Schultests und Lehrerevaluation.

Besonders steil wachsen die Zahlen der internetbasierten Unternehmen: Der Markt rund um die 12 Klassen wird zwischen 2010 und 2015 um 43 Prozent zunehmen, das Marktvolumen auf 24,4 Milliarden Dollar. Am Grundsatz der Testfixierung und

des Konkurrenzgedankens der Systeme haben auch die zaghafte Reformen von Präsident Barack Obama nichts geändert: Noch immer sind die Tests ein Sanctum der Schulpolitik.

Eine abstruse Begleiterscheinung sind Lehrer, die Ergebnisse ihrer Schüler manipulieren, besonders schlechten Schülern wird auch schon mal angedeutet, am Testtag nicht zu erscheinen: Einkommen und Schulzuschüsse hängen vom Output ab. Für ehrgeizige Schüler gilt: Wer bestehen, zugelassen werden oder glänzen will, muss Geld auf den Tisch legen.

Aus der Konkurrenz erwächst den öffentlichen Schulen ein erheblicher Nachteil: Staatliche Zuschüsse sind an die Schülerzahl gebunden, und die wandern in die Vertragsschulen ab. Von der New Yorker Stadtregierung erhalten die Charter zwischen

13.653 und 16.660 Dollar öffentliche Gelder pro Jahr und Schüler, 649 Dollar mehr als ein Schüler einer öffentlichen Schule. Während sie die festgesetzten Summen verbuchen, sparen Vertragsschulen beim Bau und Unterhalt der Gebäude oder Lehrerlöhnen. Insider behaupten, Investoren könnten ihr Geld in wenigen Jahren doppelt zurückbekommen.

Und so treffen sich in New York längst Fondsmanager auf Schulgründungsfesten, tragen Namenssticker am Revers, die ihre Firmenzugehörigkeit verschweigen und prostern sich zu. Sie wissen: Bildung ist eine Investition in die Zukunft.

LENNART LABENRENZ
in: TAZ vom 24.10.12
(Abweichung: andere Abb.
als im Original)

DISKUSSION

Vermarktete Demenz

Der letzte Frontkämpfer der Hirnforschung als Beratungsinstanz der Pädagogik. Anmerkungen zu Spitzers „Digitale Demenz“ aus hlz 7-9/2012

Wer kennt sie nicht die Warner und gleichzeitigen Heilsbringer? In der digitalen Technik wittert ein Neurowissenschaftler nichts Gutes für die Erziehung des Nachwuchses. Spitzer sieht als Folgen bei SchülerInnen mangelnde Aufmerksamkeit. Auch Hyperaktivität, also nicht erwünschtes Verhalten, wird als ADHS gleich zum pathologischen Befund einer Gesundheitsstörung, die mit Pillen gedämpft wird. „Ängste, Abstumpfung, Schlafstörungen, Depressionen, Übergewicht, Gewaltbereitschaft“ haben Laptops und Smartboards zu ver-

antworten. Er rechnet, was sich „ökonomisch auszahlt“ für das zukünftige Humankapital - ergo den Geldvermehrungsinteressen der Privateigentümer dient - und mit welchen „Kosten“ im „zweistelligen Milliardenbereich“ Krankenkassen, die immer mehr Lasten dem Geldbeutel der Versicherten aufbürden, zu rechnen haben.

Linß ordnet das Buch als „reaktionär“ ein und bemängelt „zugleich populistische Katastrophen-Thesen“ (radio.de 11.09.12).

Seit einiger Zeit hat die Hirnforschung als Lichtgestalt für

Lehrerprobleme mit Schülern zurückgerudert. Was berufserfahrenen PädagogInnen eh klar war, „die aktuelle Neurowissenschaft hat auf dem Gebiet der praktisch-pädagogischen Erfahrung bisher nicht mehr herausgebracht“ (Westerhoff, Neurodidaktik auf dem Prüfstand, G & G 2/08). Spitzer füllt „mit seinen Vorträgen über angeblich neurowissenschaftliche Einsichten zum Lernen und Lehren landauf, landab Stadthallen und reproduziert dabei doch bestenfalls intuitiv Plausibles (Lernen gelingt am besten bei guter Laune; LehrerInnen sollten sich für ihr Fach



begeistern und so weiter). Doch all diese Einwände dringen nicht zum Kern der Sache vor.

Nach dem Pisa-Schock hat es auch Spitzer gut verstanden, den aufkommenden Forschungszweig der Hirnforschung für PädagogInnen und Eltern attraktiv zu vermarkten. Dem Bedürfnis von gestressten Eltern und PädagogInnen nach Wegen, dem störischen Willen ihrer Kids beim Lernen Abhilfe zu schaffen, will ein Teil der Hirnforscher Genüge tun. Ratgeberliteratur fürs Lernen überflutet den Markt; Neuropädagogik und Neurodidaktik verheißt Eltern, Lehrenden und Lernenden das Hosianna des erfolgreichen Lernens.

Dazu müsse das Lernen „hirngerecht“ sein, so ihr Credo bis heute. Erfolgreiches Lernen gemäß den Neurowissenschaftsvertretern M. Spitzer und G. Roth spricht von folgenden Prämissen: Lernen brauche Zeit, es solle sich lohnen, Freude und Interesse erleichtere es, funktioniere gar nur bei bester Laune, Kreativität sei unabdinglich, es bedürfe Vorwissen und es könne nur jeder selber. Das sind pädagogische Selbstverständlichkeiten. Das Ideal jedes Lehrers, den Nürnberger Trichter, gibt es nicht. Schlussendlich wird ein Lehrer, der um das Funktionieren der Gehirnfunktionen wisse, besser lehren können, so Spitzers Versprechen. Sie geben vor zu wissen, was es mit dem Lernen auf sich hat. Sie haben den Schlüssel zum Gehirn des Schülers entdeckt und wüssten damit, wie Lernprobleme abgestellt werden. Lehrer müssten nur ihre falschen Erziehungsgrundsätze durch die richtigen der Hirnforschung ersetzen, schon wären sie auf dem richtigen Weg. Mit bildgebenden MRT visualisieren sie nämlich Abläufe im Gehirn, bestimmen die Glucoseverbren-

nung und den Sauerstoffverbrauch, orten die Ausschüttung von Botenstoffen und Synapsenbildung.

Die zentrale Grundlage der kognitiven Hirnforschung ist die Biologisierung des Gedankens. Demnach handelt der Mensch nicht mit Willen und Bewusstsein. Man stelle sich das so vor: jemand entschließt sich, diesen Artikel zu lesen, laut Hirnforscher hat er nicht diese geistige Aktion vollbracht, sondern eine im Gehirn lokalisierte Instanz lässt ihn das vollziehen. Da spielt jemand gern Fußball, ein anderer

auf der falschen Bestimmung des Verhältnisses von Verstand und Gehirn, von Geist und Natur“ (Huisken, *Der Mensch als Sklave des Gehirns*, 2006, S. 8). Das Limbische System, Amygdalla, Hippocampus u. ä. haben ihre organische Funktion und die Neurowissenschaft kann diese Areale mittlerweile lokalisieren. Die Gedanken als Überlegung zu einer Sache macht sich derjenige immer selber, er hat die Entscheidungsfreiheit, bei der Straßensuche zwischen einem „*Navigationsmodul*“, seiner Erinnerung des Weges oder einem



Sind Computer „Lernverhinderungsmaschinen“?

findet das furchtbar. Jemand hört gern klassische Musik, die Gegenüber mag diese gar nicht. Die einen wünschen sich Ausländer aus 'ihrem' Land und wieder andere haben nichts gegen diese Menschen. Der Voraussetzung des Denkens, dem Gehirn, wird die geistige Operation einer Bewertung zugeschrieben. „Die Fehler der Theorie basieren alle

Stadtplans zu wählen.

PädagogInnen haben aufgrund der Schwierigkeiten ihrer SchülerInnen beim Lernen per se ein Bedürfnis nach Hilfestellung. Das wertet ihren Beruf auf und konterkariert die Aussage von Ex-Kanzler Schröder, sie seien „faule Säcke“. Schüler kommen ihnen frech, schwänzen die Schule, zertrümmern Schulmobiliar,

sind unaufmerksam, stören Lernwillige, machen den Kasper im Unterricht oder sind stumm wie das Mäuschen, entziehen sich den schulischen Anforderungen trotz Strafandrohung oder Motivationshelferlein, hänseln und drangsalieren Mitschüler, sagen deutlich, sie haben 'Null Bock' auf Schule – all das ist in der Tat die heutige Schulwirklichkeit. Ginge es in der Schule darum, Heranwachsenden Kenntnisse, Wissen, Fertigkeiten und Urteile zu vermitteln, die sie befähigen, sich verständlich in einer vernünftigen Gesellschaft zu bewegen,

die 'Exekutive', die dem Schüler über prüfbares Wissen mittels Notengebung quittieren, welche Schulkarriere nach 4-jähriger Grundbildung vorgesehen ist. Ob sie auf einem Gymnasium landen oder eine Hauptschule besuchen müssen. Letztere werden so von weiterer Bildung ausgeschlossen; für mehr als die Hälfte eines Jahrgangs bedeutet das 2-3 Jahre weniger Schulbesuch. Die Sortierung verteilt die Masse auf die schlecht bezahlten Jobs mit viel ruinöser Anstrengung in Betrieben und Verwaltungen. Gerade in Kri-

gesundheit – sprich Arbeitsfähigkeit ihrer Klienten, betreuen als Psychologen diejenigen, die den Anforderungen in und außerhalb der Familie nicht mehr gewachsen sind. Und als Vertreter der höchsten Instanz predigen sie Verzicht und ein erträgliches Leben nach dem irdischen. Die Masse – wie es die Pädagogik so schön formuliert -sollte frustrationstolerant in der Schule und im Leben danach alle Schäden widerspruchlos aushalten.

Formen der Verweigerung, weil der Lehrer den Lernvorgang mangels Zeit abgebrochen hat; mangelnde Grundlagen, weil trotz Nichtverstehen im Stoff fortgefahren wird: langsamere SchülerInnen scheitern zwangsläufig wegen knapp bemessener Zeit. Aus dem Lernen für Noten rührt das instrumentelle Verhältnis zum Stoff: Merkzettel auswendig lernen oder abschreiben bei Lernzielkontrollen. Desinteresse, durch schlechte Noten erzeugt, ist eine weitere Folge. Dauerstörer, weil Verlierer in der Schulkonkurrenz, deuten die an ihnen hergestellten Lerndefizite als ihr ganz persönliches Manko. Sie greifen als Folge oft zu den unfeinen Formen der Konkurrenz um Anerkennung, wie Angebereien mit Kleidung, Kraft u. ä., bis hin zu gemeinen Prügelattacken.

Das alles sind keine Ausnahmereischeinungen, sondern negative Folgen eines Schulalltags, dessen Zweck die Selektion ist. Die Schulorganisation produziert mehrheitlich die beschriebenen Resultate, der Erkenntnisgewinn der Hirnforschung ist gering, denn sie macht, ähnlich der Psychologie, den Kardinalfehler, gesellschaftlich hergestellte Probleme als individuelle zu interpretieren.

F. BERNHARDT
Ruheständler



<http://www1.wdr.de/themen/digital/digitale-demenz100.html>

die Notwendiges arbeitsteilig produziert, um so als Subjekte der „gesellschaftlichen Verhältnisse“ zu fungieren, wäre anderes vonnöten.

Nur vollzieht sich das Lernen in der Staatsschule nach ganz anderen Kriterien. Grundlage des schulischen Lernens sind Bildungspläne, die von Kultusbeamten gemacht, von Politikern abgesegnet und maßgeblich für die LehrerInnen sind. Sie sind

senzeiten können sie jederzeit wegrationalisiert werden und folgen damit den Millionen von Hartz IV Empfängern mit dauerhafter Existenznot. Der kleinere Teil hat sich per Schulabschluss fürs Studium qualifiziert und je nach Arbeitsmarktlage Aussicht auf einen gut dotierten Job in der gehobenen Etage der Berufshierarchie. Als Eliten vernichten sie als Manager Arbeitsplätze, sorgen als Ärzte für die Volks-

Über die Schlagzeile hinaus

Andreas Hamm zu seiner Arbeit und was er uns mit seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst mit auf den Weg gibt

hlz: *Du blickst auf fast 30 Jahre Arbeit als GEW-Referent zurück, der sich um Tarif- und Rechtsfragen gekümmert hat. Was würdest du als deinen größten Erfolg betrachten?*

Andreas: Das ist eigentlich relativ einfach: der größte Erfolg ist die Arbeit mit den schulischen Personalräten. Bedauerlicherweise ist dieser größte Erfolg ziemlich am Ende meiner Zeit in Hamburg. Dazwischen gibt es vielleicht auch noch einen Punkt, den man unbedingt nennen muss: Das ist die in die allgemeine Kampagne zur Arbeitszeitverkürzung eingebettete Aktion der GEW zur Arbeitszeitverkürzung der Lehrkräfte 1988, wenn ich das richtig erinnere, wo wir ja mit mehreren tausend Kolleginnen und Kollegen an einem Tag gestreikt und auch tatsächlich damals erreicht haben, dass es eine, wenn auch geringfügige Verkürzung der Arbeitszeit gab, wovon man heute nur noch den freien Tag zwischen den Schulhalbjahren erkennen kann.

hlz: *Wo Licht ist, ist auch Schatten, was war denn die Niederlage?*

Andreas: Die Niederlage, wenn ich das jetzt nicht persönlich betrachte, ist die gewerkschaftliche Arbeit im gesamten Bereich der Weiterbildung und der privaten Bildungseinrichtungen. Da haben wir am Anfang meiner Zeit hier, also 1985, ziemlich viel Arbeit investiert. Ich habe gerade in der alten hlz gesehen, dass mein erster Artikel zu einem Streik an der Hamburger Fremdsprachenschule

war. Es ist uns nicht gelungen in diesem Arbeitsmarkt so organisiert aufzutreten, dass man dort wirklich was für die KollegInnen hätte erreichen können. Und inzwischen muss man aufgrund der Sparpolitik feststellen, dass in weiten Teilen dieser Arbeitsmarkt tot ist, dass es also die Einrichtungen nicht mehr gibt, dass sie aufgelöst wurden und die KollegInnen dann nicht weiterbeschäftigt werden konnten. Das, finde ich, ist für unsere Arbeit hier, für meine Arbeit der negativste Punkt, den ich erkennen kann.

hlz: *Im Rahmen der individuellen Beratung wirst du von mancher/m KollegIn als, sagen wir mal, ruppig wahrgenommen. Was entgegnest du darauf?*

Andreas: Ich will gar nicht bestreiten, dass ich als ruppig wahrgenommen werde und ich will auch nicht bestreiten, dass

*Ich will nicht bestreiten,
dass ich ab und zu
möglicherweise mal
ruppig gewesen bin*

ich ab und zu möglicherweise mal ruppig gewesen bin, aber bei ganz viele Punkten, bei denen mir das vorgeworfen wird, geht es darum, dass es auch in Deutschland und nicht nur im alten Griechenland üblich ist, den Überbringer schlechter Nachrichten für dieselben zu verprügeln, weil es eben halt viele Punkte gibt, wo KollegInnen sich ungerecht behandelt fühlen und man ihnen leider sagen

muss: rechtlich gesehen kann man da gar nichts machen.

Und das ist eine Wahrnehmung, die über die gesamte Arbeitszeit, aber insbesondere doch erst in der zweiten Hälfte meiner Tätigkeit sichtbar geworden ist, weil das die Zeit war, in der ich dann auch den Rechtsschutz übernommen habe. Das war am Anfang ja nicht meine Aufgabe, am Anfang war ich für Tarif- und Angestelltenpolitik zuständig und für Personalrats- und Betriebsratsbetreuung. Nachdem der Kollege Amme bei der GEW ausgeschieden ist, da habe ich auch den Rechtsschutz und die Rechtsberatung übernommen und hatte dann natürlich genau mit diesen Problemen zu kämpfen. Interessanterweise wurde das über den Kollegen Amme auch so gesagt und wenn man sich im bundesweiten Rechtsschutz der GEW umhört, dann haben alle Leute, die im Rechtsschutz arbeiten, den Vorwurf auszuhalten, sie seien abweisend, ruppig oder würden sich nicht für die KollegInnen einsetzen.

De facto glaube ich aber, dass wir in Hamburg und bundesweit und auch ich persönlich relativ viel erreicht habe durch die Art, mit den Behörden zu kommunizieren, also viele Angelegenheiten auf kurzem Dienstwege zu lösen, was in Hamburg natürlich zugebenermaßen auch deutlich einfacher ist als in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein oder Niedersachsen.

hlz: *Trotzdem, in der GEW habe ich auch schon mal den Satz gehört, eher ginge ein Kamel durch ein Nadelöhr, als dass*

die GEW Rechtsschutz gewähren würde. Dies spiegelt sich auch in den Zahlen wider: Der hamburgische Landesverband zählt zu denen, die regelmäßig die niedrigsten Prozesskosten haben. Ist das nun gut oder schlecht?

Andreas: Das würde ja bedeuten, dass man Rechtsschutz auf Prozesskosten zu reduziert. Das halte ich für falsch, weil der Rechtsschutz ja aus mehreren Teilen besteht. Er besteht daraus, im Zweifel auch ein Gerichtsverfahren zu führen. Da muss ich sagen, die, die wir geführt haben, haben wir in der Regel auch gewonnen. Das bedeutet aber, dass wir die, bei denen wir eingeschätzt haben, dass es nicht erfolgreich ist, auch nicht geführt haben und versucht haben, andere Lösungen zu finden.

Es gibt keinen Grund darauf stolz zu sein, dass man – ich

glaube, wir sind an drittletzter Stelle der Rechtsschutzkosten pro Mitglied oder viertletzter – so niedrige Rechtsschutzkosten hat, sondern es kommt auch darauf an zu gucken, was man konkret erreicht.

Eigentlich bin ich ganz zuversichtlich. Ich will das mal an zwei Beispielen versuchen ganz kurz zu erläutern. Wir haben häufig das Problem bei Arbeitnehmern – insbesondere bei ErzieherInnen und SozialpädagogInnen – in den Schulen, dass die berufsfremd anfangen und dass dann die Bezahlung niedriger ist als bei voll ausgebildeten. Wir haben jetzt aufgrund vielfacher Diskussionen mit der Schulbehörde eine nirgendwo aufgeschriebene, aber doch wahrscheinlich wirksame Vereinbarung getroffen, nach welchen Kriterien die KollegInnen

mit Ablauf welcher Zeit höher gruppiert werden können. Das kann man im Gericht nicht erreichen, jedenfalls nicht für alle, sondern höchstens im Einzelfall und da auch eher selten.

Wir haben zweitens in einem anderen Fall einen Rechtsschutz verwehrt, weil wir der Auffassung waren, dass das Ergebnis dieses Verfahrens zwar sein würde, dass die Kollegin den Prozess gewinnt, aber dass dieser Sieg vor Gericht eine Niederlage für die GEW darstellen würde und das war das Thema „gleiche Unterrichtsstundenverpflichtung“ an einer Gesamtschule, wo vor dieser Gerichtsentscheidung GymnasiallehrerInnen weniger unterrichten mussten als Volks- und RealschullehrerInnen, was völlig ungerecht ist. Das hat das Gericht auch so gesehen, aber was dann dazu geführt hat,



Kooperation – „auch damit sichert sich die GEW ihren Einfluss“. Andreas Hamm (rechts) mit Senatsdirektor Rosenboom auf der PR-Konferenz anlässlich der Bekanntgabe von Entlastungen im September d. J.



Andreas wie wir ihn kennen: Pointiert, nicht ohne Witz und mit einem Quäntchen Ironie, das manchem wie ein Quantum erscheint

dass die Unterrichtsverpflichtung der Gymnasiallehrer an Gesamtschulen angehoben, die der Volks- und Realschullehrer aber eben nicht entsprechend abgesenkt worden ist. Das konnte man erwarten, weil die Versorgungslage an den Schulen schlecht war. Andererseits gab es vorher eine gleichlautende Entscheidung bei Berufsschulen, wo die Versorgungslage total gut war und alle Lehrkräfte auf die damals geltenden 24 Stunden abgesenkt worden sind.

Das heißt, man muss im Rechtsschutz auch ein bisschen darauf achten, welche Wirkungen ein individuelles Verfahren auf die Gesamtheit der GEW-Politik hat. Ich war ja für beide Bereiche zuständig, also sowohl für Angestellten- und Beamtenpolitik wie für den Rechtsschutz und habe dies, glaube ich, zu einem Grundkriterium gemacht. Ich will aber nicht bestreiten, dass man vielleicht großzügiger Rechtsschutz hätte vergeben können, weil es ja nicht unser Problem ist, ob die KollegInnen die Prozesse gewinnen oder nicht. Aber unterm Strich, glaube ich, haben wir doch relativ viel rausgeholt.

hlz: Was hast du in Rückschau auf deine Arbeit als besondere Herausforderung angesehen?

Andreas: Die besondere Herausforderung war tatsächlich die Diskussion um die Einführung der schulischen Personalräte, nicht, weil das eine politische Diskussion ist. Die haben wir ja geführt und die Gesetzesänderung politisch bekämpft. Dann standen wir vor der Entscheidung, etwas zu tun ist. Reflexartig kam die Diskussion auf: Wir haben uns politisch nicht durchgesetzt, jetzt müssen wir vor die Gerichte ziehen. Das haben wir bei der Lehrerarbeitszeit auch lange rauf und runter diskutiert.

In diesem konkreten Fall der Schulpersonalräte habe ich dem Vorstand gegenüber schriftlich, – das habe ich ganz selten gemacht – gesagt: KollegInnen, wir müssen uns darum kümmern, in diese Schulpersonalräte reinzukommen und die Arbeit zu betreuen. Dann haben wir die Chance, das von der Behörde als Personalvertretungsabbaugesetz geplante Gesetz in ein Personalvertretungsausbaugesetz umzuwandeln. Wir haben dann nämlich vor Ort KollegInnen, die wir a) gut informieren können, die wir b) betreuen können und die auch die Position der GEW wieder verbreiten.

Ich glaube, wir haben inzwischen erreicht, dass an den Hamburger Schulen Personalrat mit GEW oder GEW mit Personalrat vielleicht nicht gleichgesetzt, aber doch zumindest in einem Zusammenhang gesehen wird. Das, finde ich, ist wirklich ein Erfolg, den ich natürlich nicht alleine erreicht habe, sondern da gab es schon ein paar KollegInnen, die da engagiert mitgearbeitet haben.

hlz: Du hast über die Bundesebene viele Vertreter der GEW auch aus anderen Landesverbänden kennengelernt, bist in so manchem Landesverband als

Referent aufgetreten, nicht zuletzt, weil sie dich als profunden Kenner der Materie und als guten Redner schätzten. Kannst du Unterschiede zum Hamburger Landesverband ausmachen?

Andreas: Es gibt einen ganz grundsätzlichen Unterschied immer zwischen Stadtstaaten und Flächenländern. Also, in den Flächenländern funktioniert GEW-Arbeit ganz anders. Ich habe das in Nordrhein-Westfalen erlebt, wo ich vier Jahre Geschäftsführer beim Stadtverband Münster war. Da kann natürlich Sachkompetenz und politische Kompetenz vor Ort nicht in dem Maße vertreten sein wie in einem Stadtstaat. Insofern gibt es schon mal diesen Unterschied, dass es keine Kreis- oder untere Ebene gibt, in der man GEW-Arbeit jetzt organisieren muss. Das passiert alles auf der Landesebene.

Politisch-inhaltlich habe ich den Eindruck, dass es keine wirklich großen Unterschiede in der GEW gibt. Da wurde immer gesagt: Hamburg: linker Landesverband und Bayern: linker Landesverband und Baden-Württemberg: konservativer Landesverband. Das, finde ich, kann man gewerkschaftlich eigentlich so nicht betrachten, weil die interessante Frage eigentlich immer ist: was macht ein Landesverband für seine Mitglieder in seinem Bundesland. Ich glaube, dass das tendenziell überall gut läuft und dass man das meist an der Entwicklung der Mitgliederzahlen sehen kann, ob die Politik ankommt. Das ist zwar alles ein bisschen vermittelt, aber unterm Strich merken die Beschäftigten, ob das eine Organisation ist, die was für einen tun kann und dann gehen die da auch rein.

hlz: Du gehst jetzt in den vorgezogenen Ruhestand, verabschiedest du dich damit auch innerlich von der GEW?

Andreas: Nein, das kann ich

nicht sagen, dass ich mich innerlich verabschiede. Ich scheidet nicht im Zorn, ich scheidet aus, weil ich denke, dass es für mein Leben ganz gut ist, wenn ich so ein bisschen gleitend in die völlige Rentenzeit überwechsle, so Gott will. Man weiß ja nicht, was mit einem so alles passiert.

Ich scheidet nicht im Zorn, bin ganz gerne in der GEW gewesen, berate auch meine Nachfolgerinnen weiter und bin ja auf dem letzten Gewerkschaftstag auch zum ehrenamtlichen Leiter der Landesrechtsschutzstelle gewählt worden. Das heißt also, ich bleibe dem Thema auch erhalten. Ich werde weiter die Fortbildung für die schulischen Personalräte mitmachen. Wir sind ja sechs/sieben Leute, die diese Fortbildungen durchführen und, wie ich finde, auch sehr erfolgreich. Wir hatten gerade heute wieder eine, in der wir die Einführung ins Personalvertretungsrecht gemacht haben. Ich glaube, das ist ganz wichtig und das macht auch Spaß. Da hat man Leute, die kommen von der Schule, haben viele Fragen, haben viele Probleme, aber auch den Willen, etwas zu ändern und sich zu engagieren, und deswegen mache ich das gerne. Aber ansonsten wird es hoffentlich auch noch ein paar Themen und Aufgaben geben, die außerhalb der GEW-Nähe sind. Von daher bleibt da sicherlich auch noch ein bisschen Zeit für andere Dinge.

hlz: *Wir wissen alle, die GEW befindet sich im Umbruch, sei es demografisch, sei es, weil der gewerkschaftliche Geist sich verändert hat. Welchen Ratschlag gibst du der GEW mit auf den Weg?*

StarrrednerInnen der letzten VV (höchste Wertung: 6 Sterne)				
	Schwafelfrequenz	Unterhaltungswert	Schnarchkoeffizient	Vorschlag
Horst Bethge	★★★★★	★★★	★★	Manuskript
Delo	★★	★★	★★★	Stimmbildung
Gudrun Z.	★★★	*	★★★★	Schwung
Anna Ammon	★★	★★	*	Lächeln
Andreas Hamm	*	★★	*	--

Starrredner Hamm: klar vorn in der Hitliste des früheren HLZ-Kolumnisten Fidel Chanel aus: hlz 10/1994

Andreas: Die Frage, ob sich der gewerkschaftliche Geist verändert hat, wäre vielleicht noch mal ein Thema einer intensiven Untersuchung. Vielleicht gibt es ja jemanden, der mal darüber seine Doktorarbeit schreiben will, denn ich glaube, dass das nur zum Teil richtig ist. Gewerkschaften haben immer zwei Seiten gehabt: gestalten, politisch gestalten, gesellschaftlich gestalten auf der einen Seite und auf der anderen Seite Mitgliederinteressen der einfachen Art zu vertreten.

Was vielleicht ein bisschen anders geworden ist, ist, dass das Gewicht zwischen der individuellen Interessensvertretung und der gesellschaftlichen Gestaltung sich verschoben hat. Aber ich glaube gar nicht, dass sich das so großartig verändert hat – jedenfalls wenn man sich den Landesverband Hamburg anguckt. Dann, finde ich, ist der Landesverband sehr politisch, tritt sehr politisch auf und wird in der Stadt auch als solcher wahrgenommen und wird auch ernst genommen. Vielleicht wurde er früher, als der Eindruck war, er würde nur politisch auftreten, weniger ernst genommen als heute. Insofern habe ich eigentlich gar keinen Ratschlag für die GEW. Man sollte natürlich niemals sagen: Bleib so, wie du bist. Das ist immer schlecht, man muss sich verändern, man muss die gesellschaftlichen Entwicklungen berücksichtigen. Aber ich

glaube, dass die GEW in Hamburg, so wie sie aufgestellt ist, auf einem ganz guten Weg ist.

Ich habe tatsächlich die Bitte oder fordere euch auf: Kümmert euch darum, dass die Struktur und die Arbeit der Personalräte an Schulen erhalten, ausgebaut und gefördert wird. Damit sichert sich die GEW ihren Einfluss im Bereich der Schule. Das heißt, da wird sie dann auch ernst genommen, wenn sie in politischen Fragen tätig wird. Wir haben das gerade aktuell erlebt: Wir wollen Entlastungen und haben welche gekriegt. Die finden wir nicht nur toll, weil nicht ausreichend, aber immerhin hat sich etwas bewegt. Das beruht darauf, dass nicht nur die GEW eine Schlagzeile produziert hat, sondern dass es auch vor Ort jede Menge KollegInnen gab, die dieses Thema aufgenommen haben. Das Gleiche gilt auch für die Novellierung des Personalvertretungsgesetzes. Auch da wird auf die GEW gehört. Vielleicht könnte die GEW innerhalb des DGB und gegenüber Ver.di etwas offensiver auftreten, aber nicht übermäßig.

hlz: *Ich nehm das mal als dein Credo: Fahrt aufnehmen – in die gleiche Richtung. Wir danken dir für das Gespräch und wünschen dir einen gelungenen Einstieg in den neuen Lebensabschnitt.*

Das Interview führte
JOACHIM GEFFERS

Hau rein

Weitere Infos und Seminarangebote unter
www.gew-hamburg.de/seminarprogramm.html

Selbstbehauptung und Selbstverteidigung

Jenseits von „Patentrezepten“ geht es darum, mit viel Spaß die persönlichen Handlungsmöglichkeiten zu erweitern und die individuellen Fähigkeiten zur Abwehr von verbalen und tätlichen Übergriffen zu stärken. Ein Seminar für Lehrerinnen.
Samstag, 23.02.13, 12-18 Uhr
Hamburg, Curiohaus,
Rothenbaumchaussee 15
Kostenanteil: 10 € incl. Verpfl.
(Nicht-Mitglieder 40 €)

Seminar für Vertrauensleute

In diesem Seminar beschäftigen wir uns mit Aufgaben und Handlungsfeldern, aber auch aktuellen Problemen der Vertrauensleutearbeit: Welche Handlungs- und Aktionsmöglichkeiten gibt es für die Arbeit an meiner Schule? Wie kann mich die GEW besser unterstützen? Wie können wir uns besser vernetzen?
Freitag, 22.03.13, 15 Uhr bis
Samstag, 23.03.13, 15 Uhr.
Hamburg, Curiohaus,
Rothenbaumchaussee 15

kostenlos für GEW-Mitglieder (incl. Verpflegung)
Do., 11.04.13, 10-17 Uhr
Sa. 11.04.13, 10-17 Uhr
Hamburg, Curiohaus,
Rothenbaumchaussee 15
kostenlos für GEW-Mitglieder (incl. Verpflegung)

50 Plus – Schaffe ich die Arbeit oder schafft sie mich?
Schulentwicklung, Arbeitszeitverlängerung und Arbeitsverdichtungen sind einige der Probleme, die insbesondere älteren Kolleg_innen in Schulen und Kitas zu schaffen machen. Dieses Seminar bietet konkrete Hilfen, kollektive Gestaltungsmöglichkeiten zu entwickeln, die Belastungen des Arbeitsalltags abzubauen und Kraft zu tanken für den weiteren Berufsweg.
Mittwoch, 17.04.13, 11 Uhr bis
Freitag, 19.04.13, 14 Uhr
Brodten bei Travemünde,
Theodor-Schwartz-Haus
Kostenanteil: 60 € incl. Unterkunft / Verpfl. (ermäßigt 30 €)

Wertschätzende Kommunikation

In praktischen Beispielen lernen wir im Seminar effektive Kommunikationswerkzeuge kennen, um Konflikte zu lösen und eine essentielle Basis zu schaffen, um in unserem Lehrer_innenteam in der Schule, in der Gewerkschaft sowie im Privaten gemeinsame Ziele zu erreichen.
Samstag, 20.04.13, 10-17 Uhr
Hamburg, Curiohaus,
Rothenbaumchaussee 15
Kostenanteil: 10 € incl. Verpfl.
(Nicht-Mitglieder 40 €)

Informationen zu inhaltlichen Fragen und weiteren Angeboten: Frank Hasenbein
Referent für gewerkschaftliche Bildungsarbeit
Tel. 040 / 41463319, E-Mail: hasenbein@gew-hamburg.de
Fax 040 / 440877
E-Mail: gba@gew-hamburg.de

Anmeldung

unter Angabe von Name, Adresse, Telefon, Email, ggf. Ermäßigungsanspruch bei:

Annette Meents

GEW Hamburg
Rothenbaumchaussee 15,
20148 Hamburg
Tel. 040 / 41463322
Fax 040 / 440877
meents@gew-hamburg.de



Spenden für medizinische Versorgung in Griechenland

In Griechenland hat die drastische Sparpolitik im Gefolge der Schuldenkrise zu einer Verarmung großer Teile der Bevölkerung geführt. Finanzielle Mittel für die folgenden Hilfen werden

dringend benötigt: Imp-fungen, Behandlungskosten, Laboruntersuchungen und Lebensmittel.

Spenden können unter dem Stich-wort „Griechenlandhilfe“ auf das folgende Spendenkonto

eingezahlt werden:

„Ärzte der Welt“ Deutsche Kreditbank, Konto Nr. 1004 333 660, Bankleitzahl: 120 300 00



Warum wir protestieren

Presseerklärung der protestierenden Flüchtlinge am Brandenburger Tor (Auszüge)

Wir, die protestierenden Geflüchteten, sind hier am Brandenburger Tor, weil unsere Menschenrechte durch die bestehende Asylpolitik missachtet werden.

[...] haben sich Menschen aus verschiedenen Ländern zusammengeschlossen, um gegen die ungerechten und unmenschlichen Bedingungen und Regelungen zu protestieren, die in den langwierigen und zum Teil langjährigen Asylverfahren vorherrschen und von denen sie unmittelbar betroffen sind. Die Geflüchteten möchten damit gegenüber der deutschen Bevölkerung zum Ausdruck bringen, dass sie sich stets für Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit eingesetzt haben. Sie verstehen sich dabei als Teil eines Kampfes, der sich in den vergangenen Monaten zu einer wirkungsvollen politischen Bewegung entwickelt hat und so einen großen Teil in der Bevöl-

kerung und auch die Spitzen der Politik erreichen konnte.

Nach über einem halben Jahr der Proteste in den Straßen von sieben Städten haben sich die Geflüchteten zusammengeschlossen, um sich mit einem Fußmarsch und einer Busroute von Würzburg aus auf den Weg nach Berlin zu begeben und dort in direkter Nähe zur Politik ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Hier in Berlin haben wir zwei Protestcamps errichtet – eines am Oranienplatz und eines am Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor.

Unsere zentralsten Forderungen sind:

- 1) Die Anerkennung aller Asylsuchenden als politische Geflüchtete
- 2) Den Stopp aller Abschiebungen
- 3) Die Abschaffung der Residenzpflicht, welche den Asylsuchenden verbietet,

ihren von den Behörden ausgesuchten Aufenthaltsort zu verlassen

- 4) Die Abschaffung der Lagerpflicht, welche den Asylsuchenden verbietet, ihren Aufenthaltsort selbst auszuwählen

Es gibt zahlreiche weitere Regelungen, die dazu beitragen, das Leben im Asylverfahren unmenschlich und ungerecht zu gestalten.

Wir sind Menschen, und da wir unser Menschsein nicht ändern können, wollen wir die unmenschlichen Zustände ändern. Wir werden unseren Kampf nicht beenden, bevor die unmenschlichen Gesetze gekippt sind!

Für weitere Informationen:

Internet: www.refugeentac-tion.net

Facebook: www.facebook.com/Refugeemarch

Spendenkampagne für den Protest der Flüchtlinge

Um dieses Vorhaben zu verwirklichen, sind wir auf Ihre Solidarität und Ihre finanzielle Unterstützung angewiesen. Bitte spenden Sie! Jeder Betrag ist willkommen, ob 10, 20, 50 Euro oder noch mehr.

Bitte helfen Sie uns, diesen Spendenaufruf zu verbreiten! Sprechen Sie Freunde, Familie und Nachbarn auf unseren Marsch an. Gerne auch via Facebook, Twitter und anderen Netzwerke.

Ihre Spende ist steuerlich absetzbar! Sie erhalten auf Wunsch eine Spendenquittung. Bei Spenden bis 200 Euro reicht der Kontoauszug als Nachweis.

Bankverbindung: Förderverein Karawane e.V., GLS Gemeinschaftsbank eG

Stichwort: Protestmarsch Berlin, Kontonummer: 4030780800, Bankleitzahl: 43060967

IBAN: DE28430609674030780800, BIC: GENODEM1GLS

alle bleiben!



Vom Bleibenwollen und Gehenmüssen

Zurück in Serbien, Mazedonien oder Hamburg

Die Fotojournalistin Marily Stroux besuchte auf zwei Reisen Romafamilien

hlz: *Marily, im vergangenen Jahr bist du mit einer Gruppe aus Hamburg im Sommer nach Serbien und Mazedonien gefahren. Was war das Ziel eurer Reise?*

M: Wir sind mit zwei Gruppen losgefahren, eine Gruppe aus Frankreich und eine aus Deutschland, um Angehörige verschiedener Familien, die in Hamburg waren und die von Abschiebung bedroht waren, zu besuchen. Mit ihnen hatten wir Petitionen geschrieben, um für sie ein Bleiberecht zu bekommen. Die Idee war, vor Ort zu dokumentieren, wohin die Familien abgeschoben werden sollten, weil wir gemerkt haben, dass die, die die Entscheidungen treffen, also MitarbeiterInnen der Ausländerbehörde, aber auch die Politikerinnen und Politiker, nie einen Besuch an dem Ort gemacht haben, wohin sie die Leute abschieben und wir dachten: wenn die nicht hin gehen, dann gehen wir hin und bringen Bilder und Videos und Material mit, damit sie nicht sagen können, dass sie nichts gewusst haben.

Und wir haben eine Broschüre „Abgeschobene verschwinden nicht“ (Jan. 2012) gemacht. Wir haben viele Veranstaltungen über die Reise gemacht.

hlz: *In der Gesamtschule St. Pauli zum Beispiel.*

M: Wir haben mit einer oder zwei Familien, die schon „freiwillig“ abgereist waren – in Wahrheit schon eine Abschiebung, die aber nicht in Statistiken vorkommt –, ein öffentliches Skypen gemacht, was total rührend war.

Für die Familien war es super wichtig. Die Familien, die damals noch in Hamburg waren, waren glücklich, dass Leute Interesse hatten, dort hin zu fahren und sich alles anzugucken, weil sie immer das Gefühl haben, das keiner ihnen glaubt.

hlz: *Ihr habt in der Schule auch eine Foto-Ausstellung gemacht und ich erinnere mich an ein kleines Mädchen, das vor einem Besucher stand und sagte: „Das ist genau der Ort, wo wir gewohnt haben.“*

M: Das war Sajda. An diesem Ort sind wir angekommen nach ihrer Abschiebung nach Mazedonien in diesem Jahr. Da waren wir nur zu zweit. Wir haben sechs verschiedene Roma-Siedlungen in Serbien und Mazedonien besucht und haben alle unsere Freunde, mit denen wir mit der Roma-Unterstützungsgruppe Petitionen erstellt hatten, besucht.

hlz: *Alle?*

M: Ja. Alle waren abgeschoben

oder gezwungen, freiwillig auszureisen. Diese Reise war sehr anders als die im letzten Jahr; letztes Jahr waren wir so frohen Mutes. Jetzt kamen wir an und es waren total rührende Begegnungen mit diesen Familien und ihren kleinen Kindern, die wir aus Hamburg kennen, wo wir mit denen viel über Abschiedsschmerzen und Weggehen-müssen geredet haben.

hlz: *Haben die Kinder mit euch deutsch geredet?*

M: Die meisten. Wir haben den Kindern deutsche Kinderbücher und CDs mit Deutschunterricht mitgebracht, damit sie weiterlernen können. Der Einzige, der sein Deutsch absolut vergessen hatte, war Dalibor, der kleine Memetovic, bei dessen Abschiebung wir frühmorgens waren.

Dieser süße kleine Junge hat Deutsch verdrängt, wahrscheinlich nicht nur die Sprache, sondern die Zeit in Deutschland. Er erkannte uns wieder, aber konnte mit uns nicht reden. Er machte große Augen, hat dann seiner Schwester gesagt, was sie uns sagen soll und ist dann in ein Kinderbuch, das wir mitgebracht hatten, total versunken.

hlz: *Ein Kinderbuch auf Deutsch?*

M: Ja. Er hat in seiner Spra-

che gesagt, dass er sich an seine Schule, seine Freunde erinnert und sie grüßen will.

hlz: *Haben denn Hamburger MitschülerInnen oder LehrerInnen der Kinder Kontakt zu den Familien oder den Kindern aufgenommen?*

M: Nein. Aber ich glaube, dass es für die LehrerInnen und die Schulklassen schwer ist, den Kontakt aufzunehmen, weil sie nicht wissen, wo sie genau leben. Deswegen ist mir wichtig, in den Schulklassen der Kinder, die wir besucht haben, über diese Reise zu erzählen, ihnen kleine Videos mit Grüßen an sie zu zeigen. Das haben wir den Kindern versprochen, weil die Schulzeit in Hamburg für sie eine ganz wichtige Zeit war. Ich glaube, wenn der Kontakt aufrecht erhalten würde, wäre das eine große Hilfe für die Kinder.

hlz: *In der neuen Broschüre „Feen“ vom November 2012 schreibst du, dass es für die Kinder schon der zweite Abschied war. Gehen die Kinder zur Schule und wie ist das, wenn sie ihre Freunde wiedersehen? Wie sind sie aufgenommen worden?*

M: Sehr unterschiedlich. Zum Beispiel die erste Familie, die wir in Belgrad besucht haben: das eine Kind geht in den Kindergarten und das andere ist ein Baby. Tomo ging auch in Hamburg in den Kindergarten. Er ist gerade so alt – fünf – wie sein Vater war, als er mit seiner Familie nach Hamburg gekommen ist. Mit 19 wurde er abgeschoben nach Serbien und als er geheiratet hat, ist er wieder nach Hamburg gekommen, weil er für seine Kinder so eine Kindheit wollte, wie er sie gehabt hat. Nur sitzt Tomo jetzt mit fünf in Belgrad.

Die Eltern haben von Tomo erzählt, das er am Anfang in Serbien die ganze Zeit gefragt hat, ob es Freitag ist. Und sie: „Wie-

so, was ist denn Freitag?“ Darauf Tomo: „Ja, weil da Spieltiger kommt.“ Dann haben sie ihm erklärt: „Hier gibt es keinen Spieltiger mehr“. Die Familie lebt in einer Siedlung, wo nicht nur Roma leben, aber wo total viel Rassismus gegen Roma ist. Der Vater erzählte, dass es viele Leute gibt, die ihn nicht angucken, die ihn nicht ansprechen, weil er Roma ist. Sie wohnen nicht in einem Roma-Viertel, sondern in einem gemischten serbischen.

hlz: *Und die Schulkinder, die hier in die Schule gingen?*

M: Zum Beispiel die Kinder aus der Broschüre mit den Feen sind sehr gern zur Schule gegangen und haben sehr schnell sehr gutes Deutsch gelernt. Als wir in Serbien ankamen, riefen wir sie an und fragten, wann sie von der Schule zurückkommen. Sie haben gesagt: „Wir sind den ganzen Tag zu Hause. Komm mal her, wir erzählen dir das.“

Es gibt eine Roma-Schule in der Siedlung in Nic', wo sie leben. Die Mutter ist mit den Kindern hingegangen, um sie in der Schule anzumelden und der Schulleiter soll ihr gesagt haben: ihr ward in Deutschland, jetzt können die Kinder hier nicht mehr zur Schule kommen. Und als sie insistiert hat, sagte er: „Sie müssen die Papiere, dass die Kinder in Deutschland zur Schule gegangen sind, übersetzen.“

Die Mutter hat die Papiere übersetzt, ist wieder zu der Schule gegangen und hörte dann: „Geht trotzdem nicht, da ist kein Platz für die Kinder.“ Sie sollten versuchen, in eine andere Schule zu kommen. Sie hat es versucht, aber natürlich wollte sie gerne, dass sie in die Schule im Viertel mit den anderen Kindern gehen. In der anderen Schule haben sie sie auch weggeschickt und gesagt, sie sollte zurückgehen in die Schule in ihrem Viertel.

hlz: *Aber es gibt doch Schulpflicht in Serbien?*

M: Wahrscheinlich gibt es Schulpflicht. Vor ein paar Tagen rief mich die älteste von den Kindern an und fragte, ob ich ihr nicht helfen kann: „Wir gehen noch immer nicht zur Schule“. Das sind Kinder, die lernen wollen und durstig sind. Sie fragte, ob ich ihnen nicht helfen und sie zurück nach Hamburg bringen kann, damit sie hier weiter zur Schule gehen. In Deutsch alles, natürlich.

hlz: *Hier kümmert sich niemand darum, auch niemand von der Schulbehörde, wie es mit den Kinder weitergeht. Die Schulen könnten Zeugnisse übersetzen und sich kümmern, was in den Ländern, in die die SchülerInnen abgeschoben werden, passiert.*

M: Ich glaube, dass es auch unsere Aufgabe ist, dies den Schulen und LehrerInnen klar zu machen. Vielleicht kriegen viele gar nicht mit, dass die Kinder weg sind, dass sie abgeschoben wurden oder gezwungen wurden, freiwillig auszureisen und dass sie endgültig weg sind. Wenn sie das mitkriegen, ist es Wochen später und dann können sie den Kontakt nicht herstellen.

hlz: *Aber meistens bekommen sie das mit.*



Tomo mit seiner Kindergarten-Erinnerung



Suljic Kinder mit Familie

M: Ich weiß nicht. Ich habe einen Schulleiter gesprochen, der meinte: „Oft bleiben die Kinder einfach weg und wir wissen nicht, wo die bleiben.“ Über diese freiwilligen Ausreisen gibt es keine Statistiken und wie wir wissen, werden mehr und mehr Leute unter Druck gesetzt, freiwillig auszureisen. Ich glaube, dass eine solche Statistik geführt werden muss. Die Schulen wären die ersten, die das machen könnten, sie könnten einmal im Jahr alle Kinder, die nicht mehr da sind, aufschreiben.

hlz: Das wäre eine Forderung, die auch die GEW stellen könnte.

M: Für die Schulen wäre es wichtig, den Kontakt zu den Kindern aufrecht zu erhalten und sich immer noch verantwortlich zu fühlen, ein bisschen das mitzukriegen, was mit ihnen passiert.

hlz: Wie wohnen die Familien? Jetzt wird es ja Winter.

M: Um bei der Familie mit der Feengeschichte zu bleiben: Sie sagten schon, als sie noch in Hamburg waren, dass sie Angst haben zurückzugehen, weil ihr

Haus, das aus einem Zimmer besteht, neben einem Baum steht und wenn schlechtes Wetter ist, der Baum sich bewegt und auf das Haus fallen könnte. Und tatsächlich ist irgendwann ein großer Ast vom Baum abgefallen. Da sind sie nach nebenan zu der Oma gegangen, die ein Eineinhalb-Zimmer-Haus hat und da wohnen sie alle zusammen drin. Es ist große Armut, sehr große Armut.

hlz: Es gibt vom Schweizer Flüchtlingsrat eine Untersuchung, die darlegt, wie es den Roma jetzt in Serbien und Mazedonien geht. Das ist gutes Unterrichtsmaterial. Da wird noch mal ganz genau mit Zahlen belegt, dass die Kinder nicht in die Schulen aufgenommen werden.

M: Die Kinder von Sajda und Sebbo in Mazedonien, die Unterstützung von zwei aus Deutschland angereisten Begleitern hatten, die dafür sorgten, dass die Kinder in die Schule eingeschrieben werden, gehen jetzt zur Schule. Aber sie sind in ganz niedrige Klassen gekommen, weil sie die Sprache nicht mehr konnten. Die sind total zurückgefallen.

hlz: Gibt es keine Extraklassen, in denen ihnen die entsprechende Sprache beigebracht wird?

M: Wahrscheinlich nicht. Zurückgekommen, werden die Familien in Serbien oder Mazedonien kriminalisiert, weil sie abgeschoben wurden oder freiwillig ausgereist sind. Sebbo, der in Begleitung einer Mitarbeiterin der Ausländerbehörde, einer Ärztin und eines Polizisten abgeschoben wurde, sagte, dass er am Flughafen in Skopje von den Polizisten angemacht wurde: „Was bist du für ein Krimineller, dass die dich zu dritt begleiten aus Deutschland, um sicher zu sein, dass du weg gehst. Was hast du alles gemacht?“ Sie fingen an, ihn zu verhören. Dann hat sich die Ärztin der Ausländerbehörde eingemischt, weil sie wahrscheinlich Schiss kriegte, dass ihm jetzt doch etwas passiert, und sagte, er wäre krank. Das ist ziemlich erstaunlich, weil sie ihn als gesund begleitet hat. Sie sagte, sie sollten aufhören ihn zu verhören und ihm einen neuen Termin geben.

hlz: Das heißt, die Abgeschobenen haben ein Stigma, wenn sie nach Hause kommen, das sich natürlich auf die Kinder überträgt.

M: Bei unseren Reisen haben wir Zeit, uns Gedanken zu machen. Ein Gedanke war, die Goethe-Institute, die es in jedem Land gibt, einzubeziehen, um den einheimischen Kindern und Jugendlichen die deutsche Sprache beizubringen. Das wäre eine schöne Aufgabe für die Institute: alle Kinder, die aus Deutschland weggeschickt werden und die die Sprache und die Kultur schon kennen, nehmen sie auf und versuchen, dass die Kinder die Sprache nicht verlieren, sondern dass sie später etwas Positives damit machen können. Das wäre so eine unserer Ideen.

hlz: *Denkst du denn, dass es Hoffnung gibt für diese Kinder und ihre Familien, wieder nach Deutschland zu kommen?*

M: Meine Meinung ist, dass das nicht die Lösung sein kann, weil es nicht sein kann, sein ganzes Leben in so einem Kreislauf zu verbringen. Die Eltern kamen schon hierher und wurden abgeschoben. Sie leben in einem Kreislauf, wie die eine Mutter mal erzählte: „Ich hatte meinen Kindern versprochen, nach Deutschland zu kommen, damit sie einmal Weihnachten und die Lichter sehen.“

Und dann waren wir in Horst und es war Weihnachten und es gab keine Lichter und die Kinder haben gesagt: Du hast gelogen, Deutschland ist nicht schön.“ Aber was wir denken, ist die eine Sache, was die Familien denken, die in der Situation sind, ist eine andere. Für sie gibt es nur den einen Gedanken: bloß weg hier, bloß irgendwohin gehen, wo es nur besser sein kann. Ich glaube, die Hoffnung ist stärker als das Wissen, dass es nicht geht. Die meisten Leute werden immer wieder versuchen zu kommen. Deswegen habe ich solche Gedanken wie die zum Goethe-Institut. Nicht um sie da festzuhalten, sondern um ihrer Zukunft irgendwie ...

hlz: *...eine Perspektive zu geben und mit der Realität etwas anzufangen, weil das ja sehr schwierig ist.*

M: Aber auf der anderen Seite denke ich, die Menschen sollten wissen, dass es ziemlich egal ist, was wir denken, die Hauptsache ist, was sie selber denken. Man kann sie nur informieren und ihnen die aktuelle Situation immer wieder erklären, damit sie ihre Entscheidungen auf dem Hintergrund von aktuellen Informationen treffen.

Obwohl es total schwer sein kann ihre Entscheidungen aus-

zuhalten. Zum Beispiel als jetzt Sajda, die vier Mädchen und der kleine Andrejas, das Baby, abgeschoben werden sollten, haben wir versucht Sajda zu erklären, wie wichtig es für diese Mädchen ist, hier zur Schule zu gehen – Dejvrijas ist zwölf – und danach vielleicht zurück zu gehen. Die Mutter war aber so fertig und konnte sich nicht vorstellen, alleine mit fünf Kindern ohne ihren Mann, der abgeschoben worden war, hier zu sein, sie wollte nicht kämpfen, obwohl sie 24 ist. Da war ich richtig wütend. Ich bin noch immer wütend. Als wir in Mazedonien bei ihnen waren und die vier Mädchen uns entgegen kamen, waren sie wütend und traurig. Sie waren am Tag davor angekommen, abgeschoben. Da habe ich zum ersten Mal richtig gespürt, wie so eine Abschiebung, so ein Zurück-Gehen für die Kinder ist. Schevra hat zu Reimer gesagt: „Ich war die Einzige, die richtig geheult hat beim Weggehen.“ Und Reimer: „Ja, klar, weil du die Größte bist und du weißt, was du vermissen wirst.“ Sie sagte: „Ja, ich habe mein ganzes Leben verloren jetzt.“ Sie war richtig so ein wütendes Mädchen geworden.

hlz: *Und für Mädchen ist es ja besonders schlimm.*

M: Die wird geklaut.

hlz: *Oder verheiratet. Das weiß sie natürlich auch.*

M: Verheiratet und bekommt ein Kind in einem oder zwei Jahren.

hlz: *Und was denkst du, warum für die Mutter die Entscheidung so schwer war, hier zu bleiben?*

M: Es war nicht die Wahl: du bleibst hier oder du gehst, sondern es war die Entscheidung: du bleibst hier versteckt in einem Kirchenasyl und versuchst

es auszuhalten, bis wir eventuell juristisch etwas erreicht haben. Und dafür hatte sie keine Kraft. Das kann man ihr nicht übel nehmen.

hlz: *Das ist für diejenigen, die die Familien unterstützen, schwer, dass sie so eine kleine Gruppe sind und es sehr wenige Leute gibt, die so eine Entscheidung einer Familie mittragen könnten.*

Ich habe jetzt noch eine blöde Frage: Du bist schon lange als Mitglied von „Kein Mensch ist illegal“ und von anderen Gruppen aktiv in der Flüchtlingsarbeit mit Fotos, Broschüren und Aktionen. Wie hältst du das aus, dich immer wieder mit dem Leid der Menschen zu konfrontieren?

M: Das finde ich gar keine blöde Frage, sondern eine sehr gute. Solche Gedanken habe ich nicht, aber es fragen mich immer wieder Leute danach. Für mich hat es nichts mit Aushalten zu tun. Mir ist es wichtig, das, was ich sehe und schlecht finde, aber auch gut finde, weiter zu erzählen und ich erzähle es halt mit Fotos und mit Texten – es gibt mir Kraft. Wenn Leute die letzte kleine Broschüre aus dem November lesen und sagen: „Oh, das ist richtig gut, was diese Kinder gesagt haben“, dann ist das für mich eine Freude, das zu machen. Deswegen habe ich die Broschüre auch mit den Kindern gemacht. Wenn ich mir das nur angucke, dann bin ich ohnmächtig. Meine Art, aus der Ohnmacht rauszukommen, ist zu handeln. Das Handeln macht dich stark und macht dich nicht fertig. Ich glaube, wenn wir alle handeln würden, dann würden wir ...

hlz: *Stärker.*

M: Alle stärker.

hlz: *Vielen Dank.*

Das Interview führte URSULA SAPEL
Bleiberechtsausschuss

Die braunen Lehrer des schwarzen Schülers

(Teil 2: Friedrich Grimmelshäuser)

Hans Jürgen Massaquoi, 1926 als afrodeutscher Sohn in Hamburg geboren, hat 1999 seine Kindheits- und Jugenderinnerungen in der Autobiografie „Neger, Neger, Schornsteinfeger!“ veröffentlicht. In der letzten *hlz* ist Schulleiter Hinrich Wriede bereits vorgestellt worden. Im Kollegium gab es aber noch andere Lehrer, die den Schüler Massaquoi malträtierten, wie zum Beispiel Friedrich Grimmelshäuser. Wer war er und was wurde aus ihm nach 1945?

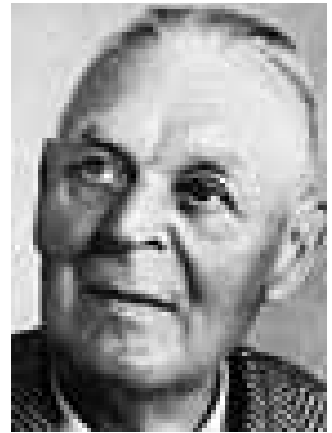
Schulleiter Hinrich Wriede leitete an der Schule Käthnerkamp 8 ein kleines Kollegium von 10 Personen. Dazu gehörte auch der vormalige Schulleiter, Friedrich Gosau, der nicht NSDAP-Mitglied werden wollte und deshalb durch Hinrich Wriede ersetzt worden war. Zu Wriedes Aufgaben gehörte es, das Kollegium auf die nationalsozialistische Ideologie einzuschwören. Er machte es auf seine

schlichte Weise, wie in den Protokollen der Lehrerkonferenzen nachzulesen ist:

Am 11. Dezember 1936 fasste sich die Konferenz „eingehend mit der Frage des weltanschaulichen Unterrichts“. Der Schulleiter erläuterte an Hand sämtlicher vorliegender Verfügungen die „allgemeine Zielsetzung des weltanschaulichen Unterrichts, wie er maßgeblich für die genannte Erzieheraufgabe der allgemeinen Volksschule ist und im Geschichts- und Lebenskundeunterricht besondere Aufgaben stellt“.

Schulleiter Wriede hatten in den Tagen vor der Konferenz in allen Klassen „den Stand der nationalsozialistischen Erziehung“ nachprüfen wollen und zu diesem Zweck Arbeiten schreiben lassen, in denen „je nach der geistigen Reife des betreffenden Lebensalters eine Reihe von Fragen zu beantworten waren“. Das Ergebnis dieser Arbeiten stand im Mittelpunkt der Aussprache, an der sich das ganze Kollegium beteiligte.

Der Schulleiter führte aus, dass diese Arbeiten auf keinen Fall einer Kontrolle der mehr oder minder erfolgreichen politischen Arbeit der eingehenden Kollegen dienen sollten oder auch nur dienen könnten. Er sei vielmehr davon überzeugt, dass



Hinrich Wriede

Foto: www.ins-dt.de

„alle Mitglieder des Lehrkörpers sich bemühen, in das nationalsozialistische Gedankengut einzudringen und es so oft wie möglich an die Kinder heranzutragen“. Er räumte ein, dass die Form der Arbeiten nicht sehr glücklich gewählt worden sei, die Fragen selbst vielleicht zu sehr vom Standpunkt der Erwachsenen aus gestellt. „Sie müssten ihrem ganzen Wesen nach nur an der Oberfläche bleiben, ohne zu der letzten Wahrheit vordringen zu können.“

Wriede ließ protokollieren: „Der Erfolg der Erziehungsarbeit könne nicht in erster Linie nach einem Wissen beurteilt werden, sondern mehr nach dem innerem Erlebnis und daher letzten Endes



Hans J. Massaquoi

»Neger, Neger,
Schornsteinfeger!«

Meine Kindheit in Deutschland

am besten an der nationalsozialistischen Haltung des Schülers, die sich in seinem Handeln dokumentiert“. Dazu zitiert Wriede eine Aussage des Präsidenten der Schulbehörde, Karl Witt, der in einer Ansprache gesagt hatte, „dass Nationalsozialismus sich nicht durch Reden und nicht durch Unterricht, sondern durch Vorleben erzielen lasse“.

Den breitesten Raum der Ansprache nahm die Rassenfrage in ihrer unterrichtlichen Behandlung ein.

Dazu stellt das Protokoll dann fest: „Als Ergebnis der Ansprache, die sich stark auf Erfahrungen des lebenskundlichen Unterrichts stützte, blieb die Erkenntnis, dass nicht etwa ein nordischer Rassedünkel das Resultat sein darf, dass die Rassefrage mit allem pädagogischen Takt zu behandeln sei, dass aber der Wille zur Reinerhaltung der arischen Rasse und zum Handeln aus der seelischen Haltung des nordischen Blutes geweckt werden müsse. Die Erbgesundheitslehre muss einen wichtigen Abschnitt des lebenskundlichen Unterrichts bilden.“

Zum Schluss beschäftigt sich

die Konferenz dann noch mit dem Religionsunterricht in der „heutigen politischen Situation“. Wriede verkündet ein einfaches Konzept: „Richtschnur in Zweifelsfällen müsse der Wille sein, nichts zu lehren, was im Gegensatz stände zur sittlichen Lebens-

*Wriedes Konzept:
Nichts lehren, „was im
Gegensatz stände ...
zum Parteiprogramm der
N.S.D.A.P.“*

auffassung unserer Zeit und zum Parteiprogramm der N.S.D.A.P.“

Dass in diesem Geist auch tatsächlich unterrichtet und gearbeitet wird, erfährt Hans Massaquoi am eigenen Leib.

Friedrich Grimmelshäuser

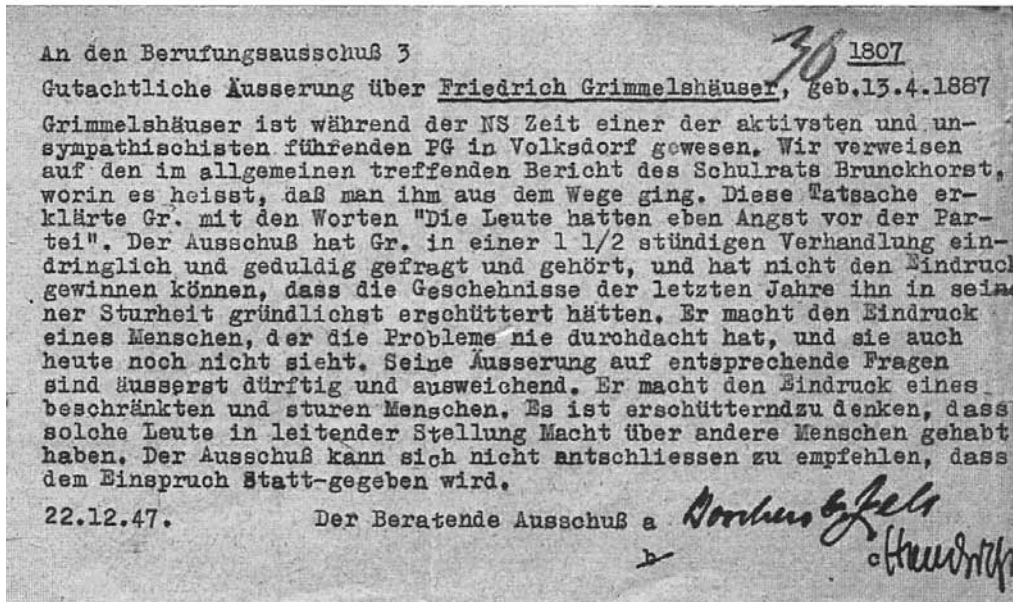
Hans Massaquois‘ Lehrerin der ersten beiden Schuljahre, Margarethe Beyle, die ihn freundlich und fair behandelt hatte, wurde an eine andere Schule versetzt. Der Klasse wurde mitgeteilt, „dass ein anderer Lehrer, Herr Grimmelshäuser (Massaquoi schreibt den Namen

in seiner Autobiografie ohne Umlaut; Anm. des Verf.), ihren Platz einnehmen würde.

Es verging kein Tag, an dem nicht irgendwelche abfälligen Kommentare über die Juden gemacht wurden. ‚Wenn die Juden nicht gewesen wären‘, beteuerte Herr Grimmelshäuser, ‚hätte Deutschland den Krieg gewonnen.‘

Herr Grimmelshäuser, ein großer, schlaksiger Mann mit dunklem, welligem Haar und schwarzer Hornbrille, erklärte uns den Begriff ‚Dolchstoß‘, demzufolge die Juden mit ihren Lügengeschichten über deutsche Niederlagen die Zivilbevölkerung schließlich zu der Überzeugung gebracht hätten, dass jede weitere Kriegsanstrengung vergeblich wäre.

Herr Grimmelshäuser las uns mit Begeisterung Artikel aus dem Stürmer, dem Völkischen Beobachter und dem Angriff vor; drei Naziblättern, die von judenfeindlicher Hetze nur so triefen. Doch damit nicht genug. Eines Tages verkündete er, dass wir uns einen Film ansehen würden, der uns einen sehr viel genaueren Eindruck davon vermitteln



Der Beratende Ausschuß im Entnazifizierungsverfahren über Grimmelshäuser

könnte, wie die Juden tatsächlich seien. Das filmische Machwerk stellte Juden als verschlagene, wild gestikulierende, moralisch und körperlich unsaubere Wesen dar. Doch dieser Film war noch eine gemäßigte Version des sogenannten ‚Dokumentarfilms‘ Der ewige Jude, der zu Beginn der vierziger Jahre in die Kinos kam und als einer der perfidesten antisemitischen Propagandafilme gilt. Er zeigte angeblich Juden in überfüllten Ghettos, wie sie verstoßen dahineilen, um ihren unsauberen Geschäften nachzugehen. Als nächstes schwenkte die Kamera auf abstoßend aussehende Ratten, die ‚verstoßen dahineilen‘, um Abfälle und Aas zu suchen. Damit auch ja niemandem die Parallelsetzung von Juden und Ratten entging, erklärte ein Sprecher, dass Juden ebenso wie Ratten Ungeziefer seien, dass sie Krankheiten und Seuchen verbreiten und daher aus der Gesellschaft getilgt werden müssten.

Solche Filme hinterließen einen tiefen Eindruck bei uns Kindern. Noch Wochen später schauderte uns bei dem Gedanken, körperlichen Kontakt mit Juden zu haben. Das erklärte Ziel der Juden, so machte man uns glauben, war die totale Vernichtung des edlen Volkes und seiner edlen Kultur.

‚Warum verhaftet die Polizei sie nicht einfach und steckt sie ins Gefängnis?‘, fragte ein Klassenkamerad, nachdem Herr Grimmelshäuser wieder mal eine antijüdische Rede vom Stapel gelassen hatte.

‚Nur Geduld, mein Junge‘, meinte unser Lehrer zu dem empörten Kind. ‚Ich bin sicher, dass der Führer zur passenden Zeit schon eine Lösung finden wird.‘ Weder ich noch Herr Grimmelshäuser, glaube ich, ahnten damals, wie nah er damit der schrecklichen Wahrheit kam.“

Friedrich Grimmelshäuser, am 13.4.1887 in Hamburg geboren, besuchte die Volksschule bis

1901, danach das Lehrerseminar in Hamburg und arbeitete nach der 1908 abgelegten Lehrprüfung bis 1939 an der Schule Käthnerkamp 8. Grimmelshäuser war seit dem 1.5.1933 NSDAP-Mitglied und stieg im Laufe der Jahre innerhalb der Partei kontinuierlich auf: 1933-1936 politischer Zellenleiter, 1936-1944 erst Ortsgruppenorganisationsleiter, dann Propagandaleiter und ab dem 1.10.1944 sogar Vertreter des Ortsgruppenleiters im Ortsamt.

Am 31.8.1945 wurde er aus dem Schuldienst entlassen, nachdem er drei Tage zuvor von der Kripo verhaftet worden war. Wie viele andere Nationalsozialisten in politischen Funktionen wurde er bis zum 18.1.1946 im Civilian Internment Camp in Neumünster inhaftiert.

Der Beratende Ausschuss bezeichnete ihn im Entnazifizierungsverfahren als einen der „aktivsten und unsympathischsten führenden Parteigenossen in Volksdorf“.

Zur Begründung wird angeführt: „Er machte den Eindruck eines beschränkten und sturen Menschen. Es ist erschütternd zu denken, dass solche Menschen Macht über andere Menschen ausgeübt haben.“

Und der neue Schulrat Hans Brunkhorst stellt fest, dass Grimmelshäuser „in Volksdorf als eifriger Nationalsozialist bekannt war, dem man gern aus dem Weg ging.“ Vom Beratenden Ausschuss darauf angesprochen erklärte Grimmelshäuser dies lapidar so: „Die Leute hatten eben Angst vor der Partei.“

Diesem Menschen als Klassenlehrer war der 7-jährige Hans Massaquoi ausgeliefert.

Als Leumundzeugen für Grimmelshäuser treten nach 1945 Nachbarn ein, die ihn als hilfsbereit bezeichnen. Einer, Erich Sasse, fügt dabei hinzu: „Es ist mir wohl aufgefallen, dass Herr G. sich nicht besonderer Beliebtheit erfreute, aber ich

schreibe das seinem Charakter (kurz angebunden) zu.“

Zum Charakter Grimmelshäusers gehört es auch, wie er sich nach 1945 verteidigt. Mit einem Drittel seines Lehrergehaltes in den Ruhestand versetzt, als Bauhilfsarbeiter mit Trümmerräumen beschäftigt, beklagt er, dass vergleichbare NS-Funktionäre bei der Entnazifizierung besser weggekommen seien. Detailliert listet er diese mit ihrer jeweiligen NS-Funktion auf. Der für

Einer der „aktivsten und unsympathischsten führenden Parteigenossen in Volksdorf.“

ihn zuständige Berufungsausschuss stellt dazu am 25.6.1948 nüchtern fest: „Wenn, wie Grimmelshäuser behauptet, andere stärker Belastete günstiger abgeschnitten haben, so kann dieser Ausschuss das nur bedauern, aber nicht ändern.“

Zu den Unsäglichkeiten in den Entnazifizierungsverfahren gehört es, dass NS-Belastete sich gegenseitig Persilscheine ausstellen. So attestiert der für den Bezirk Wandsbek zuständige NS-Schulrat und NSDAP-Ortsgruppenleiter Hugo Millahn, dass keinerlei Beschwerden von Schulleitern in Volksdorf gegen Grimmelshäuser vorgelegen hätten und dass Grimmelshäuser keinen überragenden Einfluss in der NSDAP-Ortsgruppe gehabt hätte. Und selbst Hinrich Wriede mischt sich ein und bescheinigt am 7.4.1947, „dass G. pünktlich seinen Dienst versah, bei Schülern und Eltern gleichermaßen beliebt war und seine Klassen gut abschnitt.“

Da war die Meinung von Hans J. Massaquoi und seiner Mutter nicht gefragt gewesen.

HANS-PETER DE LORENT

Fortsetzung folgt



Nach einer neuen Allensbach-Studie sieht sich ein Drittel der Pädagoginnen und Pädagogen hierzulande hohen psychischen Belastungen ausgesetzt, Belastungen, die krank machen können. Das Fachzentrum Falkenried bietet Lehrkräften ein breit gefächertes Angebot – von der Vorbeugung bis hin zur Beratung und Therapie in Krisensituationen, in Einzel- oder Gruppentherapien.

Prof. Dr. Dr. Stephan Ahrens

Herr Prof. Ahrens, ein Ergebnis der Allensbach Studie besagt, dass mit den Berufsjahren bei vielen Lehrkräften auch die Begeisterung für ihre Arbeit schwindet. Was meinen Sie, woran das liegt?

Prof. Ahrens: Zunächst einmal besagt die Studie, dass die deutliche Mehrheit der Pädagogen ihre Arbeit gern macht. Jedoch gibt es auch vielfältige Belastungsfaktoren: Größere Klassen und veränderte Strukturen bescheren Lehrern immer mehr Arbeit. Insgesamt findet jeder zweite Lehrer, dass die Anforderungen an Unterrichtsgestaltung und im Umgang mit Schülern in den letzten zehn Jahren deutlich zugenommen haben, so das Ergebnis der Studie. Das kann vielen Pädagoginnen und Pädagogen zu schaffen machen – und zu Stress führen.

Und dieser Stress, diese psychischen Belastungen, schlagen sich dann auf die Gesundheit?

Prof. Ahrens: Wenn man nicht ausreichend gelernt hat, mit Stress umzugehen – ja! Dann gilt es, die sogenannte Stressresilienz zu fördern, die Fähigkeit, Stress an sich abprallen zu lassen. Da gibt es zahlreiche kleine Übungen, um die persönliche Widerstandskraft zu stärken. Viele Pädagoginnen und Pädagogen müssen lernen, den eigenen Perfektionismus und Leistungsanspruch herunterzuschrauben, nicht alles ausgleichen zu können und auch mit mangelnder Wertschätzung zurechtzukommen – für fast jeden Dritten ist das beispielsweise ein Problem.

Wie können Sie im Fachzentrum Falkenried dabei helfen?

Prof. Ahrens: Zuerst einmal schauen wir, welche Situationen besonders belastend sind, wir suchen nach persönlichen Stressherden und -mustern und entwickeln gemeinsam Strategien zur Bewältigung der Belastungssituation. Der Behandlungsumfang wird dann ganz individuell festgelegt. Man kann die ambulanten Angebote in unseren Fachzentren für Stressmedizin in Eppendorf und Blankenese nutzen oder die vertiefende Behandlung in unserer Tagesklinik im Fachzentrum Falkenried in Anspruch nehmen. Und falls ein stationärer Aufenthalt notwendig ist, sind Lehrkräfte in der Psychosomatischen Privatklinik Hamburg West gut aufgehoben.

Werden die Kosten übernommen?

Prof. Ahrens: Private Versicherungsträger und Beihilfen übernehmen die Behandlungskosten. Für die stationäre Aufnahme ist kein langwieriger Kostenübernahmeantrag erforderlich, diese kann direkt erfolgen.

Prof. Ahrens ist Leiter des Fachzentrums Falkenried, Facharzt für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie sowie für Psychiatrie und Neurologie, Psychoanalyse



FACHZENTRUM FALKENRIED
Zentrum für Psychosomatische Medizin

Lehmweg 17
20251 Hamburg
Tel: (040) 41 34 343-0
Fax: (040) 41 34 343-28
info@psychosomatik-falkenried.de
www.psychosomatik-falkenried.de

„Bildung ist die stärkste Waffe“

In Afghanistan gibt es Unmengen an Waffen. Leider sind diese Waffen jedoch nicht die Bildung der Bevölkerung, sondern Waffen in Form von Landminen und Blindgängern. Davon gibt es in kaum einem anderen Land der Welt mehr als in Afghanistan

Das Land befindet sich über 30 Jahre im Krieg. Generationen wurden traumatisiert und Angst vor Anschlägen und Gewalt prägen den Alltag der Menschen in Afghanistan. Die Beurteilung der internationalen Gemeinschaft und ihres Engagements in Afghanistan fällt ernüchternd aus. Trotz starker Präsenz und Unterstützung der Regierung Karsai haben die ISAF-Truppen

es innerhalb von 11 Jahren nicht geschafft, das Land zu stabilisieren und die Taliban zu entmachten.

Die Gründe hierfür sind komplex. Eine wichtige Rolle spielt das Nachbarland Pakistan, das massiv die Taliban unterstützt und an einem schwachen Afghanistan interessiert ist, um seine eigene Machtposition in der Region zu stärken.



Was man selber sieht, ist anders als das, was man hört. (E. Habib)

Die inneren Probleme Afghanistans sind enorm. Das Land ist hochkorrupt, traumatisiert und wird von einer Regierung geführt, die lediglich am eigenen Machterhalt interessiert ist.

In den Jahren des Bürgerkrieges ist das afghanische Bildungswesen kollabiert. Die Zahl der Analphabeten beträgt über 70%.

Zahlreiche Schulen wurden zerstört, Mädchen und Frauen fast vollständig vom Zugang zu Bildungseinrichtungen ausgeschlossen. Auch wenn sich dieser Zustand geändert hat, sind die Defizite des afghanischen Bildungswesens immer noch enorm hoch.

Der Bedarf an Bildung ist groß: 1,3 Millionen Jugendliche benötigen Ausbildungsplätze, landesweit gab es 2011 nur 129 Berufsschulen für 44 300 Schüler. (Quelle: GIZ)

Eine deutsche Organisation, die in Afghanistan den Bildungssektor unterstützt, ist die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Sie fördert die Lehrerausbildung, stärkt die Planung und Managementkapazitäten des Bildungsministeriums und unterstützt die Ausbildungsstätten, z.B. durch Weiterbildung der Lehrer.

Ich habe als Gewerbelehrer in einem Bildungsprojekt für die GIZ im Kabul Mechanical Institut (KMI) gearbeitet. Meine Aufgaben waren das Unterrichten



Sie sitzen auf dem felsigen Boden in der Sonne, betreut von ein paar mutigen LehrerInnen.

von afghanischen Lehrern sowie der Aufbau von Fachräumen für die naturwissenschaftlichen Fächer.

Diese Unterstützung ist sehr hilfreich für die einzelnen Schulen und die afghanischen Kollegen. Gerne werden sie als Vorzeigeprojekte präsentiert.

Doch die meisten Schulen haben nicht einmal minimale Grundausrüstungen, wie der folgende Bericht zeigt:

Eine Schule ohne Gebäude

Ein afghanisches Sprichwort sagt: Was man selber sieht und erlebt, ist ganz anders als das, was man nur hört.

Seit meiner Ankunft aus Kabul kann ich kaum schlafen. Vor mir sehe ich die Augen der kleinen Mädchen und Jungen im Alter zwischen 6 bis 13 Jahren, die auf dem felsigen Boden sitzen und von ein paar mutigen Lehrer/innen in der heißen Sonne betreut werden. Hilflos blicken sie zu mir.

Auf meine Frage, woher diese Kleinen in der Hitze etwas zu trinken bekommen, erwidert die selbst erschöpfte Lehrerin, dass die Schule keinen Brunnen habe. Die Kinder müssen den dreistündigen Unterricht aushalten. Danach werden sie entlassen, um sich auf einen langen Fußmarsch über den Berg hinunter in ihre Dörfer zu machen.

Anschließend kommt eine neue Gruppe Schüler, insgesamt sind es 800 Kinder täglich, die hier in dieser Feldschule, nicht weit von der Hauptstadt, unterrichtet werden.

Drei halb hochgezogene Mauerwerke, die selbst keine Decke verbindet, bilden das Schulgebäude, in dem es weder Wasser noch Strom gibt.

Die Sufi-Askari Schule ist eine Grundschule. Nach einem afghanischen Mystiker und Dichter wurde sie getauft. Sie kann nicht mit einer üblichen Schule verglichen werden, denn es fehlt an ei-



800 Kinder tagtäglich, die in dieser Feldschule unterrichtet werden.

nem Gebäude, an Wasser, Strom, Stühlen und Bänken.

Trotzdem unterrichten hier Lehrer und Lehrerinnen 800 SchülerInnen wie in einer üblichen Schule.

Die Sufi-Askari Schule wird von der Kabuler Schulbehörde verwaltet und taucht wahrschein-

lich mitbekommen darf.

Das afghanische Bildungswesen ist in den Jahren des Bürgerkrieges zusammengebrochen, zahlreiche Schulen wurden zerstört. Mädchen und Frauen wurden fast vollständig vom Zugang zu Bildung ausgeschlossen. Dies hat sich geändert. Seit dem Ende der Taliban-Herrschaft zeigen sich insbesondere im Bereich der Grundbildung beachtenswerte Erfolge.

Die Kriegsgeneration, die heute im Erwachsenenalter ist, wird davon jedoch kaum erreicht. Insgesamt liegt die Zahl der Analphabeten über 70 %.

Bildung wird für eine lange Zeit eine große Herausforderung für die afghanische Regierung und Gesellschaft bleiben. Ohne internationale Hilfe kann sie nicht die Defizite im Bildungssektor ausgleichen.

ENAYATULLA HABIB
ehemals Gewerbeschule Bautechnik

Kollege ENAYATULLA HABIB bittet um eine **Spende** für die von ihm betreute Sufi-Askari-Schule „Schule in Not“
Hamburger Sparkasse
BLZ 200 505 50, Kto Nr. 1169534912

Schulen in Afghanistan

Enayatulla Habib berichtet über seine persönlichen Eindrücke von der Situation in den Schulen Afghanistans

**Freitag, 25 .01.13
um 16 Uhr
im Curiohaus**

lich auch in den Statistiken auf, die gerne auswärts präsentiert werden, um den Fortschritt des Landes zu präsentieren.

Unverständlich nur, wieso diese Feldschule, 15 km von der afghanischen Hauptstadt entfernt, nichts von dem vorgebliehen

„Klar auf Fahrt“ bei Klassenreisen

Wettbewerb ab Klasse 8

Auch wenn nach vorliegenden Befunden jugendlicher Alkoholkonsum rückläufig ist, so ist riskantes Trinken unter Jugendlichen vor allem bei Freizeitzusammenkünften mit Gleichaltrigen nach wie vor weit verbreitet. Und exzessiver Alkoholkonsum fördert offenkundig die Bereitschaft zu aggressivem Verhalten. Im schulischen Alltag ist Alkoholkonsum von Jugendlichen zwar eher die Ausnahme. Immer wieder kommt es jedoch auf Klassenreisen und anderen Schulfahrten trotz Verboten durch Alkoholkonsum zu für Lehrkräfte und auch Schüler/innen belastenden Situationen.

Der Wettbewerb „Klar auf Fahrt“, der in diesem und im folgenden Schuljahr zum ersten Mal in Hamburg, Niedersachsen, Bremen und Schleswig-Holstein läuft, ist ein Angebot zur Nutzung dieses wichtigen Anknüpfungspunktes für schulische Alkoholprävention. Er bietet

Unterstützung sowie Anreize für die Planung und Durchführung attraktiver alkoholfreier Klassenreisen bzw. Fahrten von Projekt-, Profil- und Tutorengruppen. Durchgeführt wird er vom Hamburger Institut für interdisziplinäre Sucht- und Drogenforschung (ISD) in Kooperation mit dem Nordverbund suchtpräventiver Fachstellen, vor allem mit der Niedersächsischen Landesstelle für Suchtfragen (NLS) und dem Hamburger Suchtpräventionszentrum (SPZ) des LI. „Klar auf Fahrt“ wird von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) sowie dem Verband der privaten Krankenversicherung e.V. (PKV) gefördert.

Alle Schulklassen ab der Jahrgangstufe 8, die sich mit mindestens 90% für die Wettbewerbsteilnahme entscheiden, sind dazu eingeladen, sich in, vor oder während einer Klassenreise kritisch mit den Risiken

und Bedingungen des Alkoholkonsums auseinanderzusetzen, an der Planung und Gestaltung einer alkoholfreien Klassenreise mit reizvollen Alternativen zum Alkoholkonsum mitzuwirken, einen Wettbewerbsbeitrag zu erstellen und einzureichen (z. B. Film, Drehbuch, Lied, Poster, Comic, Sketch, Theaterstück ...), der zur Vermittlung alkoholpräventiver Botschaften für andere Gleichaltrige dienen kann.

Schulklassen, die ihre Klassenreisen nicht zum Schwerpunkt „Alkoholprävention“ geplant haben, können die Wettbewerbsbeiträge auch nach der Klassenreise erstellen. Möglichst vier Wochen nach Beendigung der Klassenreisen müssen die Wettbewerbsbeiträge zusammen mit einer Bescheinigung über die Einhaltung der Abstinenzregel im Wettbewerbsbüro eintreffen. Im November 2013 werden im Rahmen einer Abschlussveranstaltung in Hamburg die Klassen mit attraktiven Sach- und Geldpreisen ausgezeichnet, deren Beiträge von einer unabhängigen Jury dafür ausgewählt wurden. Den ersten Preis, eine 5-tägige Erlebnisklassenfahrt „Leben – Lernen – Abenteuer“ nach Schwangau/Allgäu, sowie zwei weitere Hauptpreise stiftet die BZgA. Die Deutsche Bahn (DB) ermöglicht allen Gewinnerklassen kostenfreie Bahnfahrten für die Teilnahme an der Preisverleihung in Hamburg und für die Einlösung der drei Hauptpreise.

Ein Manual kann angefordert werden. Der Wettbewerb endet am **11. Oktober 2013 (neue verlängerte letzte Abgabefrist für Beiträge)**.

Weitere Informationen zum Wettbewerb gibt es unter www.klar-auf-fahrt.de und im Wettbewerbsbüro des ISD bei der Projektkoordinatorin Elke Rühling (Tel.: 040/ 74 10 – 586 25).

HERMANN SCHLÖMER
Projektleiter



...und dabei noch einen Preis gewinnen



Jetzt den Online-Newsletter
mit spannenden Tipps anfordern!

Mit „Klasse unterwegs“ die **Region** entdecken

Das Schulprojekt der DB Regio AG

- Erlebnisreiches Lernen an interessanten Orten in der Region
- Über 60 Partner in Schleswig-Holstein und Hamburg
- Umweltfreundlich und günstig unterwegs in den Nahverkehrszügen in Schleswig-Holstein
- Bis zu 70% Ermäßigung mit dem Gruppenticket im Schleswig-Holstein-Tarif

Weitere Informationen im Internet unter
www.bahn.de/klasse-unterwegs

Die Bahn macht mobil.

Was machen wir nun damit?

Der steigende prozentuale Anteil der über 60-jährigen schlägt sich in neuen Mitwirkungsgesetzen nieder

Nach zweijährigen Vorarbeiten, an denen die GEW über die DGB-Senioren Hamburg wesentlich beteiligt war, hat die Bürgerschaft am 24. Oktober 2012 das Hamburgische Seniorenmitwirkungsgesetz (HmbSenMitwG) verabschiedet, und am 9. November ist das Gesetz im Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 42/2012 veröffentlicht worden.

Im ersten Halbjahr 2013 werden nun die Bezirksseniorenversammlungen (BSV) in allen sieben Hamburger Bezirken nach diesem Gesetz neu zusammengesetzt und dann die Bezirksseniorenbeiräte und der Landesseniorenbeirat (LSB) neu gewählt. Diesen Gremien kommt wachsende Bedeutung zu, weil einmal der Anteil der Seniorinnen und Senioren an der Bevölkerung von 20 in Richtung 25 Prozent steigt, zum anderen das Bewusstsein für die Ansprüche, Bedürfnisse und Probleme im Zusammenhang mit dem „Älterwerden der Bevölkerung“ gewachsen ist (10. Deutscher

Seniorentag im Mai 2012 in Hamburg) und schließlich das Hamburger Gesetz ausdrücklich generationenübergreifende Vorhaben in die Beteiligungsrechte der Seniorenvertretungen einschließt.

Die GEW als regional und überregional tätige Organisation entsendet in jede Bezirksseniorenversammlung eine/n Delegierte/n und kann bei der Ergänzung des Landesseniorenbeirates nach § 9 (2) Nr. 3 HmbSenMitwG berücksichtigt werden. Über die Entsendungen in die BSV müssen wir jetzt bald entscheiden, da die Delegiertenabfragen der Bezirksräter in den ersten sechs Wochen des neuen Jahres zu erwarten sind. Wir wollen – so weit wir es können – in jedem Bezirk eine/n Delegierte/n und eine/n Stellvertreter/in benennen.

Hierfür suchen wir (der Vorstand der Betriebsgruppe Ruheständlerinnen und Ruheständler, BGRR) noch *interessierte und engagierte MitstreiterInnen*. Wir können einige Positionen wieder mit den bisherigen, bewährten Delegierten besetzen, andere Positionen aber sind (teilweise schon länger) vakant und müssen nach Möglichkeit jetzt besetzt werden. So fehlt uns für den Bezirk Mitte sowohl ein/e Delegierte/r als auch ein/e Stellvertreter/in, ebenso für den Bezirk Harburg. Für Bergedorf haben wir **Peter Puhle** (Delegierter) und Norbert Raum (Stellvertreter) gewonnen. Für Wandsbek ist **Michael Nawo** unser Mann, aber hier fehlt noch ein/e Stellvertreter/in. In den Bezirken Nord (**Jörg Petersen** und Jutta Jaensch), Eimsbüttel (**Holger Radtke** und Jutta Martens-



Peter Puhle

Hinzelin) und Altona (**Bettina Wehner** und Christian Bock-Voigt) sind wir gut aufgestellt, zumal mit Jörg Petersen, Jutta Martens-Hinzelin, Bettina Wehner und Christian Bock-Voigt „alte Hasen“ bzw. Häsinnen ans Werk gehen können.

Wen suchen wir, was wird von einer/m Delegierten erwartet? Er/Sie muss wenigstens 60 Jahre alt sein (nicht notwendig im Ruhestand) und im jeweiligen



Michael Nawo



Holger Radtke



Bettina Wehner

ten, dass der/die Delegierte und sein/ihr Stellvertreter/in als Ansprechpartner für Anregungen, Fragen und Probleme zur Verfügung stehen, die aus dem Bereich des jeweiligen Bezirkes an die GEW herangetragen werden, gegebenenfalls auch für lokale Kooperation mit den GdP-Senioren, die sich daran interessiert gezeigt haben. Näheres hierzu werden wir auf einem Treffen aller Interessierten im Anschluss an die Januar- oder Februarsitzung des Vorstandes der BGRR besprechen.

Das jetzt verabschiedete Seniorenmitwirkungsgesetz eröffnet darüber hinaus die ganz neue Möglichkeit, dass Interessierte, die 20 UnterstützerInnen-Unterschriften aus ihrem Bezirk beibringen, in die jeweilige BSV einrücken können.

Auch das wäre ein Weg, auf dem die Präsenz gewerkschaftlicher Positionen in den Bezirksseminaren verstärkt werden könnte. Wie nötig das ist, hat sich in der Sitzung der BSV Nord am 19.11. gezeigt: es herrschte allgemeine Begeisterung über den Einsatz von 1 Euro-Kräften in einem Projekt in Langenhorn (einem Begleitservice für bedürftige Senioren: Begleitung zu Einkäufen, Arztbesuchen, Behördengängen, etc.).

Näheres zum Ablauf der Benennungen und Wahlen und zu den Erwartungen, die wir mit unserer Präsenz in den Seniorengremien verbinden, werden wir in einem Treffen aller Interessierten im Anschluss an die Januar- oder Februarsitzung des Vorstandes der BGRR besprechen. Damit wir hierzu gezielt einladen können, benötigen wir, Ihr Interessierten, Eure (e-Mail-) Adressen bzw. Telefonnummern. Bitte, meldet Euch!



Jörg Petersen

Bezirk seine/ihre Hauptwohnung haben. Wir stellen uns vor, dass der/die Delegierte (und/oder auch sein/e Stellvertreter/in) an den Sitzungen der Bezirksseminaren teilnimmt, die in der Regel zweimal im Jahr stattfinden. Wir wünschen uns, dass Versammlungsverlauf und -ergebnisse mit dem Vorstand der BGRR und den DGB-Senioren Hamburg rückgekoppelt werden. Und wir erwarten,

Kontakt: HEIN HOCKER,
Tel. 46090659, H.Hocker@web.de

Tagung



Welchen Sport benötigen Ganztagschulen?



Mittwoch, 20. Februar 2013

15.30 – 19.00 Uhr

Veranstaltungs-Nr. 1310A9001

Eine gemeinsame Tagung des

Landesinstituts und der Sportkommission

der GEW – Bund

Veranstaltungsort:

Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI)

Felix-Dahn-Straße 3, 20357 Hamburg



Ehrenmitgliedsfeier 2012

Ein Highlight für uns im Jahreslauf der gewerkschaftlichen Tätigkeiten

Eingeladen waren alle Kolleginnen und Kollegen, die 50 Jahre Mitglied in der GEW oder einer anderen DGB-Gewerkschaft sind und diejenigen, die in diesem Jahr ihren 80. Geburtstag feiern konnten.

Von den 30 eingeladenen Gästen waren elf erschienen, eine „Quote“, die nur in wenigen Jahren zuvor erreicht worden war. Angesichts der erhöhten Lebenserwartung in den kommenden Jahren werden wir wohl mehr und mehr 80-Jährige zu erwarten haben.

Nach der Begrüßung durch den Unterzeichnenden, bei der er auf die Bedeutung dieser Feier für den Zusammenhalt in der GEW und den Mitgliedererhalt in den älteren Jahrgängen hinwies, stellte *Klaus Bullan* die bildungspolitischen Schwerpunkte dar, die die Gremien der GEW z.Z. am intensivsten beschäftigen.

Für den kulturellen Anteil an der Feierstunde konnten in

diesem Jahr die auch im Ruhestand befindlichen Kollegen *Frieder Bachteler* und *Hajo Sassenscheid* gewonnen werden. Sie sorgten mit musikalischen Beiträgen und Rezitationen für eine gelungene Einstimmung in den Nachmittag.

Ein von allen Anwesenden als Höhepunkt empfundenener Redebeitrag unseres ehemaligen Schulsenators *Joist Grolle* war der Bericht über seine Erlebnisse als Mitglied einer GEW-Delegation, die zwischen 1987 und 1989 vier Verhandlungen mit der damaligen „Gewerkschaft für Erziehung und Unterricht“ in der DDR und in der Bundesrepublik führte. Es ging darum, ein gemeinsames Grundsatzpapier zur Friedenserziehung zu erarbeiten.

Joist Grolle stellte eindrucksvoll dar, unter welchem Druck die Kollegen aus der DDR



Klaus Bullan und Ex-Schulsenator Joist Grolle (1978-1987)

standen und bei den z.T. unterschiedlichen Auffassungen zur Friedenserziehung keinem Kompromiss zustimmen durften.

Der Vorstand der BG der Ruheständlerinnen und Ruheständler wird sich darum bemühen, auch für die Jubilare des Jahres 2013 ein Programm zusammenzustellen, für das es sich lohnt, sich auf den Weg ins Curiohaus zu machen.

JÜRGEN WALKSTEIN
(BG der RuheständlerInnen)

Erst jetzt erfahren wir,
dass unser verehrter Kollege
Johannes Neumann

bereits am 23. Juli 2012
im Heim der Diesterweg-Stiftung verstorben ist.

Johannes Neumann ist den älteren Kolleginnen und Kollegen als kritischer Debattenredner in den früheren Hauptversammlungen der „Gesellschaft der Freunde“ noch in guter Erinnerung. Mehrere Jahre lang war er auch der Vorsitzende der Betriebsgruppe der Ruheständlerinnen und Ruheständler.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren

JÜRGEN WALKSTEIN
(im Namen der BG d. RuheständlerInnen)



Das HLZ-Rätzel

Live and Let Die

Nicht nur GEW-Referent Andreas Hamm hört auf: Die *Financial Times Deutschland* verschwindet, und der *Frankfurter Rundschau* geht es auch schon ganz schlecht. Wesentlich munterer sind immer noch *BILD* und *taz*.

Wusstet ihr schon, dass das Bindeglied zwischen diesen beiden Antipoden des Blätterwaldes ein prominenter *BILD*-Mann und Freund Dieter Bohlen's ist? Er ist Miteigentümer der *taz*, obwohl er auf deren Berliner Gelände mit einer, nun ja, *pikanten* Skulptur gewürdigt wird.

Welcher BILD-Mann hängt als Skulptur bei der taz?

- a) Josef Wagner
- b) Günter Wallraff
- c) Kai Diekmann
- d) Hans-Hermann Tiedje

Antworten bitte mit Postanschrift bis zum 16.1.2013 an die hlz, am besten an hlz@gew-hamburg.de. Zu gewinnen gibt es das beliebte HLZ-Saunatuch in Rot, Grün, Blau oder Gelb. Gebt bitte euren Wunsch an! Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Der BILD-Mann bei der taz



Des letzten Rätsels Lösung...

... ist Spanien. Die erfolgreichen Fußball-Weltmeister haben ebenso wenig wie die spanischen Schulkinder ihre Nationalhymne gesungen – da diese offiziell gar keinen Text hat. Das wusste auch Gaby Thoß. Sie bekommt die gewünschte CD des HSV-Hymnen-Sängers Lotto King Karl. Herzlichen Glückwunsch!

MH/MK

Spanien: Weltmeister ohne Hymnen-Gesang

Referat B
Referat D
Referat F

GEW-Studies

Junge GEW

FG Grundschule u. Ak Vorschule

FG Stadtteilschulen

FG Gewerbe und Handel

FG Gymnasien

FG Kinder- und Jugendhilfe

FG Primarschulen

FG Sonderpädagogik

FG Hochschule u. Forschung

FG Frauen

FG Bleiberecht

AK Integration

BG Ruheständler

Mittelamerikagruppe

AG Fair Childhood

Kontakt über buchmannhh@web.de

Termin in der Geschäftsstelle nachfragen

Gruppe Gewerkschaftliche Bildung

Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv.

Wir freuen uns über die Teilnahme von

Interessierten. Info: Anja Bensing Stolz,

Mail: anjabensing-stolze@arstolze.de

Termin in der Geschäftsstelle nachfragen

Termin in der Geschäftsstelle nachfragen

17.01.2013, 17.00-20.00 Uhr, Raum A/B

Termin in der Geschäftsstelle nachfragen

19.12.2012, 16.30-19.00 Uhr, GBW

Termin in der Geschäftsstelle nachfragen

09.01.2013, 19.00-22.00 Uhr, Raum C

Termin in der Geschäftsstelle nachfragen

29.01.2013, 17.00-19.00 Uhr, Raum C

17.12.2012, 14.00-18.00 Uhr, Raum C

07.01.2013, 18.00-20.00 Uhr, Raum C

15.01.2013, 17.00-20.00 Uhr, Raum C

Termin in der Geschäftsstelle nachfragen

Termin in der Geschäftsstelle nachfragen

19.12.2012, 10.15-13.00 Uhr, Raum C

09.01.2013, 10.15-13.00 Uhr, Raum C

14.01.2013, 19.30-22.00 Uhr, Raum C

10.01.2013, 16.00-20.00 Uhr, Raum A



Hamburger Lehrer-Feuerkasse

seit 1897



Die preisgünstige Hausratversicherung im Großraum Hamburg und Lübeck

für Angehörige aller pädagogischen Berufe. Wir versichern Ihren Hausrat für 1,20 Promille der Versicherungssumme, inkl. Versicherungssteuer, und das unverändert seit 1996.

Beitragsfrei eingeschlossen sind u. a.:

Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen, Kfz.-Aufbruch, Überspannungsschäden, jeweils bis zu festgelegten Höchstgrenzen, Höerversicherung gegen Zuschlag möglich.



Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:

E-Mail: info@h-l-f.de

Tel.: 040 333 505 14 (Tobias Mittag)

Tel.: 040 796 128 25/ Fax: 040 796 128 26 (Georg Plicht)

Tel.: 040 679 571 93 / Fax: 040 679 571 94 (Sibylle Brockmann)

www.hamburger-lehrer-feuerkasse.de

Aus der Tarnung...



Wie viel Gesicht wollen wir zeigen?

Kapuzen sind ja bei vielen Jugendlichen beliebt, nicht nur wegen der winterlichen Kälte. Hab ich auch schon mal bei einigen RAP-Musikern gesehen? Eine Mode, eine persönliche Note? Ganz einfach hip – dachte ich bisher. Anderer Schauplatz: Anti-Nazi-Blockkade in Wandsbek Anfang Juni. Einige Müllimer auf der Straße brennen, weit entfernt eine Polizisten-Sperre. Nazis irgendwoanders mit Polizeischutz auf dem Heimweg. Eine Gruppe von schwarz gekleideten Demonstranten läuft über die leere Straße: Vermummt mit Kapuzen und Gesichtsmasken. „Du hast ja keine Ahnung. Ich muss mich vor den Neo-Nazis schützen“, erklärt mir einer, weil ich ihn frage, wieso er so kriegerisch durchs bürgerliche Wandsbek läuft. Die würden alles ins Internet stellen und einen dann fertig machen. Da bin ich wohl naiv, dass ich wie die anderen Blockierer, die da auf der Straße sitzen, mein nacktes Gesicht zeige. Einfach so auf mein Demonstrationsrecht vertrauen, geht das noch im Internetzeitalter? Hab ich was verpasst?

Anderer Schauplatz: GEW-Arbeitsversammlung gegen die Arbeitsüberlastung. Ich möchte junge KollegInnen für ein hlz-Interview zu ihrer Arbeitssituation befragen. Die erste KollegIn ist sofort bereit. (Siehe S.12 dieser hlz-Ausgabe). Aber dann wird es schwierig. Nein,

wenn das Foto auch im Internet (wie die gesamte hlz-Ausgabe) erscheine, dann wolle sie das nicht. „Ich habe dann ja keine Kontrolle mehr darüber, was mit meinem Foto gemacht wird.“, erklärt die Kollegin. Immerhin eine Erklärung. Die anderen vertragen mich auf spätere Emails. Das war nun wirklich naiv von mir, darauf zu vertrauen. Auch meine Nachfrage blieb bis auf einen Kollegen unbeantwortet. Früher „Schweigen im Walde“ – heute „Mail-absence“.

Der um Antwort bemühte Kollege hatte sich mit seinem Personalrat beraten: „Der Schulleiter würde das wohl sehr kritisch sehen“. Folglich keine öffentliche Aussage zu Fragen der persönlichen Belastung am Arbeitsplatz. Waren hier Personalrat und Schulleiter identisch? Oder ist das was schief gelaufen in der GEW-Personalratsschulung? War wohl wieder naiv von mir anzunehmen, der Personalrat sei dafür da, die Arbeitnehmerinteressen gegenüber dem Arbeitgeber (hier Schulleiter) zur Geltung zu bringen.

Oder ist der Personalratstitel auch nur so etwas wie so eine Kapuze oder Tarnkappe? Ich weiß nicht, ob die Kollegin, die sich vor einem Foto fürchtet, das evt. im Internet sichtbar wäre, sich inzwischen eine Kapuzenjacke besorgt hat. Aber das sollte dann doch neben dem Ordner mit Lehrplänen zur Erst-

ausstattung von frisch eingestellten KollegInnen gehören. Denn wie soll man heutzutage die Pausenaufsicht überstehen, wo doch nahezu jede/r SchülerIn über ein fototaugliches Handy verfügt?

Der Vorteil der Kapuze wäre dann auch noch, dass man die beginnende Faltenbildung und die Ringe unter den Augen nach der durchkorrigierten Nacht nicht so direkt sieht. Gewerkschaftlich organisierte KollegInnen tragen natürlich weiße Kapuzenjacken mit deutlich rotem GEW-Emblem. Denn unsere gewerkschaftlichen Rechte, die lassen wir uns doch nicht nehmen! Ich bitte die jungen KollegInnen mit ihrem Personalrat zu klären, wie der Schulleiter über das Tragen von GEW-Kapuzenjacken im Unterricht denkt. Denn wer wollte so ungeschützt in die Zukunft denken?

STEFAN GIERLICH

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, Bei der Johanniskirche 10, 22767 Hamburg, E-Mail: j.geffers@freenet.de

Redaktion: Susanne Berg, Stefan Gierlich
Mani Heede, Michael Kratz, Wolfgang Svensson

Freie Mitarbeiterin: Antje Liening

Redaktionsassistent: Max Lill

Titel: Stefan Gierlich / Annika Thiemann (Compactmedia) / hlz

Rückseite: Olaf Bublay

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Druck: Compact Media Agentur GmbH, 20354 Hamburg, Tel. 0 40-35 74 54-0, E-mail: info@compactmedia.de

Anzeigen: Eduard van Diem, Tel. 040-890 629 23, hlz-anzeigen@gew-hamburg.de

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint monatlich. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der AutorInnen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 1-2/2013: 16.1.2013

TRIALOG DER KULTUREN

SCHULEN WETTBEWERB

Unser Jahresmotto:

Wurzeln erinnern – Zukunft gestalten

Mehr als 130 begeisterte Schulen seit 2005!

Der „Trialog der Kulturen“-Schulwettbewerb zeigt, wie interkulturelle und interreligiöse Verständigung in der Schule gelingen kann.

**Sprachen,
Kulturen,
Religionen
in Deutschland.**

Bewerben Sie sich mit Ihrer Schule für die Runde 2013/14. Gefördert werden innovative und kreative Projekte zum Jahresmotto. Jede Teilnehmerschule erhält ein Startgeld von 3.500 Euro – und am Ende winken Preisgelder in Höhe von insgesamt 60.000 Euro.

**BERWERBEN BIS
30. APRIL 2013!**

HERBERT QUANDT-STIFTUNG



INFO S : www.trialog-schulenwettbewerb.de oder  06172 404-505

RESTAURANTSCHIFF
D.E.S. BERGEDORF
MUSEUMSHAFEN HAMBURG

Sie planen einen Klassenausflug an die Elbe?

Der Museumshafen Oevelgönne e.V. ist der älteste deutsche Museumshafen in privater Trägerschaft und mit Schiffen in Vereinseigentum.

Hier erfahren Sie alles über historische Segler und Dampfschiffe, die Tradition des Hafens und die Geschichte der Schifffahrt.

Im Anschluss an eine Führung bieten wir ein Mittagessen an Bord der D.E.S. Bergedorf – einem Fährschiff aus den 50er Jahren – an.



Führung und Mittagessen inklusive Getränk EUR 6,90 pro Person

Wir freuen uns auf Ihre Anfrage unter **040-397383**

Dieses Angebot gilt nur für Schulklassen und Kindergartengruppen.

**Museumshafen Oevelgönne e.V.
Ponton Neumühlen
22763 Hamburg – Altona**

Bus 112 bis Neumühlen
HADAG Linie 62 bis Neumühlen

Hamburger Beamten - Feuer- und Einbruchskasse
Die günstige Hausratversicherung

Hermannstraße 46 · 20095 Hamburg · Telefon 040 / 33 60 12 · Fax 040/28 05 96 06 · E-Mail: info@hbfeke.de · Internet: www.hbfeke.de

Anerkannte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes



Gegründet 29. September 1902

Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit

In Hamburg sind wir zu Hause ..., ... Sie auch?

Oder in Schleswig-Holstein, im Kreis Harburg bzw. Stade?

Wenn Sie dann noch **im öffentlichen Dienst im weitesten Sinne** beschäftigt sind und eine **Hausratversicherung** suchen, die Ihren Geldbeutel schont, dann kommen Sie zu uns. Bei uns zahlen Sie weiterhin

nur 1,20 € je 1.000 Euro Versicherungssumme inklusive Versicherungssteuer

um Ihren **H a u s r a t** gegen Schäden durch **Brand, Blitzschlag, Explosion, Implosion, Einbruchdiebstahl, Vandalismus, Raub, Leitungswasser, Sturm und Hagel** zu versichern. Für eine Versicherungssumme von z.B. 50.000 € zahlen Sie einen Beitrag von 60 € pro Jahr.

Informieren Sie sich bitte durch einen Anruf in unserer Geschäftsstelle.

Sie haben außerdem die Möglichkeit, sich auf unserer Internetseite zu informieren. Dort finden Sie z.B. auch ein Antragsformular, das Sie ausdrucken, ausfüllen und uns zusenden können.



HHW

die holzhandwerker

„Das Team für Ihre Tischlerarbeiten.
Innenausbau, Fenster, Türen u.v.m.“

die holzhandwerker HHW GmbH & Co. KG
Leverkusenstraße 5
22761 Hamburg
Telefon : 040 / 851 39 70
Telefax : 040 / 851 39 60
www.dieholzhandwerker.de
info@dieholzhandwerker.de

Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) - Landesstelle Hamburg

Termine
Ort: Universität Hamburg, Von-Melle-Park 8, 20146 Hamburg, Raum 215 (vermutlich, ansonsten Aushang an der Raumtür beachten)

Montag, 4.2.2013, 18.30
Landesstellen-Treffen
Schwerpunktthema: Hamburg und Mee(h)r
Kontakt: Christoph Jantzen (christoph.jantzen@uni-hamburg.de) oder auf www.ajum.de.



AGARIA TOURS

Fachveranstalter für Pragreisen

PRAHA

Prag? Nur mit uns!
Einzigartig: Ihre Wünsche,
Ihre Reise, Ihr Programm.



das tschechische team

Infos: 040 / 280 95 90 • www.agaria.de • prag@agaria.de

Der Journalist und Autor Ronny Blaschke
liest aus seinem Buch

ANGRIFF VON RECHTSAUSSEN

Wie Neonazis den Fußball missbrauchen

**Mittwoch, 16. Januar 2013 – 19 Uhr Gewerkschaftshaus
Raum St. Georg – Ebene 9**

Kartenvorverkauf: Büchergilde (Gew.haus) Eintritt 12 Euro,
Gewerkschaftsmitglieder 10 Euro – Azubis, SchülerInnen,
Studierende 5 Euro – Arbeitslose frei
www.kultur-im-gewerkschaftshaus.de

FRANK TEICHMÜLLER
Kulturverein Be60

***Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.**
Außerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Solzins (fest gebunden) 5,15%, Lz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldenbeitrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung und ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sonderfälligkeit jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten oder Rentschutzversicherung.



Kapitalvermittlung-GmbH
E3, 11 Planken
68153 Mannheim, D-5
Fin@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

Beamtendarlehen supergünstig
5,27% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%



Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.
0800 - 1000 500
Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
seit über 35 Jahren.

DIE WAR NICHT SO!



... JUGENDTHEATER
ZU EHRE, RESPEKT
UND TOLERANZ



AKTIONSTAG AM **DIENSTAG, 18.12.2012:**

„RESPEKT IN DER **LIEBE** – SCHULEN UND STADTTEILE **GEGEN PARTNERGEWALT**“

ORT: KAMPNAGEL HAMBURG

FOYER UND HALLE K 2, PLATZ FÜR 290 BESUCHER

WIR BIETEN: 2 THEATERAUFFÜHRUNGEN

„**DIE WAR NICHT SO!**“ (MIT NACHGESPRÄCHEN)

INFORMATIONEN ZUM THEATERSTÜCK: WWW.H20-HAMBURG.DE

12:00-13:30 FÜR SCHULEN KLASSE 8-10

17:00-18:30 BILDUNGSEINRICHTUNGEN UND GÄSTE
(OBERSTUFEN, STUDENTEN, BERATUNGSSTELLEN...)

**IM FOYER: INFOSTÄNDE DER BERATUNGSSTELLEN,
VORSTELLUNG VON PRÄVENTIONSKONZEPTEN**

EINTRITT: 1€